

Bericht aus der Arbeit des Zentrums für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste

2024/2025

Universität Siegen
Fakultät II / Bildung – Architektur – Künste
Hölderlinstraße 3
57076 Siegen



zpe.uni-siegen.de



Zentrum für Planung und
Entwicklung Sozialer Dienste



Bericht aus der Arbeit des Zentrums für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste (ZPE)

2024/2025

Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste

Fakultät II | Universität Siegen

Hölderlinstraße 3 | 57076 Siegen | zpe.uni-siegen.de

Impressum

Herausgeber

Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste (ZPE)

Redaktionskontakt

Universität Siegen | Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste (ZPE)

Hölderlinstraße 3

57076 Siegen

T: +49 271 740-2228

F: +49 271 740-12228

E-Mail: sekretariat@zpe.uni-siegen.de

Rechte

Beim Herausgeber

Druck und Bindung

UniPrint, Universität Siegen

Siegen, 2025/2026: Universität Siegen

Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste

zpe.uni-siegen.de

Inhalt

Vorwort und Einführung	5
1 Entwicklung des ZPE im Berichtszeitraum und Perspektiven	7
1.1 Kontinuität und Veränderung	7
1.2 Förderlandschaft und strategische Orientierung	8
1.3 Wissenschaftlicher Austausch und Transferveranstaltungen	8
1.4 Perspektiven: Das ZPE als Beispiel interdisziplinärer Schwerpunktbildung	9
2 Mitglieder des ZPE im Dezember 2025	11
2.1 Liste der Mitglieder des ZPE	11
2.2 Vorstand und Geschäftsstelle	12
2.2.1 Mitglieder des Vorstands	12
2.2.2 Geschäftsführer	12
2.2.3 Geschäftsstelle	12
3 Projekte	13
3.1 Arbeit – Ist da was faul?	13
3.2 Begleitforschung im Projekt „Menschen mit Lernschwierigkeiten als Co-Referent*innen an Schulen für Sozialwesen“	13
3.3 FUSION TV 5 – Soziales und Inklusion	14
3.4 Life Course Transitions and Trajectories of Persons with Disabilities in West African Societies (LICOT-WASO II)	15
3.5 Local Development Planning for People in Vulnerable Situations (LOCDEV)	15
3.6 Social Entrepreneurship & Intrapreneurship in Sozialen Diensten	16
3.7 UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen	16
3.8 neuLAND: Pflege im ländlichen Raum neu gedacht – Lebensnah, Aktiv, Nachbarschaftlich, Digital	17
3.9 ProBE – Professionalisierung im Berufseinstieg in den stationären Erziehungshilfen	17
3.10 PIHT – Praxisentwicklung inklusive Hilfeplanung bei Teilhabebedarfen	18
4 Veranstaltungen	19
4.1 Organisation und Mitwirkung bei Veranstaltungen	19
4.2 Beiträge zu Konferenzen und Fachveranstaltungen	20
5 Beiträge aus den Arbeitsbereichen	27
5.1 Dissertationsprojekt auf der Zielgeraden: „Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf kommunaler Ebene – Aufgabe (in) der Kommunalverwaltung“	28
<i>Lena Bertelmann</i>	

5.2	Begleitforschung im Projekt „Menschen mit Lernschwierigkeiten als Co-Referent*innen an Schulen für Sozialwesen“ – Relevante Erkenntnisse in drei Thesen	31
	<i>Miriam Düber</i>	
5.3	Arbeitstagung der DGfE AG Inklusionsforschung in Siegen.....	38
	<i>Benedikt Hopmann</i>	
5.4	Das Forschungs- und Entwicklungsprojekt ‚Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen‘	40
	<i>Matthias Kempf & Albrecht Rohrmann</i>	
5.5	Access All Areas? Digital and Analog Pathways Towards Social Services in Rural-Industrialized Areas	48
	<i>Stephan Krayter, Sarah Lorber, Konrad Meisner, Martin F. Reichstein, Leonie Sunar & Lars Wissenbach</i>	
5.6	With Us, With Them, With Technology? Modes of Provision and Their Implications for Social Service Delivery	50
	<i>Martin F. Reichstein, Stephan Krayter, Sarah Lorber, Konrad Meisner, Leonie Sunar & Lars Wissenbach</i>	
5.7	Professionalisierung am Berufseinstieg in den stationären Erziehungshilfen – Ausgangspunkte und Forschungsinteressen im Projekt ProBE	51
	<i>Helene Fuchs & Bettina Ritter</i>	
5.8	Projekt „Social Entrepreneurship und Innovation in Sozialen Diensten“ – Regionalanalyse zur Situation des Sozialsektors im Kreis Siegen-Wittgenstein	59
	<i>Johannes Schädler & Konrad Meisner</i>	
5.9	Spannungsfelder in der Zusammenarbeit mit Eltern im Feld der Autismus-Therapie	70
	<i>Julia Tierbach</i>	
5.10	Disability Mainstreaming and Local Development Planning in Ghana: Insights from the LOCDEV Project	84
	<i>Lars Wissenbach</i>	
5.11	Dissertationsprojekt „Disability and Social Protection in Ghana – Perspectives on Livelihood Patterns and Individual Resource Arrangements of Persons with Disabilities“	99
	<i>Lars Wissenbach</i>	
6	Publikationen	100
6.1	Neuerscheinungen der ZPE-Schriftenreihe im Berichtszeitraum	100
6.2	Publikationen von ZPE-Mitgliedern im Berichtszeitraum.....	100
	A–D	100
	H.....	100
	K–M.....	102
	P–R.....	104
	S–T	106
	W.....	106

Vorwort und Einführung

Liebe Leser:innen,

mittlerweile ist es bereits zwei Jahre her, seit der letzte ZPE-Bericht erschienen ist. Mit dem vorliegenden Bericht blicken wir nun auf die Arbeitsjahre 2024 und 2025 unseres Zentrums zurück. Der letzte ZPE-Bericht stand noch deutlich unter dem Eindruck des Übergangs von einer zentralen Einrichtung der Universität Siegen zu einem Zentralinstitut der Fakultät II. Die entsprechenden Prozesse sind, dies lässt sich in der Rückschau sagen, erfolgreich abgeschlossen worden. Das ZPE wird heute selbstverständlich als Teil der Fakultät wahrgenommen, der einen wichtigen Beitrag zum Gesamtbild und zum Erfolg der Fakultät leistet. Innerhalb der Fakultät bestehen fruchtbare Beziehungen und personelle Überschneidungen beispielsweise zum Institut für Sozialpädagogik (ISP) sowie zum DFG-Graduiertenkolleg „Folgen sozialer Hilfen“. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass das ZPE gemeinsam mit den Studiengängen der Sozialen Arbeit, dem ISP und dem Graduiertenkolleg bereits zwei Mal den gemeinsamen Stand der Siegener Sozialpädagogik bei der Offenen Uni organisiert und bespielt hat. Die seit 2022 stetig weiter gewachsenen Beziehungen in die Fakultät zeigen sich auch in vielen der Aktivitäten von ZPE-Mitgliedern, die in diesem Bericht dokumentiert sind.

Die Bezüge diesseits und jenseits Sozialer Arbeit zeigen auch, dass das ZPE auch als Teil der Fakultät II für Mitglieder aus anderen Fakultäten der Universität Siegen ein attraktiver Arbeitszusammenhang sowie Kooperations- und Projektpartner ist. Auch diese Vernetzungen zeigen sich in den vielfältigen Aktivitäten des ZPE und seiner Mitglieder – seien dies Veranstaltungen, Forschungsprojekte oder andere Formate.

Neben der Zusammenarbeit mit Partner:innen innerhalb der Fakultät sowie der Universität bestehen vielfältige Kooperationsbeziehungen mit Verwaltungen und Ministerien auf kommunaler sowie auf Landes- und Bundesebene, mit europäischen und außereuropäischen Hochschulen und nicht zuletzt mit vielfältigen Praxispartner:innen und Fachverbänden. Auch dies zeugt meines Erachtens davon, dass wir als wichtige Stimme(n) in Theoriebildung und Praxisentwicklung rund um unsere individuellen und kollektiven Themen sichtbar sind und wahrgenommen werden.

Inhaltlich beginnt der vorliegende Bericht mit einem Überblick zur Entwicklung des ZPE im Berichtszeitraum. Daran schließt sich – wie gewohnt – eine Aufstellung der Mitglieder, des Vorstands und der Geschäftsführung des ZPE an. Vorgestellt werden zudem laufende Projekte unserer Mitglieder sowie Veranstaltungen, an denen sie im Berichtszeitraum beteiligt waren. Der Vergleich mit dem vorherigen ZPE-Bericht illustriert hier schön Kontinuität und Wandel anhand mittlerweile abgeschlossener, noch laufender sowie nun neu begonnener oder geplanter Projekte. Nicht gelistet sind hier die zahlreichen Projektanträge, die allein in den letzten Monaten von Mitgliedern unseres Zentrums bei regionalen, nationalen und europäischen Mittelgebern eingereicht worden sind.

Auch im Hauptteil zeigen sich Kontinuität und Wandel des ZPE gleichermaßen. Dem stets aktuellen Thema der UN-Behindertenrechtskonvention und ihrer Umsetzung auf kommunaler Ebene widmen sich in diesem Bericht die Beiträge von Lena Bertelmann zu ihrem Dissertationsprojekt sowie von Matthias Kempf und Albrecht Rohrmann zum Projekt UN-BRK kommunal, welches durch die mediale Berichterstattung überregionale Aufmerksamkeit erlangt hat.

Im weiteren Sinn dem Thema Inklusion bzw. der Partizipation von Menschen mit Behinderungen widmen sich die Beiträge von Miriam Düber zur Begleitforschung im Projekt „Menschen mit

Lernschwierigkeiten als Co-Referent*innen an Schulen" sowie von Benedikt Hopmann zur Arbeitstagung der DGfE AG Inklusionsforschung. Die Tagung fand im Juli 2025 in Siegen statt und wurde unter breiter Beteiligung von ZPE-Mitgliedern organisiert.

Zugängen zu sozialen Diensten widmen sich im vorliegenden Bericht zwei kurze Texte aus der Arbeitsgruppe „Soziales und Inklusion“ im Projekt FUSION. Stephan Krayter et al. nähern sich digitalen und analogen Ansätzen im ländlich-industrialisierten Raum. Im zweiten Beitrag fragt die Arbeitsgruppe allgemeiner nach Wegen der Erbringung sozialer Dienstleistungen. Praxen Sozialer Arbeit thematisieren die Beiträge von Bettina Ritter und Helene Fuchs zum Projekt ProBE sowie von Julia Tierbach zu Spannungsfeldern in der Zusammenarbeit mit Eltern im Feld der Autismus-Therapie.

Eine Perspektive mit Regionalbezug nehmen Johannes Schädler und Konrad Meisner in ihrer Strukturanalyse des Sozialsektors im Kreis Siegen-Wittgenstein ein. Dezidiert international angelegt sind die Beiträge zu Ergebnissen des Projekts LOCDEV in Ghana sowie von Lars Wissenbach zu dessen Promotionsprojekt. In der Zusammenschau ist ein Panorama der vielfältigen Aktivitäten im ZPE in den Jahren 2024 und 2025 entstanden. Allen Leser:innen des vorliegenden Berichts wünsche ich eine interessante und erkenntnisreiche Lektüre. Gerne bleiben bzw. kommen wir über unsere Themen mit Euch/Ihnen ins Gespräch.

Siegen, im Februar 2026

Dr. Martin F. Reichstein
Geschäftsführer ZPE

1 Entwicklung des ZPE im Berichtszeitraum und Perspektiven

Das Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste – heute ein zentrales Schwerpunktinstitut der Fakultät II der Universität Siegen – steht in einer über 25-jährigen Tradition, deren Grundstein von Rolf Depner, Ralf Oberste-Ufer, Michael Regus, Johannes Schädler und Norbert Schwarte im Dezember 1996 mit der Gründung eines universitären Zentralinstituts gelegt wurde. Diese Genese zeichnet unter anderem der Bericht zur Entwicklung des ZPE aus dem Januar 2024 nach. Vor diesem Hintergrund soll hier nicht erneut eine historische Perspektive eingenommen werden. Vielmehr sollen hier die wesentlichen Entwicklungslinien von 2024 bis zur Gegenwart nachgezeichnet werden. Dabei werden auch Bezüge zum inner- und außeruniversitären Umfeld des ZPE hergestellt. Ausgehend von diesen Überlegungen werden mögliche Perspektiven und Herausforderungen eines interdisziplinär ausgerichteten Schwerpunktinstituts skizziert. Insofern ist der vorliegende Bericht an dieser Stelle nicht nur ein Blick zurück, sondern ausdrücklich auch ein Blick nach vorne.

1.1 Kontinuität und Veränderung

Das ZPE wurde 2022 von einer zentralen wissenschaftlichen Einrichtung der Universität Siegen zu einem Teil der Fakultät II. Dieser Übergang war seinerzeit mit Unsicherheiten verbunden. Heute – das heißt im Januar 2026 – ist dieser Übergang erfolgreich abgeschlossen. Das ZPE wird heute einerseits innerhalb der Fakultät selbstverständlich als Teil derselben wahrgenommen und ist andererseits ein attraktiver Arbeitskontext für Mitglieder anderer Fakultäten und Angehörige von Fächern jenseits der Sozialen Arbeit sowie unterschiedlicher Statusgruppen geblieben. Die Mitgliederzahl des ZPE bewegt sich zum Ende des Berichtszeitraums etwa auf dem Niveau des vorangegangenen Berichts. Dies ist insofern bemerkenswert, als mehrere langjährige Projekte im Berichtszeitraum beendet wurden und die in diesen Projekten beschäftigten Kolleg:innen – insbesondere aus dem Kreis der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen – die Universität zum Teil verlassen haben. Der Weggang mehrerer langjähriger Mitarbeiter:innen und Mitglieder ist bedauerlich. Umso erfreulicher ist, dass auch mit diesen Kolleg:innen oftmals über ihr Ausscheiden hinaus ein regelmäßiger Austausch besteht.

Das ZPE ist in seiner Mitglieder- und Personalstruktur aktuell stark von wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen in der Qualifizierungsphase geprägt. Dies bedeutet konkret, dass viele Mitglieder in befristeten, häufig projektgebundenen Beschäftigungsverhältnissen tätig sind. Dass es trotzdem gelungen ist und weiterhin gelingt ein hohes Maß an personeller Kontinuität zu bewahren zeigt, dass das Zentrum von Universitätsmitgliedern unterschiedlicher Statusgruppen als attraktives Kooperations- und Arbeitsumfeld erlebt wird. Positiv hervorzuheben ist, dass es im Berichtszeitraum gelungen ist, die Sichtbarkeit von Themen jüngerer Professor:innen sowie neuer Kolleg:innen aus dem Kreis der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen im ZPE zu erhöhen, neue Netzwerke und Kooperationen aufzubauen und bestehende Kontakte weiterzuentwickeln.

Die Attraktivität des Arbeitsumfelds im ZPE resultiert, so die Einschätzung, aus der Möglichkeit zur unmittelbaren interdisziplinären oder – sozialarbeiterischer gesprochen – arbeitsfeldübergreifender Zusammenarbeit, der Nähe von Forschung zu Praxisfeldern und Praxispartner:innen sowie aus der Einbindung in nationale und internationale Forschungsnetzwerke. Sie resultiert aber nicht zuletzt auch aus einer Organisationskultur, die die trotz der strukturellen Befristungen ein hohes Maß an Kontinuität, Verlässlichkeit und Kollegialität ermöglicht.

Die gelebte Kontinuität verdankt sich nicht zuletzt der eingangs beschriebenen langjährigen Tradition des ZPE. Gleichwohl sind solche Strukturen keineswegs selbstlaufend. Vielmehr benötigen sie auch

eine zentrale und auf Dauer angelegte Koordination, die strategische Planung ermöglicht, Expertise vorhält und Kontinuität über Personalwechsel hinweg sichert. Die Zusammenarbeit im ZPE unterstützt Mitglieder etwa bei der Personalgewinnung, bei der Entwicklung von Anträgen für Drittmittelvorbaben sowie beim Knüpfen von Netzwerken. Das Zentrum als gemeinsame Klammer hält dabei administratives und methodisches Wissen vor und schafft eine längerfristig angelegte Verlässlichkeit. Die zuvor beschriebene Stabilität des ZPE ist insofern auch Ausdruck einer gewachsenen, sich weiterentwickelnden und lebendigen institutionellen Architektur.

1.2 Förderlandschaft und strategische Orientierung

Die zurückliegenden beiden Jahre waren bundesweit durch eine angespannte Haushaltslage und teilweise veränderte Prioritätensetzungen in der Forschungsförderung gekennzeichnet. Diese Entwicklungen haben sich auch im Arbeitsumfeld des ZPE bemerkbar gemacht. Teils lassen sich bei Mittelgebern Tendenzen zu zurückhaltenderen Förderzusagen beobachten. Gleichzeitig stehen die Themenbereiche, in denen das ZPE vorrangig arbeitet – Soziale Arbeit, Teilhabe, soziale Dienstleistungen, Gesundheits- und Sozialpolitik – derzeit nicht im Zentrum der medialen und politischen Aufmerksamkeit, während andere Forschungsfelder verstärkt in den Fokus rücken. Für ein Zentrum mit traditionell starkem Fokus auf Drittmittelforschung stellt dies eine strategische Herausforderung dar. Thematische Impulse neuer Kolleg:innen, Erfahrungen mit regionalen, nationalen und europäischen Förderformaten sowie das individuelle Engagement einzelner Mitglieder haben jedoch dazu geführt, dass zunächst die Antragstätigkeit der ZPE-Mitglieder anhaltend hoch geblieben ist. Stand Januar 2026 sind entsprechend mehrere neue Projekte beantragt oder konkret in Vorbereitung. Das gilt für das ZPE in seiner gesamten thematischen Breite. Dies schafft Perspektiven, um bestehende Stellen zu erhalten und Beschäftigungsverhältnisse zu verlängern. Gleichmaßen bieten sich hier Perspektiven für neue interessierte Kolleg:innen.

Viele der nun entstehenden Forschungsvorhaben sind durch ein hohes Maß an Theorie-Praxis-Verzahnung gekennzeichnet. Sie verbinden wissenschaftliche Fragestellungen mit konkreten Bedarfen aus der Praxis sozialer Dienste, aus Verwaltungen und aus zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie können damit auch als Beitrag zu Transferstrategien gelesen werden, die aktuell an verschiedenen Stellen diskutiert werden. Im ZPE entwickeln sich – so die These – immer auch Projekte, die partizipative Forschung, Praxisentwicklung und Wissenstransfer systematisch miteinander verbinden und als Reallabor-Ansätze gelten können.

1.3 Wissenschaftlicher Austausch und Transferveranstaltungen

Im Berichtszeitraum haben erneut verschiedene ZPE-Mitglieder bei kleineren und größeren Formaten des wissenschaftlichen Austauschs sowie bei Transferveranstaltungen mitgewirkt oder diese initiiert. Hier setzt sich eine Entwicklung fort, die bereits im letzten ZPE-Bericht erkennbar war. Indes ist anzumerken, dass es sich auch hier nicht um ein grundlegend neues Phänomen handelt. Vielmehr besteht eine lange Tradition im ZPE, sich in eigenen oder externen Formaten an die wissenschaftliche Community und/oder die relevante (Fach-)Öffentlichkeit zu richten.

Das Spektrum der im Berichtszeitraum von ZPE-Mitgliedern initiierten oder bespielten Formate reicht von etablierten wissenschaftlichen Konferenzen, über internationale Vernetzungs- und Austauschformate bis hin zur Co-Organisation von Veranstaltungen für die regionale Fachöffentlichkeit oder für zivilgesellschaftliche Akteur:innen sowie Bürger:innen. Analog zeigt sich eine aktive Einbindung von Praxis in Lehrveranstaltungen. Die genannten Punkte sind keine Alleinstellungsmerkmale des ZPE und seiner Mitglieder. Hiervon zeugen nicht zuletzt die vielfältigen inner- und außeruniversitären

Kooperationen gerade in diesem Bereich. Deutlich wird aber, dass die Traditionslinie im ZPE aktuell aktiv bespielt wird. Weitere Formate sind für 2026 konkret in Planung.

Drei Aspekte seien hier exemplarisch herausgestellt. Erstens ist im ZPE-Kontext – voraussichtlich im Mai – ein internationaler Workshop zur Intensivierung afrikanisch-europäischer Forschungskooperationen geplant. Eingeladen werden sollen Wissenschaftler:innen und Projektpartner:innen aus Ghana, Südafrika und Äthiopien. Ziel ist es, bestehende Kontakte zu vertiefen, gemeinsame Forschungsinteressen zu identifizieren und die Grundlagen für langfristige Kooperationen zu legen. Diese Veranstaltung steht exemplarisch für die internationale Ausrichtung des ZPE und für das Bestreben, Forschung zu sozialen Fragen nicht ausschließlich aus europäischer Perspektive zu betreiben, sondern in den Dialog mit Partner:innen aus dem sogenannten Globalen Süden zu treten.

Zweitens ist für Juli 2026 eine Fachtagung zum Thema Soziale Arbeit und Psychiatrie geplant, bei der ZPE-Mitglieder mit internen und externen Partner:innen zusammenarbeiten. Diese Tagung bringt regionale und überregionale Partner:innen aus Wissenschaft, Praxis und Verwaltung zusammen. Sie greift ein Thema auf, das an der Schnittstelle verschiedener Hilfesysteme liegt und das sowohl fachlich als auch politisch von hoher Aktualität ist.

Drittens wird das ZPE im September 2026 – gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Teilhabeforschung e.V. den vierten Kongress der Teilhabeforschung ausrichten. Die Ausrichtung dieses Kongresses in Siegen ist nicht nur eine Anerkennung der fachlichen Reputation des ZPE im Feld der Teilhabeforschung, sondern auch eine Gelegenheit, die Universität Siegen und die Region als Standorte engagierter Teilhabeforschung national und international sichtbar zu machen.

Die genannten Formate stehen exemplarisch und neben einer Vielzahl weiterer kleinerer und größerer Formate, Workshops, Arbeitstagungen, Netzwerktreffen. Hinzu kommen Reallabore und andere Formen partizipativ angelegter Forschung. In der Zusammenschau dokumentiert dieser Aspekt, dass das ZPE nicht nur Forschung betreibt, sondern aktiv Diskurse mitprägt, Netzwerke pflegt und Räume des Austauschs eröffnet. Auch hier ist das ZPE nicht solitärer Akteur sondern selbst ein Netzwerk und als Kollektiv Partner inner- und außeruniversitärer Strukturen.

1.4 Perspektiven: Das ZPE als Beispiel interdisziplinärer Schwerpunktbildung

In der Gesamtschau der zurückliegenden Jahre und mit Blick auf sich abzeichnende Entwicklungen zeigt sich, dass das ZPE in drei zentralen Dimensionen Wirksamkeit entfaltet, die über den eigenen institutionellen Rahmen hinausweisen.

Erstens im Bereich der Förderung von Mitarbeiter:innen in Qualifizierungsphasen. Durch eine Arbeitskultur, die von Kollegialität, gegenseitiger Unterstützung und dem Willen zu gemeinschaftlicher Weiterentwicklung geprägt ist, gelingt es, trotz etwa strukturell bedingten Befristungen von Arbeitsverhältnissen, Kontinuität, Verlässlichkeit und Perspektiven zu schaffen. Es gelingt weiterhin zumeist, Anschlussprojekte zu entwickeln sowie Übergänge zu gestalten und dabei individuelle Perspektiven und Qualifikationsmöglichkeiten mitzudenken. Das ZPE ist hier auch eine Plattform, auf der Forschungsthemen sichtbar bleiben und werden sowie Kooperationen gepflegt und allgemein Inhalte diskutiert werden. Dies gilt nicht zuletzt auch für die bereits im vergangenen Berichtszeitraum etablierte Struktur der Interessengruppen (IGs).

Zweitens im Bereich der Drittmittelforschung und -akquise. Die Mitglieder des ZPE haben auch im Berichtszeitraum bewiesen, dass es ihnen gelingt, in einem aktuell mitunter herausfordernden Förderumfeld erfolgreich Projekte einzuwerben. Dafür erweist es sich als extrem hilfreich, Anträge nicht

isoliert, sondern im Austausch mit anderen zu entwickeln. Auch hierbei helfen kontinuierlich angelegte Austauschformate sowie die zentrale Koordination und Steuerung durch die Geschäftsstelle. Der für Februar 2026 geplante ZPE-Klausurtag ist ein konkreter weiterer Schritt im Sinne der interdisziplinären Zusammenarbeit im ZPE.

Drittens im Transfer. Zahlreiche Forschungsprojekte im ZPE waren und sind so angelegt, dass Transfer und Kommunikation nicht am Ende des Prozesses stehen, sondern dessen integraler Bestandteil sind. Dabei treten nicht zuletzt Wissenschaft und Praxis in einen wechselseitigen Austausch. Praxispartner:innen und Adressat:innen sind dabei oftmals Kooperationspartner:innen, deren Wissen, Erfahrung und Fragestellungen in Forschungs- und Entwicklungsprozesse einfließen – wovon Forschung direkt profitieren kann. In diesem Sinne wirken viele Projekte als Reallabore, in denen neue Ansätze erprobt, reflektiert und weiterentwickelt werden. Die dahinterliegende Haltung entspricht nicht nur aktuellen wissenschaftspolitischen Erwartungen, sondern entspringt auch der Annahme, dass Forschung zu sozialen Fragen sich auf die Realität sozialer Praxis einlassen darf.

Diese drei Dimensionen sind nicht isoliert zu betrachten. Sie greifen ineinander und verstärken sich gegenseitig. Personalentwicklung schafft die Voraussetzungen für erfolgreiche Akquise; erfolgreiche Akquise ermöglicht Personalentwicklung; und beides zusammen macht erst jenen Transfer möglich, der wissenschaftliche Erkenntnisse in gesellschaftliche Verhältnisse übersetzt. Die Erfahrungen aus mehr als 25 Jahren gemeinsamer Arbeit im ZPE können – jenseits unseres unmittelbaren Zusammenhangs – als Ressource für den Austausch mit anderen verstanden werden.

In den kommenden Jahren wird es darauf ankommen, bestehende Stärken weiter auszubauen. Dazu gehört, die bestehenden Netzwerke zu pflegen und neue aufzubauen. Dazu gehört, die thematischen Schwerpunkte des ZPE zu schärfen, ohne dabei die Offenheit für neue Fragestellungen zu verlieren. Dazu gehört, die Kolleg:innen in Qualifizierungsphasen zu fördern und zugleich die Erfahrung etablierter Kolleg:innen wertzuschätzen. Dazu gehört, sich für gute Arbeitsbedingungen aller und eine zuverlässige Ressourcenausstattung des ZPE einzusetzen. Und dazu gehört, die Sichtbarkeit des ZPE weiter zu erhöhen – durch Publikationen, durch Veranstaltungen, durch Präsenz in fachlichen und öffentlichen Debatten.

Das ZPE hat in den zurückliegenden Jahren gezeigt, dass es diesen Ansprüchen gerecht wird. Die Aufgabe der kommenden Jahre wird es sein, darauf aufzubauen – und das Zentrum als einen Ort zu festigen, der innerhalb und außerhalb von Fakultät und Universität wahrgenommen wird.

Die folgenden Kapitel dokumentieren diese Entwicklungen im Detail. Das anschließende zweite Kapitel gibt einen Überblick über aktuelle Strukturen. Es schließen sich Berichte zu laufenden, abgeschlossenen sowie zum Teil in Vorbereitung befindlichen Projekten an. Im vierten Kapitel folgt der Bericht zu Veranstaltungen, im fünften Kapitel die Berichte aus den Arbeitsbereichen. Der ZPE-Bericht 2024/2025 schließt mit einer Übersicht der Publikationen, an denen unsere Mitglieder im Berichtszeitraum mitgewirkt haben.

2 Mitglieder des ZPE im Dezember 2025

Die Zahl der Mitglieder im ZPE ist im Berichtszeitraum gleichgeblieben. Im Dezember 2025 sind insgesamt 34 Personen Mitglied des ZPE. Seit Erscheinen des vorangegangenen ZPE-Berichts sind zwei Kolleg:innen aus dem Kreis der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen der Universität aufgenommen worden. Dem ZPE gehören zurzeit neun Professor:innen, vier Kolleginnen aus Technik und Verwaltung sowie 21 Kolleg:innen aus dem Kreis der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen an.

Auch als Teil der Fakultät II hat das ZPE Mitglieder aus anderen Fakultäten der Universität – konkret aus den Fakultäten I und III.

2.1 Liste der Mitglieder des ZPE

Dr. Paul Anderson	Susanne Müller
Lena Bertelmann, M. A.	Dr. Emmanuel Ndahayo
Malin Butschkau, M. A.	Marie-Christine Ofori, M. A.
Dr.'in Miriam Düber	Dr.'in Birgit Papke
Anja Eichhorn, MSW	Dr. Martin F. Reichstein
Laura Friedrich, M. A.	Prof.'in Dr.'in Bettina Ritter
Helene Fuchs, M. A.	Prof. Dr. Albrecht Rohrmann
Prof. Dr. Benedikt Hopmann	Prof. Dr. Johannes Schädler
Dr. Matthias Kempf	Ellen Stein
Heike Krütt	Prof. Dr. Christoph Strünck
Prof. Dr. Stefan Kutzner	Dr. phil. Manuel Theile
Dipl.-Päd. Frank Liekmeier	Julia Tierbach, M. A.
Dipl.-Päd. Michael Mayerle	Dr.'in phil. Hanna Weinbach
Konrad Meisner, M. Sc.	Prof. Dr. Claus Wendt
Dr.'in Daniela Molnar	Heike Winzenried, M. A.
Jasmin Mouissi, M. A.	Lars Wissenbach, M. A.
Prof.'in Dr.'in Claudia Müller	Prof. Dr. Klaus Wolf

2.2 Vorstand und Geschäftsstelle

2.2.1 Mitglieder des Vorstands

Prof. Dr. Benedikt Hopmann

Prof. 'in Dr. 'in Bettina Ritter

Prof. Dr. Albrecht Rohrmann (Sprecher)

Dr. Manuel Theile

Lars Wissenbach, M. A.

2.2.2 Geschäftsführer

Dr. Martin F. Reichstein

2.2.3 Geschäftsstelle

Heike Krütt

3 Projekte

Die folgende Übersicht enthält laufende Projekte von ZPE-Mitgliedern sowie Projekte, die im Berichtszeitraum abgeschlossen worden sind. Die Projekte sind alphabetisch sortiert.

3.1 Arbeit – Ist da was faul?

Projektleitung

Dr.‘in Hanna Weinbach	Wolfgang Nollmann
Armin Herzberger	Dr. Martin F. Reichstein

Mitglieder der Forschungsgruppe

Dr.‘in Hanna Weinbach	Wolfgang Nollmann
Armin Herzberger	Dr. Martin F. Reichstein

Mitglieder der „Möglichkeitsdenker“ der Lebenshilfe Lüdenscheid-Märkischer Kreis e.V.

Auftraggeber/Projektpartner

Forschungsbüro der „Möglichkeitsdenker“ der Lebenshilfe Lüdenscheid-Märkischer Kreis e.V.

3.2 Begleitforschung im Projekt „Menschen mit Lernschwierigkeiten als Co-Referent*innen an Schulen für Sozialwesen“

Projektleitung

Dr.‘in Miriam Düber	Prof. Dr. Albrecht Rohrmann
---------------------	-----------------------------

Mitglieder der Forschungsgruppe

Dr.‘in Miriam Düber	Prof. Dr. Albrecht Rohrmann
---------------------	-----------------------------

Studierende im Forschungspraxisprojekt im Masterstudiengang „Bildung und Soziale Arbeit“

Auftraggeber/Projektpartner

Lebenshilfewerk Marburg-Biedenkopf

Laufzeit und Volumen

01.10.2023 bis 31.07.2027	20.000,00 Euro
---------------------------	----------------

Weitere Informationen zu diesem Projekt finden sich unter <https://u-si.de/q5rGT>

3.3 FUSION TV 5 – Soziales und Inklusion

Projektleitung

Dr. Martin F. Reichstein

Mitglieder der Forschungsgruppe

Dr. Stephan Krayter

Konrad Meisner, M. Sc.

Prof. 'in Dr. 'in Claudia Müller

Dr. Martin F. Reichstein

Prof. Dr. Albrecht Rohrmann

Prof. Dr. Johannes Schädler

Lars Wissenbach, M. A.

WHB/WHK

Sarah Lorber, M. A.

Leonie Sunar, B. A.

Auftraggeber/Projektpartner

BMFTR¹

Kreis Siegen-Wittgenstein

Projektkonsortium FUSION

Lehrstuhl IT für die alternde Gesellschaft (Fakultät III)

Laufzeit und Volumen

01.01.2023 bis 31.12.2027

837.764,88 Euro

Weitere Informationen zu diesem Projekt finden sich unter <https://u-si.de/YAR3Z>

¹ Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt

3.4 Life Course Transitions and Trajectories of Persons with Disabilities in West African Societies (LICOT-WASO II)

Projektleitung

Lars Wissenbach, M.A.

Prof. Dr. Johannes Schädler

Mitglieder der Forschungsgruppe

Dr. 'in Efua Agyire-Tettey

Dr. Paul Kwaku Larbi Anderson

Marigold Cobbina

Rodger Kumah

Prof. Dr. Johannes Schädler

Dr. 'in Daniella Delali Sedegah

Lars Wissenbach, M.A.

Auftraggeber/Projektpartner

BMBF

University of Ghana (Legon)

Laufzeit und Volumen

01.03.2024 bis 31.05.2026

185.000,00 Euro

Weitere Informationen zu diesem Projekt finden sich unter <https://licot-waso.com/>

3.5 Local Development Planning for People in Vulnerable Situations (LOCDEV)

Projektleitung

Lars Wissenbach, M.A.

Prof. Dr. Johannes Schädler

Mitglieder der Forschungsgruppe

Sandra Juliet Ahiataku

Dr. Paul Kwaku Larbi Anderson

Prof. Dr. George Owusu

Prof. Dr. Johannes Schädler

Lars Wissenbach, M.A.

Omar Zakanda

Auftraggeber/Projektpartner

Engagement Global NRW

Landesregierung NRW

BMZ

Laufzeit und Volumen

01.01.2024 bis 30.09.2025

135.000,00 Euro

3.6 Social Entrepreneurship & Intrapreneurship in Sozialen Diensten

Projektleitung

Prof. Dr. Johannes Schädler

Mitglieder der Forschungsgruppe

Sandra Juliet Ahiataku

Dipl.-Päd. Frank Liekmeier

Konrad Meisner, M. Sc.

Prof. Dr. Johannes Schädler

Reiner Jakobs

Auftraggeber/Projektpartner

Projektkonsortium EnableUS

Wirtschaftsministerium NRW

Laufzeit

2022 bis 2024

Weitere Informationen zu diesem Projekt finden sich unter <https://u-si.de/VAmEj>

3.7 UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen

Projektleitung

Prof. Dr. Albrecht Rohrmann

Mitglieder der Forschungsgruppe

Lena Bertelmann, M.A.

Malin Butschkau, M.A.

Dr. Matthias Kempf

Prof. Dr. Albrecht Rohrmann

SHK/WHB

Jan Birkhahn

Lukas Heinrichs

Emma Loreen Stahr

Vanessa Tammling

Christopher Wegner

Auftraggeber/Projektpartner

BMAS²

Deutsches Institut für Menschenrechte

Laufzeit und Volumen

01.10.2022 bis 30.09.2025

666.661,30 Euro

Weitere Informationen zu diesem Projekt finden sich unter <http://unbrk-kommunal.de>

² Bundesministerium für Arbeit und Soziales

3.8 neuLAND: Pflege im ländlichen Raum neu gedacht – Lebensnah, Aktiv, Nachbarschaftlich, Digital

Projektleitung

Dr. Martin F. Reichstein

Mitglieder der Forschungsgruppe

Konrad Meisner, M. Sc.

Sarah Lorber, M. A.

Auftraggeber/Projektpartner

Diakonisches Werk Wittgenstein

MAGS NRW³

Laufzeit und Volumen

In Vorbereitung

3.9 ProBE – Professionalisierung im Berufseinstieg in den stationären Erziehungshilfen

Projektleitung

Prof.‘in Dr.‘in Bettina Ritter

Mitglieder der Forschungsgruppe

Helene Fuchs, M.A.

Weitere Beteiligte/Steuerungsgruppe

Prof. Dr. Jack Weber (HAW Hamburg) Dr. Samuel Keller (ZAHW Zürich)

Stefan Wedermann (IGfH) Lars Dierking (Gangway Hamburg)

Auftraggeber/Projektpartner

Stiftung Deutsche Jugendmarke

IGfH – Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen

Laufzeit und Volumen

01.10.2025 bis 30.09.2027

200.000 Euro

³ Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

3.10 PIHT – Praxisentwicklung inklusive Hilfeplanung bei Teilhabebedarfen

Projektleitung

Prof. Dr. Gunther Grasshoff (Uni Hildesheim) Prof. Dr. Albrecht Rohrmann (Uni Siegen/ZPE)

Mitglieder der Forschungsgruppe

Jessica Wrenzycki (Uni Hildesheim) Dr. Matthias Kempf (Uni Siegen/ZPE)

*Auftraggeber / Projektpartner*innen*

Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration und Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung in Rheinland-Pfalz / Sechs Modellkommunen in Rheinland-Pfalz

Laufzeit und Volumen

01.10.25 bis 30.09.27 185.000 Euro

4 Veranstaltungen

Die folgende Übersicht enthält ausgewählte Veranstaltungen des ZPE sowie Veranstaltungen, die durch ZPE-Mitglieder (mit-)organisiert worden sind. Gelistet sind darüber hinaus Beiträge von ZPE-Mitgliedern zu wissenschaftlichen Konferenzen im In- und Ausland während des Berichtszeitraums. Diese Beiträge sind chronologisch sortiert. Die Beiträge wurden von den Internetseiten der jeweiligen Mitglieder übernommen. Entsprechend besteht hier kein Anspruch auf Vollständigkeit.

4.1 Organisation und Mitwirkung bei Veranstaltungen

European Round Table I „Social Entrepreneurship and Innovation in Social Services“, Siegen

5. bis 6. Februar 2024 – Johannes Schädler & Konrad Meisner

Tagung "Armutsforschung in der Sozialen Arbeit"

9. bis 10. Februar 2024 – Bettina Ritter & Holger Schoneville (Universität Hamburg)

Sozialraumkonferenzen im Kreis Siegen-Wittgenstein (10 Einzeltermine)

11. April 2024 bis 20. Mai 2025 – Mitwirkung der Projektgruppe FUSION TV 5 bei der Veranstaltungen der Sozialplanungsabteilung des Kreises Siegen-Wittgenstein

LOCDEV-Workshop „Medium-Term Development Planning for Vulnerable Groups in Eastern Region, Ghana – Interim Results“, Koforidua, Ghana

30. und 31. Oktober 2024 – Paul Anderson, Johannes Schädler, Lars Wissenbach

Regional Workshops “Medium-Term Development Planning for People in Vulnerable Situations“, Eastern Region, Ghana (2 Einzeltermine)

6. November 2024 und 7. Mai 2025 – Paul Anderson, Johannes Schädler, Lars Wissenbach

EURECO-Forum “EHECADI-experience on Internship in academic training“, Brüssel

7. und 8. November.2024 – Johannes Schädler, Konrad Meisner, Martin Reichstein

Fachtag "Armut von Familien – Was tut Soziale Arbeit?"

15. November 2024 – Bettina Ritter

European Round Table II „Social Entrepreneurship an Innovation in Social Services“, Siegen

17. bis 18. März 2025 – Johannes Schädler & Konrad Meisner

LOCDEV-Workshop „Medium-Term Development Planning Planning for Vulnerable Groups in Eastern Region, Ghana – Final Results“, Koforidua, Ghana

7. und 8. Mai 2025 – Paul Anderson, Johannes Schädler, Lars Wissenbach

Halbzeittagung des Gesamtprojekts FUSION

17. Juni 2025 – Mitwirkung der Projektgruppe FUSION TV 5

8. Arbeitstagung der DGfE AG Inklusionsforschung unter dem Titel „Inklusion und Exklusion an Orten des pädagogischen Handelns“

4. bis 5. Juli 2025 – Magdalena Eckes, Erika Gericke, Benedikt Hopmann, Birgit Papke, Albrecht Rohrmann, Stefanie Roos & Gabriele Weiß

Fachtag "Sexualisierte Gewalt in der Kinder- und Jugendhilfe"

11. Juli 2025 – Bettina Ritter in Kooperation mit dem Netzwerk Kinderschutz des Kreises Siegen-Wittgenstein und der Universitätsstadt Siegen sowie dem Institut für Sozialpädagogik

Final Conference of project "Life Course and Disability in West-African Countries", LICOT WASO I, Accra, Ghana

10. und 11. September 2025 – Paul Anderson, Johannes Schädler, Lars Wissenbach

Workshop "Transitions of Persons with Disabilities from Tertiary Education to Local Labour Markets in Ghana"

11. September 2025 – Efua Agyire-Tettey (University of Ghana), Paul Anderson & LICOT-WASO II Projektteam

Online-Abschlusstagung zum Projekt „UN-BRK kommunal“

12. September 2025 – Matthias Kempf und Albrecht Rohrmann in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR)

4.2 Beiträge zu Konferenzen und Fachveranstaltungen

Hopmann, Benedikt (2024): Von individuellen Bedarfen zu angemessenen Hilfen – Herausforderungen einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe. Vortrag auf dem Fachtag "Hilfen aus einer Hand – Vom Fall zum inklusiven Unterstützungsangebot" (3. Fachtag Inklusive Jugendhilfe) des Diakonischen Werkes der evangelischen Kirche in Württemberg e.V., Stuttgart, 05.03.2024.

Molnar, Daniela (2024): Widerstand der Adressat*innen als Krise - und die daraus (nicht) folgende Transformation der Fallkonstitution. Vortrag im Panel "Krisen der Fallkonstitutionen in professionellen pädagogischen Interaktionen" (Chairs: Saskia Bender, Mirja Silkenbeumer, Nina Thieme), 29. Kongress der DGfE, Halle/Saale.

Weinbach, Hanna (2024): Sozialpädagogische Grundlagen. Vortrag im Rahmen des Auftaktworkshops des Projekts „Qualifizierung von Laienmusikern für die Nachwuchsarbeit durch professionelle Musikpädagogen und wissenschaftliche Begleitung“, Olpe, 23.03.2024.

Theile, Manuel (2024): „Jetzt bin ich aber vollkommen allein.“ – Erleben von jungen Menschen und aktuelle Entwicklungen im Leaving Care; Veranstaltungsreihe ‚Sozialpädagogische Blicke auf Heimerziehung‘ an der Hochschule Darmstadt, 20.06.2024.

Weinbach, Hanna (2024): Zum Spannungsverhältnis von Selbstvertretung und Sozialer Arbeit. Vortrag im Rahmen des Zwanzigsten Sozialpolitischen Fachforums des Paritätischen Kreisverbands

Tübingen zum Thema „Recht auf Selbstvertretung: Ansprüche – Erwartungen – Befürchtungen“, Universität Tübingen, 17.04.2024.

Eichhorn, Anja (2024): Eltern im Legitimationskonflikt. Wie Mütter und Väter die Heimunterbringung ihrer Kinder interpretieren und bearbeiten. Panel mit Daniela Molnar und Maximilian Schäfer, DGSA-Jahrestagung, Ernst-Abbe-Hochschule Jena, 27.04.2024.

Molnar, Daniela (2024): Von Adressat:innen und Kolleg:innen: Einblicke in eine niedrigschwellige Jugendhilfe. Symposium "Sozialpädagogische Einblicke und Rückblicke – oder: Zur Notwendigkeit der Transformation Sozialer Arbeit, wenn sie die Orientierung an Adressat:innen ernst meint" (Chairs: Daniela Molnar, Maximilian Schäfer), Jahrestagung der DGSA, Jena, 27.04.2024.

Hopmann, Benedikt (2024): Update SGB VIII-Reform. Vortrag auf dem gemeinsamen Fachtag der diözesanen Arbeitsgemeinschaften für Erziehungshilfe der Region Ost und des Bundesverbands Caritas Kinder- und Jugendhilfe e.V. (BVkE), Berlin, 13.06.2024.

Reichstein, Martin F. (2024): Entwicklungsperspektiven im ländlichen Raum. Veränderungen und Anforderungen. 5. Zukunftsforum Soziale Arbeit, Berlin, 04.09.2024.

Reichstein, Martin F. (2024): Digitale Medien, Soziale Dienste und Menschen, die sie (noch nicht) in Anspruch nehmen. Perspektiven aus dem und auf den ländlich-industrialisierten Raum. DVSG-Bundeskongress 2024, Erfurt, 10.10.2024.

Hopmann, Benedikt (2024): Reformierte Kinder- und Jugendhilfe: Endlich inklusiv? Vortrag auf der 21. Dilborner Fachtagung der Alexianer Kinder- & Jugendhilfe "Inklusion und Erziehungshilfen – zwischen Utopie und Wirklichkeit? Die Kinder- & Jugendhilfe im Wandel", Krefeld, 07.11.2024.

Hopmann, Benedikt (2024): Zentrale Erkenntnisse und Empfehlungen des 17. Kinder- und Jugendberichts. Digitaler Vortrag im Fachausschusses Jugend und Familie des Deutschen Vereins, 14.11.2024.

Papke, Birgit (2024): Kindheit, Armut und frühkindliche Bildung – Was tun Kitas? Fachtag "Armut von Familien – Was tut Soziale Arbeit?", Universität Siegen, 15.11.2024.

Hopmann, Benedikt (2024): AGJ-Fachtagung zum 17. Kinder- und Jugendbericht mit Jugendaudit. Gestaltung der Foren zu "Jungsein in Zeiten des Klimawandels", "Jungsein mit Behinderung" und "Digitalisierung in der Kinder- und Jugendhilfe", Berlin, 18.–19.11.2024.

Reichstein, Martin F. (2024): Umgänge mit komplexen Unterstützungsbedarfen im ländlich-industrialisierten Raum. Zum individuellen Erleben, zu Handlungspraxen und zu Perspektiven. „Angebote, die ankommen“ – Fachtag zur Vernetzung in der regionalen Gesundheitsversorgung, Siegen, 20.11.2024.

Weinbach, Hanna (2024): Formen und (nicht) intendierte Folgen von Schulbegleitung. Empirische Annäherungen an Sichtweisen von jungen Menschen. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Soziale Arbeit im Kontext Schule“, Universität Duisburg-Essen, 18.12.2024.

Hopmann, Benedikt (2025): Behinderung aus befähigungstheoretischer Perspektive. Online-Ringvorlesung "Theoretische Diskurse: Soziale Arbeit zwischen Bedürfnisorientierung und Capability Approach?!", veranstaltet durch Martin Staats (Erfurt), Nikolaus Meyer (Fulda), Cornelia Füssenhäuser (Wiesbaden), Rita Braches-Chyrek (Bamberg), 13.01.2025.

- Hopmann, Benedikt (2025): Verantwortung ist vielfältig – Diversität ermöglichen. Impuls auf dem Fachtag "Gerechtes Aufwachsen ist möglich – Jugendhilfe übernimmt Verantwortung!", Verabschiedung von Karin Böllert (Münster), Münster, 17.01.2025.
- Hopmann, Benedikt (2025): Die inklusive Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe im Lichte des 17. Kinder- und Jugendberichts und Workshop Klimagerechtigkeit. Vortrag und Workshop auf dem Fachtag zum 17. Kinder- und Jugendbericht des Niedersächsischen Landesamtes für Soziales, Jugend und Familie, Hannover, 29.01.2025.
- Düber, Miriam (2025). Zur Elternschaft von Menschen mit Lernschwierigkeiten. Fachtag „Eltern mit Behinderung in Siegen-Wittgenstein“, veranstaltet durch die Beauftragte für Menschen mit Behinderung und dem Familienbüro der Stadt Siegen in Kooperation mit den Kompetenzzentren Selbstbestimmt Leben NRW, Siegen, 05.02.2025.
- Hopmann, Benedikt (2025): Zentrale Erkenntnisse und Empfehlungen des 17. Kinder- und Jugendberichts mit Schwerpunkt auf Jungsein mit Behinderungen. Vortrag auf dem Vorstandstreffen des Bundesverbands Caritas Kinder- und Jugendhilfe e.V. (BVKE), Siegburg, 13.02.2025.
- Hopmann, Benedikt; Cloos, Peter; Krähnert, Isabell & Zehbe, Katja (2025): Verstrickte Zeitregime in der Kita und den erzieherischen Hilfen – eine Falldiskussion. Vortrag auf dem Symposium "Die Zeit der Disability Studies (in Education)", Hildesheim, 12.03.2025.
- Kempf, Matthias & Rohrmann, Albrecht (2025, 30. Januar). Systematische Planungsaktivitäten zu Inklusion & Teilhabe in Kommunen. Ergebnisse aus dem Projekt: Die UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen: Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – Impulse, Strategien und Visionen inklusiver Kommunal- und Regionalentwicklung“ der HAWK Hochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen, Online.
- Kempf, Matthias & Rohrmann, Albrecht (2025, 12. September). Förderliche Faktoren und Stolpersteine für die planerische Umsetzung der UN-BRK in Kommunen: Vortrag im Rahmen des Projektes 'UN-BRK kommunal', Online.
- Tierbach, Julia; Hopmann, Benedikt & Weinbach, Hanna (2025): Behinderung als sozialpädagogischer Gegenstand: Diskurse und Leerstellen. Gemeinsame Arbeitsgruppe unter dem Titel "Behinderung als sozialpädagogischer Forschungsgegenstand". Kommentierung von Hanna Weinbach. Vortrag auf der Jahrestagung der Kommission Sozialpädagogik der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft: "Forsch(end)e Sozialpädagogik", Universität Augsburg, 21.03.2025.
- Hopmann, Benedikt (2025): Zentrale Erkenntnisse und Empfehlungen des 17. Kinder- und Jugendberichts mit Schwerpunkt auf Jungsein mit Behinderungen. Vortrag auf dem Fachbeiratstreffen des Evangelischen Erziehungshilfefachverbands (EREV), Münster, 25.03.2025.
- Hopmann, Benedikt (2025): 17. Kinder- und Jugendbericht. Diskussionsbeitrag zusammen mit Chantal Munsch (Siegen, Sachverständigenkommission des 4. Engagementberichts) und Ina Bielenberg (Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Sachverständigenkommission des 16. Kinder- und Jugendberichts) auf der Paneldiskussion "Zwischen Agendasetting, Anrufung und Konflikt: Diskussionen zu aktuellen Berichten der Bundesregierung und ihrer Relevanz für die politische Bildung" des POLIS – Zentrum für politische und soziologische Bildung, Siegen, 23.04.2025.

- Reichstein, Martin F. (2025): Ressourcen im Sozialraum. Brücken zwischen fragmentierten Hilfesystemen? „Zukunftsfähig handeln: Sozialraum stärken, Zukunft gestalten" – Fachtag der Lebenshilfe Bildung NRW, Herdecke, 15.05.2025.
- Theile, Manuel (2025): Junge Kinder in den Erziehungshilfen. Debatten, Rückblicke und Anschlüsse; Fachtagung der Erziehungshilfefachverbände ‚Junge Kinder in den Erziehungshilfen. Herausforderungen und Perspektiven‘, digital, 27.05.2025.
- Molnar, Daniela & Marr, Eva (2025): Kooperation und Vernetzung. Kommentierung im Abschluss-symposium "Laien als Akteure im Ganztage. Explorative Analysen im multiperspektivischen Mixed-Methods-Design (LAKTAT)" (verantwortlich: Till-Sebastian Idel, Gunther Graßhoff und Markus Sauerwein), Oldenburg.
- Molnar, Daniela; Koch, Jasmin & Weber, Rebecca (2025): "Ihr wisst doch alle, was Straße ist!": Über Vorstellungen zur Situation junger wohnungs-/obdachloser Menschen und die Beauftragungen und Aufträge, die sich für Soziale Arbeit ergeben. Workshop, 83. Jahrestagung der Gilde Soziale Arbeit, Bielefeld.
- Molnar, Daniela (2025): Partizipation und niedrigschwellige Drogenhilfe. Gastvortrag, Ringvorlesung 'Umkämpfte Themenfelder und Bündnispolitiken' (verantwortlich: Susanne Gerner), Evangelische Hochschule Darmstadt, online.
- Molnar, Daniela (2025): "to hear and to have a voice" (Arnstein 1969) – Partizipation in Hilfen für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung. Gastvortrag, Vorlesung 'Einführung in die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe' (verantwortlich: Arne Wohlfarth und Zoë Clark), Universität Siegen.
- Molnar, Daniela (2025): Im Zweifel brüchig: Fallstricke in der Fallkonstitution bei der Zusammenarbeit von Sonder- und Sozialpädagogen:innen im schulischen Kontext. Gastvortrag, Ringvorlesung 'Soziale Arbeit im Kontext Schule' (verantwortlich: Nina Thieme), Universität Duisburg-Essen.
- Eichhorn, Anja (2025): Eltern im Legitimationskonflikt. Einblicke in ein laufendes Forschungsprojekt zu Folgen von Heimerziehung für Eltern. Diskussionsforum der AG8, Universität Bielefeld, 04.06.2025.
- Molnar, Daniela (2025): Eine Frage der Partizipation: Schutzsuche in Notschlafstellen rechtlich verankern. Podiumsdiskussion (Beteiligte: Björn Kramp, Sleep In Stellwerk; Vertreter:in von Momo - the voice of disconnected youth; Daniela Molnar, Philipps-Universität Marburg; Vertreter:in Landesjugendamt Westfalen-Lippe; Vertreter:in VSE NRW e.V.), verantwortlich: Verbund sozialtherapeutischer Einrichtungen Nordrhein-Westfalen e.V., 18. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag, Leipzig.
- Hopmann, Benedikt (2025): Children with Disabilities – Perspectives of inclusive child and youth welfare services. Vortrag im Rahmen der Summer School "Child welfare and Disability" vom 09.–13.06.2025, Münster, 11.06.2025.
- Hopmann, Benedikt (2025): Inklusion in den Hilfen zur Erziehung. Vortrag im Rahmen des Fachtags "Inklusion in den Hilfen zur Erziehung – jetzt und in Zukunft" der Stadt Osnabrück, Osnabrück, 17.06.2025.

- Hopmann, Benedikt (2025): Erziehungswissenschaftlicher Input: SGB VIII-Reformprozess, Inklusionsbegriff und Bedarfskonstruktionen. Digitales Podium "Kinder- und Jugendrechte in der inklusiven Jugendhilfe" im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Aktuelle Fragen des Bildungs- und Jugendrechts 'Vom Kind aus?!'", Gießen, 02.07.2025.
- Weinbach, Hanna (2025): Teilnahme am Roundtable zu „Inklusion und Exklusion an Orten des pädagogischen Handelns" im Rahmen der 8. Arbeitstagung der DGfE AG Inklusionsforschung, Universität Siegen, 05.07.2025.
- Krayter, Stephan; Lorber, Sarah; Meisner, Konrad; Reichstein, Martin F.; Sunar, Leonie & Wissenbach, Lars (2025): Access All Areas? Digital and Analog Pathways Towards Social Services in Rural-Industrialized Areas (Symposium). TiSSA Plenum Conference 2025, Porto, 01.09.2025.
- Reichstein, Martin F. (2025): Hybride und digitale Ansätze in den Hilfen für Menschen mit Behinderungen. Anforderungen und Perspektiven für Fachkräfte (Vortrag und Workshop). BGW forum 2025, Hamburg, 01.09.2025.
- Reichstein, Martin F. (2025): Towards a Systemic Understanding of Complex Support Needs. Reflections on and From the Disability Field. TiSSA Plenum Conference 2025, Porto, 03.09.2025.
- Weinbach, Hanna & Wulf, Lea (2025): Un/Doing Dis/Ability as Consequence of Social Services Work. Präsentation eines Posters bei der moderierten Postersession „Exploring Intersectional Vulnerabilities in Childhood: Theory, Methodology and Ethics" im Rahmen der internationalen Konferenz „Exploring Vulnerability in Childhood – Between Normalization and Disablement", Universität Duisburg-Essen, 11.09.2025.
- Theile, Manuel (2025): ‚Grenzgänger‘?, ‚Systemsprenger‘?... Oder: Wenn Kinder und Jugendliche Grenzen des Systems aufzeigen; ÖFEB Sektionstagung Sozialpädagogik ‚BE- UND ENTGRENZUNGEN – Diskurse, Praktiken und Herausforderungen Sozialer Arbeit‘, Universität Salzburg, 25.09.2025.
- Theile, Manuel & Rohrmann, Albrecht (2025): Übergänge von jungen Menschen mit Behinderungen aus der ‚Heimerziehung‘ in unterstützte Formen des Wohnens im Rahmen der Eingliederungshilfe im Erwachsenenalter; Internationale Care Leaving Forschung 2025: Teilhabe, Gerechtigkeit, Perspektiven, Universität Hildesheim, 07.10.2025.
- Tierbach, Julia (2025): Das Ringen um Teilhabe – Rekonstruktionen der Teilhabe von Menschen mit Behinderung im Allgemeinen und aus dem Feld der Autismus-Therapie im Besonderen. Vortrag im Rahmen der Luria-Gesellschaft an der Evangelischen Hochschule Darmstadt, 18.10.2025.
- Tierbach, Julia (2025): Autism in Education and the Role of Symbolic Violence – Because "Representation Matters (?)". Vortrag im Rahmen der Lecture Series „Autism Studies in Education" der Pädagogischen Hochschule Freiburg, 04.11.2025.
- Papke, Birgit (2025): Zur Theorie integrativer Prozesse. Input mit anschließendem Austausch im Symposium zur Aktualität der Arbeit und zum Gedenken an Prof. Dr. Helmut Reiser unter dem Titel: „Kann es sein, dass die Störung des Kindes den subjektiven Lebenssinn verteidigt?", Goethe-Universität Frankfurt am Main, Institut für Sonderpädagogik, 15.11.2025.

- Papke, Birgit & Harbusch, Martin (2025): Psychiatrische Diagnosen außerhalb der Psychiatrie: Die zentrale Rolle der Sozialen Arbeit für den (Miss-)Erfolg psychiatrischen Wissens. Vernetzungstreffen Kritische Medizin, Universität Köln, 23.11.2025.
- Rohrmann, Albrecht (2025, 19. Mai). Die planerische Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf kommunaler Ebene: Vortrag im Rahmen des Treffens der Inklusionsbeauftragten im Bezirk Schwaben und in Württemberg/Baden, Neu-Ulm.
- Rohrmann, Albrecht (2025, 22. Mai). Sozialplanung und Sicherstellungsauftrag: Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen: Vortrag im Rahmen der Sitzung der LAG Teilhabe SGB IX in Baden-Württemberg, Online.
- Rohrmann, Albrecht (2025, 3. Juli). Barrieren überwinden durch kommunale Planung: Vortrag im Rahmen des Fachtages zum 20-jährigen Jubiläums der Agentur Barrierefrei NRW, Düsseldorf.
- Rohrmann, Albrecht (2025, 28. August). Projekt UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen: Vortrag im Rahmen eines Treffens der Behindertenbeauftragten in Sachsen, Dresden.
- Rohrmann, Albrecht (2025, 9. September). Förderliche Faktoren und Stolpersteine bei der planerischen Umsetzung der UN-BRK: Vortrag im Rahmen der Inklusionskonferenz der Region Hannover, Hannover.
- Rohrmann, Albrecht (2025, 10. September). Menschen mit Lernschwierigkeiten als Expert*innen für ein inklusives Gesundheitssystem und als Partner*innen in der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften im Gesundheitswesen: Workshop im Rahmen des Fachtages 'Inklusive Gesundheit – Zugänge zur Inklusion im Gesundheitssystem' der Kompetenzzentren Selbstbestimmt Leben (KSL) in NRW, Bochum.
- Rohrmann, Albrecht (2025, 25. September). Selbstbestimmung behinderter Menschen und Gesamtplanung im Spannungsverhältnis: Vortrag im Rahmen einer Fachveranstaltung der EUTB in Marburg, Marburg.
- Rohrmann, Albrecht (2025, 6. Oktober). Planerische Aktivitäten zur Umsetzung der UN-BRK in Kommunen: Vortrag im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE im Landschaftsverband Rheinland (LVR), Online.
- Rohrmann, Albrecht & Theile, Manuel (2025, 7. Oktober). In- und Exklusion junger Menschen im Übergang von stationärer Kinder- und Jugendhilfe in Unterstützungssettings im Rahmen der Eingliederungshilfe im Erwachsenenalter: Vortrag im Rahmen der 8. Arbeitstagung der DGfE AG Inklusionsforschung an der Universität Siegen, Siegen.
- Rohrmann, Albrecht & Theile, Manuel (2025, 7. Oktober). Übergänge von jungen Menschen mit Behinderungen aus der ‚Heimerziehung‘ in unterstützte Formen des Wohnens im Rahmen der Eingliederungshilfe im Erwachsenenalter: Vortrag im Rahmen der internationalen Care Leaving Forschung 2025: Teilhabe, Gerechtigkeit, Perspektiven, an der Universität Hildesheim, Hildesheim.
- Rohrmann, Albrecht (2025, 6. November). Förderliche Faktoren und Stolpersteine bei der planerischen Umsetzung der UN-BRK: Vortrag im Rahmen des Sozialgipfels der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Erfurt.

- Rohrmann, Albrecht (2025, 14. November). Vorbereitung auf die Gesamtzuständigkeit. Vortrag im Rahmen der Info-Veranstaltung der Stadtverwaltung Münster zum Thema: Kommunale Eingliederungshilfe aus einer Hand', Münster.
- Rohrmann, Albrecht (2024, 9. Juli). Hilfe Planung! Bedarfsermittlung – kommunale inklusive Infrastruktur: Vortrag im Rahmen der Tagung 'Inklusive Kinder- und Jugendhilfe in der inklusiven Kommune' von Miteinander Leben Lernen (MLL) e.V. im Saarland, Saarbrücken.
- Rohrmann, Albrecht (2024, 15. November). Selbstbestimmung und Teilhabe für alle - Kinder- und Jugendhilfe inklusiv gestalten (§ 9 Abs. 4 SGB VIII)': Vortrag im Rahmen einer Fachveranstaltung der Landesjugendämter in NRW, Online.
- Rohrmann, Albrecht (2024, 26. November). „Gemeinsam. Alle junge Menschen in einem System. Wie geht das für die jungen Menschen und für die Systeme?": Vortrag im Rahmen der DIJuF-Zweijahrestagung „Navigating the future – Inklusion, Kooperation und Fachkräftemangel als zentrale Zukunftsthemen der Kinder- und Jugendhilfe“ des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht (e.V.), Frankfurt a.M.
- Rohrmann, Albrecht (2024, 10. Dezember). Menschenrechtsbasierte Leistungserbringung: Vortrag im Rahmen einer Veranstaltung zu 15 Jahren UN-BRK des Zentrums für Studies der Hochschule Bochum und des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Online.
- Rohrmann, Albrecht (2025, 28. November). Das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Die Umsetzung im Kontext der Reform der Eingliederungshilfe durch das Bundesteilhabegesetz: Vortrag im Rahmen eines Fachtages zum 40-jährigen Jubiläums der Landesarbeitsgemeinschaft für freien ambulante Dienste (LAGfAD) in Hessen, Marburg.
- Rohrmann, Albrecht (2025, 5. Dezember). Die UN-Behindertenrechtskonvention auf kommunaler Ebene. De Bedeutung von kommunalen Aktionsplänen und systematischen Planungsaktivitäten: Vortrag im Rahmen der Online-Veranstaltung 'Bildungslandschaft meets Inklusion' des Instituts für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Online.
- Ritter, Bettina & Albus, Stefanie (2025): Teilhabebbarrieren in familienbezogenen Hilfen – Arme Familien zwischen Ein- und Ausschließung. 8. Arbeitstagung der DGfE AG Inklusionsforschung „Inklusion und Exklusion an Orten des pädagogischen Handelns“ am 4./05.07.2027 an der Universität Siegen.
- Ritter, Bettina & Albus, Stefanie (2024): (Wie) Wird Armut in sozialen Diensten bearbeitet. Wahrnehmung von und Umgang mit Armut in familienorientierten sozialpädagogischen Hilfen. Tagung „Armutsforschung in der Sozialen Arbeit“ am 9./10.02.2024 an der Universität Hamburg (in Kooperation mit der Universität Siegen)
- Ritter, Bettina (2024): Armut und Soziale Arbeit. Phänomene, Problematisierungen und die Rolle Sozialer Arbeit. Fachtag: Armut von Familien. Was tut Soziale Arbeit? 15.11.2024, Universität Siegen

5 Beiträge aus den Arbeitsbereichen

5.1 Dissertationsprojekt auf der Zielgeraden:

„Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf kommunaler Ebene – Aufgabe (in) der Kommunalverwaltung“

Lena Bertelmann

Seit der Ratifizierung der UN-BRK durch die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2009 haben sich Bund, Länder und auch Kommunen auf den Weg gemacht, die Umsetzung ihrer Vorgaben in den Blick zu nehmen, zu planen und umzusetzen. Leitziel ist idealerweise die Entwicklung und Gestaltung eines inklusiven Gemeinwesens. Kommunale Umsetzungsaktivitäten können der Anforderung der UN-BRK Rechnung tragen, dass „[deren] Bestimmungen [...] ohne Einschränkungen oder Ausnahme für alle Teile eines Bundesstaates [gelten]“ (Art. 4, Abs. 5 UN-BRK).

Mit der Federführung kommunaler Planungen zur Umsetzung der UN-BRK übernimmt die kommunale Verwaltung „eine bestimmte Interpretation von Politik, nämlich Politik als ‚Policy Making‘, als Versuch der Be- und Verarbeitung gesellschaftlicher Probleme“ (Bogumil & Jann 2020: 7) für das von ihr verwaltete Gebiet. Im Prozess der Politikumsetzung spielt die Verwaltung auch insofern eine wichtige Rolle, als dass vor allem dort die zugehörigen Informations- und Interaktionsprozesse zwischen den unterschiedlichen Akteuren stattfinden.

Die (planerische) Entwicklung eines inklusiven Gemeinwesens kann als komplexes und anspruchsvolles Vorhaben gelten. Wollen Kommunen im Rahmen ihrer Allzuständigkeit und mit Blick auf Daseinsvorsorge die Chance zur Verwirklichung von Teilhabe für alle und jede*n bieten, dann müssen sie sich dieser Querschnittsaufgabe immer wieder neu stellen. Die zur Umsetzung der UN-BRK notwendigen Maßnahmen berühren die Zuständigkeiten unterschiedlicher Ressorts in der Verwaltung. Notwendig für einen erfolgreichen Prozess ist somit u. a. die Festlegung eindeutiger Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung sowie die Klärung der Abstimmung zwischen den beteiligten verwaltungsinternen Akteuren (vgl. Rohrmann 2019: o. S.). Zudem dürfte sich der Einbezug der für die Entwicklung eines inklusiven Gemeinwesens relevanten verwaltungsexternen Akteure, bspw. Akteure der ‚Behindertenhilfe‘, der Kommunalpolitik, der Zivilgesellschaft und – nicht zuletzt, weil von der UN-BRK selbst gefordert – der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung (vgl. Art. 4, Absatz 3 UN-BRK), als sinnvolle und zielführende Bedingung von selbst verstehen.

Die federführende Kommune muss entscheiden, wie sie ihre Federführung wahrnimmt, welchem Personal sie die Gestaltung der Aktivitäten oder des Planungsprozesses überantwortet und wo sie das Personal ansiedelt. Der zur*m Hauptverantwortliche*n bestimmten Person obliegt die Bearbeitung eines komplexen Problems bei häufig unscharf umrissenem Planungsauftrag in der nach wie vor stark bürokratisch geprägten Verwaltung. Der hauptverantwortlichen Person stellen sich somit verwaltungsintern und verwaltungs-extern vielfältige Moderations-, Koordinations- und Vermittlungsaufgaben (vgl. Bertelmann & Konieczny 2022; Bertelmann 2024).

Inspiziert von und anknüpfend an Forschungs- und Begleitprojekte des ZPE im Kontext der Umsetzung der UN-BRK in Kommunen (vgl. Rohrmann, Schädler et al. 2014; Bertelmann & Rohrmann 2018; Düber et al. 2018; Geese et al. 2020; Bertelmann et al. 2024; Bertelmann et al. 2025) verfolgte das Dissertationsprojekt einen Zuschnitt, der Erkenntnisse darüber generiert, wie Umsetzungsbemühungen in und von Kommunalverwaltungen (partizipativ) gestaltet und organisiert werden und welche Möglichkeiten und Herausforderungen damit verbunden sind.

Im Verlauf der Forschung zeigte sich, dass Fragen der Beteiligung von Menschen mit Behinderung und anderen Verwaltungsexternen an Aktivitäten/Planungen zur Umsetzung der UN-BRK in federführenden Kommunen hinter vorgelagerten Herausforderungen und grundlegenden Fragen der Gestaltung und Organisation von auf Teilhabe gerichteten Aktivitäten/Planungen (innerhalb) der Verwaltung zurückstehen (vgl. Bertelmann 2022). So legte das Forschungsprojekt im Weiteren seinen Fokus auf die in der bürokratisch geprägten Verwaltung organisatorisch Hauptverantwortlichen als Schlüsselfiguren kommunaler Umsetzungsaktivitäten zur UN-BRK; fragte dabei nach der/den Rolle/n und Handlungsorientierung/en der Hauptverantwortlichen und danach, inwiefern ein Zusammenhang der Rolle(n) und/oder Handlungsorientierung(en) der Hauptverantwortlichen mit der Beteiligung von Menschen mit Behinderung erkennbar ist.

Im Ergebnis zeigt die Arbeit die Hauptverantwortlichen in einem Spannungsfeld, das zwischen den Ansprüchen, die mit der Umsetzung der UN-BRK auf kommunaler Ebene einhergehen (Außen) und der Verwaltung mit bürokratischen Eigenschaften, die mit den äußeren Ansprüchen konfligieren (Innen), entsteht. Die Hauptverantwortlichen werden als Vermittler*innen zwischen Norm und Bürokratie, zwischen den Teilen der Verwaltung sowie zwischen der Verwaltung und potenziellen Partizipant*innen sichtbar. Ihre Bemühungen zugunsten der Beteiligung von Menschen mit Behinderung wägen die Hauptverantwortlichen sorgfältig gegen die Begrenzung durch die ‚bürokratischen Grundfesten‘ ab. Letztlich, so zeigt die Forschungsarbeit, steht der Beteiligungsanspruch hinter den Interessen der Verwaltung zurück.

Literatur

Bertelmann, L. (2022). Aktivitäten und Planungen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention unter kommunaler Federführung – Hauptverantwortliche in der Kommunalverwaltung als Zentrum des partizipativen Geschehens. *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins*, 102(10), 486–493.

Bertelmann, L. (2024). Moderation, coordination, mediation: Participatory implementation of the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities under the leadership of the municipal administration. In S. Meier, L. Bertelmann, & L. Wissenbach (Eds.), *Inclusive localities: Perspectives on local social policies and practices* (pp. 141–158). Verlag Barbara Budrich.
<https://doi.org/10.3224/84743017>

Bertelmann, L., Butschkau, M., Kempf, M., & Rohrmann, A. (2024). Die Verbreitung systematischer Planungsaktivitäten zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen: Erster Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen“ (04/2024). Siegen. https://zpe.uni-siegen.de/unbrk-kommunal/wp-content/uploads/sites/2/2024/04/Zwischenbericht_UNBRK-kommunal.pdf

Bertelmann, L., Butschkau, M., Kempf, M., & Rohrmann, A. (2025). Vertiefende Untersuchungen von systematischen Planungsaktivitäten zur Umsetzung der UN-BRK in Kommunen: Zweiter Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen“. Siegen. https://zpe.uni-siegen.de/unbrk-kommunal/wp-content/uploads/sites/2/2025/05/Zweiter_Zwischenbericht_UN-BRK-kommunal.pdf

Bertelmann, L., & Konieczny, E. (2022). Aus der inklusionsorientierten Verwaltung ins inklusive Gemeinwesen: Möglichkeiten und Herausforderungen der Vermittlung mit dem Ziel der vollen und wirksamen Teilhabe und Partizipation. In L. Bertelmann et al. (Eds.), *Planung und Entwicklung*

von sozialen Diensten für Menschen mit Behinderungen (ZPE-Schriftenreihe 57, pp. 201–223). Universi. https://dspace.ub.uni-siegen.de/bitstream/ubsi/2302/3/ZPE_57_Planung_Entwicklung.pdf

Bertelmann, L., & Rohrmann, A. (2018). Bericht zur Umsetzung und Begleitung eines Prozesses der Teilhabepanung im Landkreis Waldeck-Frankenberg. https://zpe.uni-siegen.de/wp-content/uploads/2022/07/bericht_wiss_begleitung_thp_wafkb.pdf

Bogumil, J., & Jann, W. (2020). Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland: Eine Einführung (3., vollständig überarbeitete Auflage). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-28408-4>

Düber, M., Konieczny, E., Kaminski, A., Terzyk, I., Heuer, M., & Jacobi, L. (2018). Inklusion unter der Lupe: Bericht zum aktuellen Stand des Inklusionskatasters NRW (1. Projektphase 2015–2018). Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

Geese, N., Kaminski, A., Bertelmann, L., & Rohrmann, A. (2020). Das Inklusionskataster NRW unter der Lupe: Bericht zur 2. Projektphase (2018–2020). ZPE-Schriftenreihe 56. Universi.

Rohrmann, A., Schädler, J., et al. (2014). Inklusive Gemeinwesen planen: Eine Arbeitshilfe. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

5.2 Begleitforschung im Projekt „Menschen mit Lernschwierigkeiten als Co-Referent*innen an Schulen für Sozialwesen“ – Relevante Erkenntnisse in drei Thesen

Miriam Düber

Zum Hintergrund des Projektes und bisherigen Aktivitäten

Der Einbezug von Menschen mit Lernschwierigkeiten in die Ausbildung zu pädagogischen Berufen findet bisher insbesondere durch die Qualifizierung sogenannter Bildungsfachkräfte im Hochschulkontext Verbreitung. In der Ausbildung zu Heilerziehungspfleger*innen wurde dies bisher kaum diskutiert, auch wenn sich hier durch eine solche Form erfahrungsbezogener Bildungsarbeit ganz ähnliche Potenziale ergeben können – beispielsweise in Form der Sensibilisierung für vorhandene Barrieren im Leben von Menschen mit Behinderungen.

Vor diesem Hintergrund qualifiziert das Lebenshilfewerk Marburg-Biedenkopf in Kooperation mit der Fachschule für Sozialwesen des Landesverbandes der Lebenshilfe Hessen im Rahmen eines auf die Dauer von fünf Jahren angelegten durch Aktion Mensch geförderten Projektes insgesamt sechs Personen mit Lernschwierigkeiten zu Co-Referent*innen in Fachschulen für Sozialwesen und in anderen Bildungsangeboten. Inhalte der Qualifizierung sind sowohl die Reflektion eigener Lebenserfahrungen als auch der Erwerb theoretischer Wissensbestände und methodisch-didaktischer Handlungskompetenzen. Ziel des Projektes ist es, einen Perspektivwechsel der Schüler*innen zu fördern und damit zum Aufbrechen von Machtgefällen in den pädagogischen Assistenzbeziehungen beizutragen. Zudem sollen Menschen mit Behinderungen neue berufliche Perspektiven eröffnet werden.

Die wissenschaftliche Begleitung erfolgt durch das Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste der Universität Siegen (ZPE). Die Begleitforschung nimmt Elemente einer partizipativen Forschungsstrategie auf, versteht sich als explorativ und prozessbegleitend.

Sie folgt zwei Leitfragen:

- Unter welchen Bedingungen können Menschen mit Lernschwierigkeiten produktiv ihre Kompetenzen als Expert*innen in eigener Sache in eine inklusive Erwachsenenbildung (Aus- und Fortbildung) einbringen?
- Unter welchen Bedingungen ermöglicht dies einen Zugang zu einem Beschäftigungsverhältnis auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt/außerhalb der Werkstatt für behinderte Menschen?

Elemente der Begleitforschung sind insbesondere die Befragung der Co-Referent*innen zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Projektverlauf und die Verknüpfung mit einem Lehrforschungsprojekt im Masterstudiengang Bildung und Soziale Arbeit. Im Rahmen eines drei-semesterigen Forschungspraxisseminars führten die Masterstudierenden des Studiengangs „Bildung und Soziale Arbeit“ an der Universität Siegen in Kleingruppen eigene Untersuchungen im Rahmen des Projektes durch. Hierzu entwickelten sie gemeinsam mit den Co-Referent*innen konkrete Fragestellungen

Die folgende Abbildung soll einen Überblick über die bisherigen Aktivitäten im Rahmen der Begleitforschung geben.

 Fragestellung	 Methodik	
Ersterhebung		
Welche Motive zur Teilnahme am Projekt, Perspektiven auf das Projekt und berufliche Zukunftswünsche lassen sich bei den Co-Referent*innen rekonstruieren?	Gruppendiskussion mit Co-Referent*innen	05/2023
Wie gestaltet sich der Unterricht der Co-Referent*innen?	teilnehmende Beobachtung einer Unterrichtseinheit	
Welche Unterrichtsinhalte stehen im Vordergrund? Wie wird methodisch gearbeitet? Welches Feedback äußern die Co-Referent*innen?	Analyse der Unterrichtsdokumentation	
begleitende studentische Forschungsprojekte		
Welche Bedeutung haben die bisherigen lebensgeschichtlichen Erfahrungen der angehenden Co-Referent*innen für ihre Teilnahme an der Ausbildung?	narrative Interviews mit einigen Co-Referent*innen	10/2023 – 03/2025
Wie wird das Projekt durch Personen aus dem sozialen Umfeld der Co-Referent*innen wahrgenommen?	leitfadengestützte Interviews mit Personen aus dem Umfeld	
Wie läuft die Wissensvermittlung im Kurs der Co-Referent*innen ab?	teilnehmende Beobachtung verschiedener Unterrichtseinheiten	
Inwiefern beeinflusst die Pflegeübernahme der Heilerziehungspflegeschüler*innen die Beziehungsgestaltung zu den Co-Referent*innen?	leitfadengestützte Interviews mit Co-Referent*innen und Gruppendiskussion mit Heilerziehungspflegeschüler*innen	
Wie erleben die Heilerziehungspflegeschüler*innen den Einbezug der Menschen mit Beeinträchtigung als Co-Referent*innen?	Gruppendiskussion mit Heilerziehungspflegeschüler*innen	
Unter welchen Bedingungen können Aufträge für Menschen mit Beeinträchtigungen in Einrichtungen der Erwachsenenbildung erfolgen?	leitfadengestütztes Interview mit den Angehörigen einer Hochschule bei der die Co-Referent*innen bereits ein Bildungsangebot gemacht haben	
Zwischenerhebung		
Wie erleben die Co-Referent*innen ihre Qualifizierung und welche Erfahrungen machen sie in ihrer Rolle als Lehrkraft? Wie erleben die Co-Referent*innen die (Weiterentwicklung in der) eigene(n) Rolle? Wie erleben sie die (Entwicklung der) im Projektkontext bedeutsamen Beziehungen?	problemzentrierte Interviews mit den Co-Referent*innen	06– 08/2025

Abbildung 1: Bisherige Untersuchungen im Rahmen der Begleitforschung

Eine Auswahl bisheriger relevanter Erkenntnisse soll im Folgenden anhand von drei Thesen diskutiert werden.

These 1

Bei den Co-Referent*innen lassen sich jeweils eigenständige, heterogene Motive zur Teilnahme an der Ausbildung rekonstruieren, wobei sich die damit verknüpfenden Zukunftsperspektiven im Projektverlauf deutlich weiterentwickeln.

Die Motive der Co-Referent*innen zur Teilnahme an der Ausbildung sind individuell unterschiedlich und beziehen sich sowohl auf die persönliche Weiterentwicklung als auch angestrebte Veränderungen auf gesellschaftlicher Ebene. Insgesamt spielen biographisch geprägte Motive (wie der Wunsch nach Anerkennung vor dem Hintergrund von Ausgrenzungserfahrungen) eine deutliche Rolle.

Dabei zeichnen sich bei den Co-Referent*innen durchaus heterogene Zugänge und Perspektiven ab, die z. T. maximal kontrastiv sind. Während beispielsweise der*die als „Kritiker*in“ typisierte Befragte mit der Teilnahme am Projekt die Möglichkeit sieht, auf gesellschaftliche Missstände für Menschen mit Behinderungen aufmerksam zu machen und vorhandene Barrieren abzubauen, versteht sich „der*die Repräsentant*in“ nicht allein als Sprachrohr für Menschen mit Behinderung, sondern möchte auch die Organisationen, welche sie unterstützen, vertreten mit denen er*sie sich in hohem Maße identifiziert.

Hinsichtlich der Motive zur Teilnahme an der Ausbildung erweist sich zu Beginn des Projektes der Fokus auf mögliche berufliche Zukunftsperspektiven als wichtige gemeinsame Klammer. Deutlich wird, dass es für die Co-Referent*innen um mehr geht als um das reine Interesse der Teilnahme am Projekt selbst, etwa um den Wunsch, später als Lehrer*in zu arbeiten, ein „normales Gehalt“ zu verdienen und nicht mehr abhängig von „Ämtern“ zu sein. Im Laufe des Projektes relativiert sich der Fokus auf eine dauerhafte berufliche Perspektive als Co-Referent*in bei den Teilnehmenden deutlich. Im Rahmen der Zwischenbefragung wird lediglich in einem Fall das Ziel verfolgt, nach der Ausbildung ausschließlich als Co-Referent*in beschäftigt zu sein. Bei den anderen Befragten haben sich im Projektverlauf andere berufliche Perspektiven ergeben, oder es besteht der Wunsch, weiterhin in der Werkstatt für behinderte Menschen tätig zu sein. In diesen Fällen möchten die Co-Referent*innen ihre Tätigkeit zukünftig auf Honorarbasis ausführen. Dort, wo (die Aussicht auf) ein anderes sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis besteht, kann die Entscheidung gegen eine reine Tätigkeit als Co-Referent*in sicherlich vor dem Hintergrund unsicherer Perspektiven gedeutet werden.

These 2

Die Qualifizierung trägt zur Professionalisierung der Co-Referent*innen bei und ermöglicht ihnen umfassende Weiterentwicklungsprozesse.

Der Unterricht, den die Co-Referent*innen durch die Projektleitung erhalten, ist strukturiert, interaktiv und methodisch vielfältig gestaltet. Die Projektleitung fördert dabei eigenständige Aneignungsprozesse und die Partizipation der Co-Referent*innen, sie behält individuelle Bedürfnisse im Blick und passt den Unterricht entsprechend flexibel an. Die Lerngruppe pflegt einen respektvollen und wertschätzenden Umgang. Bei potenziell belastenden Themen lässt sich ein sensibler Umgang mit der Frage des Einbezugs persönlicher Erfahrungen rekonstruieren.

Im Unterricht geht es nicht lediglich um eine Auseinandersetzung mit dem eigenen lebensweltlichen Wissen. Vielmehr wird die starke Verwobenheit der Reflektion des eigenen Erfahrungswissens und des Erwerbs fachlicher und methodischer Kompetenzen deutlich. So ermöglicht die Auseinandersetzung mit der eigenen Biografie vielfach sowohl einen Zugang als auch eine kritische Auseinandersetzung mit

theoretischem Wissen (welches wiederum notwendig ist, um biographische Erfahrungen in Bezug setzen zu können). Mit Blick auf die Auseinandersetzung mit dem Begriff „Behinderung“ wird z. B. deutlich, dass die eigenen – teilweise massiven – Diskriminierungserfahrungen in eine sehr kritische Auseinandersetzung über gesellschaftliche Normalitätserwartungen münden. Auch insgesamt wird eine deutlich kritische Auseinandersetzung mit der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen vor dem Hintergrund eigener Behinderungserfahrungen deutlich (z. B. die Reflektion von Machtasymmetrien und Abhängigkeitsverhältnissen im Umgang mit professionell Unterstützenden und die Auseinandersetzung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren).

In der reflexiven Verknüpfung eigener Erfahrungen mit theoretischem Wissen, wie sie im Rahmen der Qualifizierung der Co-Referent*innen erfolgt, liegen demnach besondere Potenziale – sowohl im Hinblick auf die Entwicklung einer eigenständigen beruflichen Rolle der Co-Referent*innen als auch bezüglich kritischer Impulse, die sie in die Ausbildung der Heilerziehungspfleger*innen einbringen können (gerade, weil sie sich auch mit theoretischen Wissensbeständen auseinandergesetzt haben).

Ein Wunsch, den die Co-Referent*innen bei der Frage nach Möglichkeiten zur Verbesserung der Ausbildung in den Vordergrund stellen, ist die zeitliche Ausdehnung. Bisher findet der Unterricht einmal wöchentlich statt. Die Teilnehmenden begründen dies damit, „wissbegierig“ zu sein, mehr „lernen“ zu wollen und durch die aktuelle Regelung immer wieder „aus dem Tritt“ zu kommen.

Die Co-Referent*innen schildern deutliche Entwicklungsprozesse im Rahmen des Projektverlaufs, die sich sowohl auf die individuelle Ebene als auch die Gruppe beziehen. Diese sind davon geprägt, dass es ihnen vor dem Hintergrund gesammelter Selbstwirksamkeitserfahrungen zunehmend gelingt, in ihrem Lehrhandeln autonomer und sicherer zu werden. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die kontinuierliche, durch die Projektleitung begleitete Reflektion des eigenen Lehrhandelns.

Auch die Heilerziehungspflegeschüler*innen nehmen eine kontinuierlich positive Entwicklung der Co-Referent*innen wahr. So betonen sie, dass diese zunehmend sicherer, reflektierter und kompetenter agieren.

These 3

Die innovative Rolle der Co-Referent*innen im Unterricht schafft einen wertvollen pädagogischen Mehrwert, ist zugleich jedoch von Spannungsverhältnissen und Ambivalenzen geprägt. Vorhandene Irritationen können dabei als Ausgangspunkt zur Reflektion und transformativen Gestaltung klassischer Lehr- und Lernbeziehungen und -settings genutzt werden.

Insbesondere zu Beginn des Projektes waren die Heilerziehungspflegeschüler*innen dem Einbezug der Co-Referent*innen in den Unterricht gegenüber sehr positiv eingestellt. Zugleich verband sich dies für sie aber mit Unsicherheiten (z. B. hinsichtlich der Frage einer angemessenen Kommunikation), die sich auch aus bisherigen Erfahrungen mit Menschen mit Behinderungen in Betreuungskontexten speist. Die Schüler*innen differenzieren deutlich zwischen der Rolle der klassischen Lehrpersonen und der Rolle der Co-Referent*innen. Die Co-Referent*innen werden als diejenigen betrachtet, die Erfahrungs- und lebensweltliches Wissen vermitteln können, mit dem Ziel, Reflexionsprozesse anzustoßen und gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. Dies wird als große Bereicherung und wichtige Ergänzung zum theoretischen Wissen erlebt. Gleichzeitig wird aber auch immer wieder betont, dass es nicht ausreicht, „nur“ Erfahrungen zu berichten, um als Lehrkraft zu gelten. In mehreren Aussagen wird klar, dass Theorie nicht nur „weitergegeben“ werden kann, sondern verstanden, reflektiert und methodisch aufgebaut sein muss. Die Vermittlung theoretischer Inhalte durch die Co-Referent*innen wird daher tendenziell kritisch gesehen und auf bestehende Grenzen (z. B. mit Verweis auf die Beeinträchtigung oder

formale Bildung) hingewiesen. Es gibt eine klare Grenzziehung zwischen professionell ausgebildeten Lehrkräften und Co-Referent*innen. Im Vordergrund steht dabei eine implizite Vorstellung davon, wer für was im Unterricht zuständig ist – also welche Rolle eine Person im Lernprozess haben „darf“ oder „soll“. Diese Vorstellungen lassen sich als gemeinsame Orientierung innerhalb der Gruppe rekonstruieren. Es soll nicht vermischt werden, was für die Schüler*innen strukturell verschieden ist. Die klassische Lehrkraft ist die Person mit Ausbildung, mit Fachwissen, mit Strukturkompetenz. Die Co-Referent*innen sind demgegenüber authentisch, nahbar und lebensweltlich relevant, aber nicht verantwortlich für die theoretische Basis der Ausbildung. In der Diskussion wird dabei deutlich, dass diese Abgrenzung nicht abwertend gemeint ist. Dies zeigt sich auch daran, dass die Schüler*innen sich insgesamt eine stärkere Präsenz der Co-Referent*innen im Schulalltag wünschen. Vielmehr besteht der Wunsch, dass beide Rollen nebeneinander bestehen – ergänzend, aber nicht gleich.

Von den Co-Referent*innen wird die eigene Rolle als komplex und vielfach ambivalent erlebt. Die zugeschriebene Behinderung und die Kategorie der ‚Normalität‘ klingen dabei als Differenzmerkmal immer wieder (zum Teil latent) an. Die Wahrnehmung der Co-Referent*innen spiegelt hier deutlich wider, dass es sich um eine innovative, neu zu entwickelnde Rolle handelt. So werden die Aneignung und Weitergabe theoretischer Wissensbestände mit der Reflektion und Fruchtbarmachung eigenen Erfahrungswissens verknüpft. Die Co-Referent*innen erfüllen hier weder die Rolle als klassische Lehrkraft noch als reine „Erfahrungsexpert*innen“. Sie befinden sich in Ausbildung, ohne jedoch einen anerkannten Abschluss zu erwerben. In ihren Antworten wird sehr deutlich, dass sie sich der Komplexität dieser Rolle sehr bewusst sind, sie differenziert betrachten und jeweils einen individuellen Umgang damit suchen. Auch der unsichere Status, der dazu führt, kein „richtiger Lehrer“ zu sein, spiegelt sich im Antwortverhalten der Befragten wider. Dass sie die Differenzkategorie der Behinderung selbst stellenweise relevant machen, ist nicht verwunderlich, da die Zuschreibung zu dieser Kategorie ihnen erst einen Zugang zum Projekt ermöglichte. Langfristig kritisch hinterfragt werden sollte, wie das Projekt unter diesen Rahmenbedingungen zu Prozessen der Dekonstruktion beitragen kann oder inwieweit bestehende Zuschreibungen möglicherweise gefestigt werden.

Die Ziele ihrer Lehre sehen die Co-Referent*innen insbesondere in einem positiven Einfluss auf die Haltung der angehenden Heilerziehungspfleger*innen. Als wesentlicher Schlüssel zur Erreichung dieses Ziels wird die Sensibilisierung für die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen durch die Weitergabe von lebensweltlichem Wissen gesehen. Der Umgang mit diesem Wissen erfordert eine hohe Sensibilität, da es sich zum Teil um sehr private und belastende Informationen handelt. Die Co-Referent*innen entwickeln einen individuell unterschiedlichen, zugleich aber stets reflektierten Umgang mit der eigenen Privatsphäre. Die Projektleitung schafft diesbezüglich Reflektionsräume und interveniert stellenweise mit dem Ziel des Schutzes.

Die Co-Referent*innen erleben die angehenden Heilerziehungspfleger*innen im Unterricht als interessiert, engagiert und respektvoll. Die Beziehung beschreiben sie überwiegend als distanziert-professionell, selbst wenn Beziehungen anderer Art zu den gleichen Schüler*innen in anderen Kontexten (z. B. der WfbM) bestehen. Hier gelingt die Trennung unterschiedlicher Rollen sowohl auf Seiten der Co-Referent*innen als auch auf Seiten der Schüler*innen offensichtlich gut.

Fazit

Die Teilnahmemotive sind individuell unterschiedlich und reichen von persönlicher Weiterentwicklung bis zu gesellschaftlichen Veränderungszielen. Während zu Beginn eine dauerhafte berufliche Perspektive als Co-Referent*in im Vordergrund stand, relativiert sich dies im Projektverlauf deutlich. Die meisten streben nun eine Tätigkeit auf Honorarbasis neben anderen Beschäftigungen an.

Die Entwicklung weg von der Vision einer Vollzeitbeschäftigung als Co-Referent*in hin zu Honorartätigkeiten zeigt: Der innovative Ansatz bietet vor dem Hintergrund des bestehenden Arbeitsmarktes noch keine sicheren Strukturen. Wenn es für die Co-Referent*innen andere attraktive und sichere berufliche Zukunftsperspektiven gibt, präferieren sie diese. Durch den Fokus auf eine zusätzliche Honorartätigkeit als Co-Referent*in wird zugleich eine hohe Identifikation mit der Tätigkeit deutlich. Die Unsicherheit, kein „richtiger Lehrer“ zu sein und keinen anerkannten Abschluss zu erwerben, verweist auf die Notwendigkeit, neue Qualifikationsprofile auch formal anzuerkennen. Ohne institutionelle Verankerung bleiben solche Rollen prekär.

Die strukturierte, methodisch vielfältige Qualifizierung ermöglicht umfassende Weiterentwicklungsprozesse. Besonders wertvoll ist die Verknüpfung von eigener Erfahrungsexpertise mit theoretischen Wissensbeständen und methodisch-didaktischen Kompetenzen. Die Co-Referent*innen gewinnen zunehmend an Sicherheit und Autonomie im Lehrhandeln, was auch die Heilerziehungspflegeschüler*innen positiv wahrnehmen.

Dies unterstreicht die Relevanz fundierter Qualifizierung, in der eigenes Erfahrungswissen systematisch reflektiert und mit anderen Wissensbeständen verknüpft wird. Erst diese Verbindung ermöglicht eine professionelle Rolle jenseits reiner ‚Betroffenenberichte‘. Je kompetenter und selbstsicherer die Co-Referent*innen auftreten, desto eher werden sie als gleichwertige Lehrpersonen wahrgenommen. Professionalisierung ist damit nicht nur individuelle Entwicklung, sondern auch ein Mittel zum Abbau von Machtgefällen.

Die innovative Rolle der Co-Referent*innen schafft pädagogischen Mehrwert, ist aber von Ambivalenzen geprägt. Die Schüler*innen differenzieren klar zwischen klassischen Lehrkräften und Co-Referent*innen, wobei sie beide Rollen als sich ergänzend betrachten. Die Co-Referent*innen selbst erleben ihre Rolle als deutlich komplexer und nehmen damit verbundene Ambivalenzen wahr.

Die Auseinandersetzung mit eigenen Diskriminierungserfahrungen führt zur Reflexion gesellschaftlicher Normalitätserwartungen und Machtasymmetrien. Diese kritische Perspektive ist ein zentraler Bildungsbeitrag, der nur durch Menschen mit gelebter Behinderungserfahrung eingebracht werden kann. Zugleich wird im Rahmen des Projektes ein grundlegendes Paradox wirksam: Die Kategorie ‚Behinderung‘ ermöglicht erst den Zugang zur Qualifizierung, wird aber gleichzeitig als Abgrenzungsmerkmal wirksam (z. B. in der Rollenzuschreibung der Schüler*innen).

Die auftretenden Ambivalenzen bieten Chancen zur kritischen Reflexion etablierter Lehr-Lern-Hierarchien. Inklusive Bildung bedeutet dabei nicht die Auflösung aller Differenzen, sondern das produktive Bearbeiten von Spannungsfeldern.

Im Projektkontext entstandene Publikationen

Düber, M. (2024). Ein Beruf mit Zukunft? Die Qualifizierung von Menschen mit Lernschwierigkeiten zu Co-Referent*innen. *Teilhabe*, 63(4), 167–171.

Eingereichte Publikationen

Düber, M. (o. J.). Menschen mit Lernschwierigkeiten in der Rolle als Lehrende: Empirische Erkenntnisse zur Erlebensperspektive angehender „Co-Referent:innen für Erwachsenenbildung“.

5.3 Arbeitstagung der DGfE AG Inklusionsforschung in Siegen

Benedikt Hopmann

Vom 4. bis 5. Juli 2025 fand an der Universität Siegen die 8. Arbeitstagung der DGfE AG Inklusionsforschung unter dem Titel „Inklusion und Exklusion an Orten des pädagogischen Handelns“ statt. Das lokale Tagungsteam bestand aus Magdalena Eckes, Erika Gericke, Benedikt Hopmann, Birgit Papke, Albrecht Rohrmann, Stefanie Roos und Gabriele Weiß.

Der Arbeitstagung ging es um die Frage, wo der Diskurs um das Verhältnis Inklusion/Exklusion in erziehungswissenschaftlich relevanten Orten des pädagogischen Handelns steht, auf welche Weise er geführt oder vielleicht auch nicht geführt wird. Orte des pädagogischen Handelns lassen sich sehr breit denken und es kann diesbezüglich an eine Denkfigur angeschlossen werden, welche Michael Winkler als pädagogische Orte konturiert: „Um pädagogische Orte geht es, wenn von Milieu, von Raum, von Feld und sogar von einer Situation die Rede ist, endlich eben von dem Zusammenhang einer Bühne mit einem Zuschauerraum. Alle diese Phänomene gehen mit einer ‚Verortung‘ von Personen in einem Raum einher“ (Winkler 2009, S. 581).

Orte des pädagogischen Handelns spielen insbesondere im Kontext inter- und transdisziplinärer Fragestellungen eine zentrale Rolle. Disziplinäre Blickrichtungen und Deutungshoheiten manifestieren sich maßgeblich in spezifischen Zu- oder Verortungen von Situationen und Personen. Umgekehrt sind Praktiken der Zu- und Verortung für die analytische Betrachtung pädagogischer Orte von zentraler Bedeutung. Räume sind dabei in einem erweiterten Verständnis zu interpretieren, so dass etwa auch Sozialräume, Institutionen, Organisationen oder Materialitäten eine Rolle spielen können. Die Person-Raum-Relation verweist zugleich auf die Einbettung sowohl der Orte pädagogischen Handelns als auch der darin verorteten Personen in krisenhafte gesellschaftliche Verhältnisse und deren (Nicht-)Bearbeitung. Dies fungiert zugleich als zentraler Topos von Inklusion und Exklusion, da es um gesellschaftliche Ermöglichungsräume – also um die Person-Umwelt-Relation – geht, die Personen entweder zur Verfügung stehen oder ihnen verwehrt bleiben. Orte pädagogischen Handelns sind also auch dahingehend in den Blick zu nehmen, wie sie sich zu den gesellschaftlichen Ermöglichungsräumen, welche Subjekten zur Verfügung stehen oder aber diesen verwehrt bleiben, verhalten. Dabei ist auch von Relevanz, ob und wie Orte pädagogischen Handelns diese gesellschaftlichen Ermöglichungsräume eröffnend gestalten oder ob sie diese nicht etwa sogar selbst (nicht-intendiert oder intendiert) verwehren. Die Ausrichtung des Tagungsthemas ordnet sich ein in die thematische Agenda der AG Inklusionsforschung in der DGfE. Diese hat sich für die dritte Bewilligungsphase (2024–2027) zum Ziel gesetzt, eine Vertiefung der erziehungswissenschaftlich konturierten Relationierung von In- und Exklusion in krisenhaften gesellschaftlichen Verhältnissen vorzunehmen. Dabei geht es insbesondere (aber nicht ausschließlich) um In- und Exklusion in pädagogischen Handlungsfeldern, die bislang eher weniger Aufmerksamkeit erfahren haben. Auszuloten ist daher einmal mehr, wie diese Fragen sowohl sektions- und kommissionsübergreifend als auch -intern bearbeitet werden können. Nicht zuletzt ist das inter- und transdisziplinär ausgerichtete Tagungsthema anschlussfähig an das Profil der Fakultät II der Universität Siegen, welche mit Erziehungswissenschaft, Architektur und Künsten bildungs-, sozial-, raum- und kunstbezogene Lehr- und Forschungsschwerpunkte vereint.

Der 8. Arbeitstagung der AG Inklusionsforschung an der Universität Siegen ging es somit insbesondere um dreierlei: Relationen von Inklusion und Exklusion

- an (vor allem bislang wenig berücksichtigten) Orten des pädagogischen (bzw. pädagogisch relevanten) Handelns (wie z. B. Felder der Sozialen Arbeit, der Berufspädagogik, der kulturellen und ästhetischen Bildung, bauliche Architektur, virtuelle Räume etc.),
- in inter- und transdisziplinären Perspektiven sowie
- unter Berücksichtigung (krisenhafter) gesellschaftlicher Verhältnisse und Ermöglichungsräume in den Blick zu nehmen.

Die nächste Tagung findet vom 31.07.–01.08.2026 an der Universität Koblenz statt mit dem Tagungsthema „Desiderate der Inklusionsforschung“.

Literatur

Winkler, M. (2009). Der pädagogische Ort. In H. Macha, M. Witzke, N. Meder, U. Uhlendorff, C. Allemann-Ghionda, & G. Mertens (Hrsg.), Handbuch der Erziehungswissenschaft (Bd. 3: Familie–Kindheit–Jugend–Gender/Umwelten, S. 581–619). Schöningh Verlag.

5.4 Das Forschungs- und Entwicklungsprojekt ‚Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen‘

Matthias Kempf & Albrecht Rohrmann

Das Forschungs- und Entwicklungsprojekt zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) in den Kommunen wurde von 10/2022 bis 09/2025 in Kooperation zwischen dem Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen und der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR) durchgeführt. Es wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert. Der Beitrag stellt das Vorgehen im Projekt in den Vordergrund und reflektiert seine Bedeutung für die Arbeit des ZPE.

Die Entwicklung der Forschungsidee im Kontext des ZPE

Ausgehend von der Erkenntnis, dass das von stationärer Versorgung geprägte Unterstützungssystem für Menschen mit Behinderungen nicht durch einzelne Dienste überwunden werden kann, hat sich seit Ende der 1990er Jahre im ZPE ein Schwerpunkt ‚örtliche Teilhabeplanung‘ herausgebildet. Zunächst ging es um die Entwicklung von ‚Netzwerken offener Hilfen‘ (Rohrmann et al., 2001), der sich zur Erarbeitung eines kommunalen Planungsansatzes weiterentwickelt hat (vgl. Kempf, 2024, S. 66 ff.) Ausgehend von dem sozialen Modell von Behinderung wird die Entwicklung sozialer Dienste mit der Schaffung einer barrierefreien Infrastruktur verknüpft.

Die 2006 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete und 2009 durch die Bundesrepublik Deutschland ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention gab dem Planungsansatz neue Impulse. Die Umsetzung der UN-BRK legt ein planerisches Vorgehen nahe. Die Vereinten Nationen empfehlen dafür die Erarbeitung von Aktionsplänen. Dabei handelt es sich um einen Koordinierungsansatz, der in der Konvention nicht vorgegeben wird, jedoch für die Menschenrechtspolitik empfohlen und durch Handreichungen unterstützt wird. In den abschließenden Bemerkungen zum ersten Staatenbericht empfiehlt der zuständige Ausschuss der Vereinten Nationen, „dass die Bundesregierung, alle Landesregierungen und Kommunalverwaltungen übergreifende menschenrechtsbasierte Aktionspläne aufstellen, die von einem klaren Behinderungsbegriff ausgehen und in denen sie angemessene Maßnahmen zur Förderung, zum Schutz und zur Gewährleistung der Rechte festlegen sowie Ziele und Indikatoren zur Überwachung der Umsetzung des Übereinkommens“ (Vereinte Nationen, Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, 2015, Nr. 8b) benennen.

Wenngleich der Begriff des ‚Inklusiven Gemeinwesens‘ kein Begriff der Konvention ist, lassen sich damit die in der Konvention enthaltenen Ziele und Vorgaben auf die kommunale Ebene herunterbrechen. Das Konzept der Teilhabeplanung oder auch der Aktionsplanung zur Umsetzung der UN-BRK „steht für einen lernorientierten und partizipationsorientierten Prozess, in dem sich unter Federführung der Kommunen die örtlich relevanten Akteure auf den Weg machen, die Zielsetzung eines ‚inklusive Gemeinwesens‘ unter den Bedingungen ihrer spezifischen Örtlichkeit zu verwirklichen“ (Lampke et al., 2011, S. 15). Durch die Begleitung von Planungsprozessen in Kommunen konnte der Ansatz weiter geschärft werden. Im Rahmen von Projekten, die durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) gefördert wurden, konnten erste landesweite Untersuchungen zur Umsetzung der UN-BRK in Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden (Rohrmann et al., 2014). Zentrale Teilaspekte konnten beispielsweise durch Projekte zur inklusionsorientierten

Verwaltung (Konieczny et al., 2012), zur Sektoralisierung des Hilfesystems (Schädler & Reichstein, 2019), zur Partizipation von Menschen mit Behinderungen auf kommunaler Ebene (LAG SELBSTHILFE NRW e. V., 2015; 2021), als Beitrag einer integrierten Sozialplanung (Rohrmann & Kempf 2019) und zur Rolle der hauptverantwortlichen Personen in der Kommunalverwaltung (Bertelmann, 2022) untersucht werden. Aktuell in Bearbeitung ist ein Projekt, in dem Zugänge von Menschen mit Behinderungen, Menschen mit psychischen Erkrankungen, älteren Menschen und anderen Gruppen in schwierigen Lebenssituation Zugang zu Hilfen. Orientierend für den theoretischen Ansatz der Untersuchung war die Fallanalyse einer kommunalen Inklusionsplanung in der Dissertation von Matthias Kempf (2024). Im Forschungszusammenhang kommunaler Teilhabepolitik sind zahlreiche weitere Qualifizierungsarbeiten entstanden bzw. im Entstehen.

Im ZPE werden die Forschungsarbeiten in Projekten zur Planung auf kommunaler Ebene in der IG Inklusive Gemeinwesen zusammengeführt. Für das ZPE war vor diesem Hintergrund die Entwicklung und Durchführung eines bundesweiten Forschungsvorhabens zur empirischen Untersuchung der Planungsaktivitäten zur Umsetzung der UN-BRK auf kommunaler Ebene von großem Interesse. Das Zentrum bietet zugleich einen hervorragenden Rahmen zur wissenschaftlichen Bearbeitung des Themas.

Projektkonstitution

Im Projekt arbeiteten auf Seiten des ZPE mit unterschiedlichen Stellenanteilen und Anstellungszeiten Lena Bertelmann, Malin Butschkau und Matthias Kempf als wissenschaftliche Mitarbeiter*innen mit. Für Koordinationsaufgaben und zur Unterstützung der Rechercheaufgaben wurden insgesamt sechs studentische Mitarbeiter*innen mit unterschiedlicher Zeitdauer beschäftigt. Auf Seiten der Monitoring-Stelle wurde das Projekt geleitet von Leander Palleit. Kontinuierlich hat Jana Offergeld mitgearbeitet, für die juristische Expertise war Sabrina Prem federführend. Bei dem Deutschen Institut für Menschenrechte handelt es sich um eine ‚Nationale Menschenrechtsinstitution‘ die staatlich initiiert und finanziert wird, jedoch fachlich und personell unabhängig arbeitet (Aichele, 2010, Nr. 7). Die Monitoring-Stelle versteht ihren Auftrag dahingehend, den Umsetzungsprozess der UN-BRK unabhängig und durch Expertisen zu begleiten und dabei vor allem auch Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen und anderen nicht-staatlichen Akteuren Wissen und Beteiligungsmöglichkeiten an der Umsetzung aufzuzeigen. Es handelt sich im Politikfeld des Umgang mit Behinderungen um einen neuen Akteur, dem es gelungen ist, durch Politikberatung eine menschenrechtliche Perspektive in der Politik und auch im Fachdiskurs zu verankern. Sehr früh wurde in der Monitoringstelle die Bedeutung von Aktionsplänen erkannt (Palleit, 2010). Die Planungsaktivitäten auf der Ebene des Bundes und der Länder wurden durch Evaluationen begleitet. Vor diesem Hintergrund bestand ein Interesse, die Erarbeitung von Aktionsplänen auch auf kommunaler Ebene in den Blick zu nehmen.

Die Zusammenarbeit zwischen dem ZPE als wissenschaftliche Einrichtung und der Monitoringstelle als Akteur der Politikberatung bedurfte der Abstimmung und Klärung von Rollen. Für das ZPE war es ein Gewinn, dass das Projekt durch die Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit der Monitoringstelle von Beginn an eine hohe Bekanntheit erreicht hat, was zugleich zu einer kritischen Beobachtung beispielsweise durch die kommunalen Spitzenverbände geführt hat. Die juristische und menschenrechtliche Perspektive der Monitoringstelle erlaubte es, bei der Darstellung der Ergebnisse die Begrifflichkeit zu schärfen, konnte bei der Darstellung von empirischen Ergebnissen allerdings auch zu Spannungen führen. Es im Projektverlauf gelungen, die Darstellung der Forschungsergebnisse für die Erstellung von Transfermaterialien zu nutzen und zugleich voneinander abzugrenzen.

Ebenfalls zur Erweiterung der Reichweite des Projektes trug die Arbeit des Projektbeirats bei, in dem in erster Linie Vertreter*innen von Verbänden von Menschen mit Behinderungen aber auch eine

Wissenschaftlerin aus dem Kontext der Disability Studies mitwirkten. Der Zugang zu Kommunen wurde durch die Beteiligung von lokal tätigen Akteuren und der ‚Aktion Mensch‘ erleichtert.

Als Unterseite zum Internetauftritt des ZPE wurde zu Projektbeginn eine Seite eingerichtet, die unter www.unbrk-kommunal.de erreichbar war und ist. Dort wurden alle Informationen und Zwischenergebnisse zur Verfügung gestellt. Die Seite enthält eine Rubrik zu Leichter Sprachen. Im Projektverlauf wurde insgesamt sechsmal ein Newsletter herausgegeben, der ca. 300 Abonnent*innen erreicht hat.

Internetrecherche zu kommunalen Planungsaktivitäten

In einem ersten Untersuchungsschritt wurde eine Internetrecherche zu systematischen Planungsaktivitäten durchgeführt, die sich an eigenen, im Projekt entwickelten Kriterien orientierte. Die Entwicklung der Untersuchungstools und die Durchführung der Untersuchung war deutlich aufwändiger als zunächst gedacht. Das methodisch herausfordernde Vorgehen (vgl. Butschkau, 2024) hat sich jedoch bewährt. Erstens konnte eine Abhängigkeit von Gatekeepern vermieden werden, die beispielsweise bei einer Befragung den Zugang hätten blockieren können. In die Recherche wurden alle kreisfreien Städte, alle Kreise, alle Städte ab 50.000 Einwohner*innen sowie kleinere Kommunen einbezogen, in denen uns Planungsaktivitäten bekannt waren. Zu diesem Zweck informierten wir in allen Bundesländern über die Landesbehindertenbeauftragten die kommunalen Akteure, was zugleich zur Bekanntheit des Projektes beitrug. Zweitens entstand auf diese Weise ein weitgehend vollständiges Bild. Wir gehen davon aus, dass wir über 95 % der Kommunen erfassen konnten, in denen systematische Planungsaktivitäten stattfinden. Zum Erhebungszeitpunkt war dies in 41 % der 619 untersuchten Kommunen der Fall. Drittens konnten die aus der Forschungsperspektive entwickelten Kriterien erhoben werden, ohne dass sie durch die Darstellungen der Befragungspersonen verzerrt wurden. Insgesamt konnte so ein eher kritisches Bild der Planungsrealität zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gezeichnet werden (vgl. Bertelmann et al., 2024).

Die unterschiedlichen Politiken der Bundesländer haben einen Einfluss auf die kommunale Umsetzung der UN-BRK; dieser ließ sich im Projekt jedoch nicht eindeutig in einer Typologie abbilden. Im Projektverlauf wurde daher entschieden, zum einen die länderspezifischen Vorgaben und Förderungen für die kommunale Politik im Feld der Behinderungen aufzunehmen und eine Darstellung der Ergebnisse für jedes Bundesland vorzunehmen. Diese stehen als Factsheets auf der Transferseite des DIMR zur Verfügung (<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/rechte-von-menschen-mit-behinderungen/un-behindertenrechtskonvention-trifft-kommune/systematische-planungsaktivitaeten-der-bundeslaender-zur-un-brk>). Wenngleich sich die Auswertungen der Internetrecherche auf öffentlich zugängliche Quellen bezieht, wurde entschieden, keine Untersuchungsergebnisse für einzelne Kommunen zu veröffentlichen. Im Sinne des Praxistransfers würde dies eine Orientierung an Beispielen guter Praxis ermöglichen. Aus der Forschungsperspektive stehen dem jedoch die Risiken des ‚Naming and Shaming‘ gegenüber, das bereits bei der Erhebung und insbesondere bei der Darstellung der Ergebnisse das Bemühen um eine möglichst systematische Erfassung und Darstellung der Ergebnisse blockiert hätte.

Vertiefende Untersuchung zu Planungsaktivitäten und Fokusgruppen

Für die vertiefenden Untersuchungen wurden aus den Flächenländern jeweils zwei Kommunen zufällig ausgelost wenn bereits mindestens ein Planwerk vorlag und die Partizipation von Menschen mit Behinderungen aus der Recherche erkennbar war. Es konnten 29 Gebietskörperschaften in die Untersuchung einbezogen werden.

Die Kontaktaufnahme erfolgte in der Regel durch ein Telefonat mit der planungs-verantwortlichen Person. Neben deren Bereitschaft zur Teilnahme an einem Interview wurde erörtert, ob eine Person mit Behinderung, die in den Planungsprozess involviert war, für ein weiteres Interview gewonnen werden könnte. Das Einverständnis zu einem Interview wurde durch die planungsverantwortliche Person eingeholt, die dann die Kontaktdaten weitergeleitet hat. Problematisch an diesem Vorgehen war, dass die in der Regel kommunalen Beschäftigten als Gatekeeper zu den Personen aus der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen fungierten.

Die Expert*inneninterviews wurden durch die Analyse der initiierten Beschlüsse und der jeweiligen Planwerke vorbereitet. Neben allgemeinen Einschätzungen beinhalteten die Analysen eine Auswertung zu den Ausführungen und Maßnahmen in den Feldern ‚Barrierefreiheit‘ und ‚Selbstbestimmte Lebensführung‘. Die Vorbereitung führte zur Anpassung des Leitfadens. Die Interviews wurden in der Regel online durchgeführt. Grundlage der Entscheidung für diese Erhebungsform waren eigene positive Erfahrungen mit dieser noch recht neuen Möglichkeit, die auch in der Literatur bestätigt wird (z. B. Rick, 2023). Die Interviews wurden mit dem Programm aTrain transkribiert. Die Ergebnisse wurden Themenfeldern zugeordnet und anschließend teilweise mit MAXQDA ausgewertet. Es lässt sich feststellen, dass auf diese Weise ein hohes Maß an Effizienz im Projektverlauf hergestellt werden konnte.

Insgesamt zeigt die vertiefende Untersuchung, wie Kommunen die systematische planerische Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention angehen. Dabei werden unter den jeweils spezifischen Gegebenheiten Wege gefunden, die an bestehende Entwicklungspfade der Behindertenpolitik anknüpfen. Interessenvertretungen und Beauftragte profilieren sich als Motoren der Entwicklung. Ihre Hartnäckigkeit wird auch von Planungsverantwortlichen als Stärke für den Erfolg von Planungsprozessen angesehen. Es findet eine Sensibilisierung in der Verwaltung und bei anderen Akteuren statt. Zugleich weisen die Untersuchungsergebnisse auf erheblichen Entwicklungsbedarf hin, um ausgehend von den Vorgaben der Konvention zur Gestaltung eines inklusiven Gemeinwesens zu gelangen. Die Wünsche der Befragten beziehen sich vor allem auf eine strukturierte Unterstützung ihrer Arbeit vor Ort. Gefordert werden Förderprogramme, Arbeitshilfen und Anleitungen sowie überregionale Austauschformate. Wünschenswert ist es aus ihrer Sicht auch, dass ein kommunaler Planungsauftrag gesetzlich verankert wird, der die Verbindlichkeit der Beteiligung lokaler Akteure im Leistungsgeschehen erhöht (vgl. Bertelmann et al., 2025).

In einem weiteren Untersuchungsschritt wurden vier Präsenz-Fokusgruppen durchgeführt, in denen Selbstvertreter*innen über ihre Erfahrungen in kommunalen Planungsprozessen zur Umsetzung der UN-BRK diskutierten. Die meisten Teilnehmenden kamen aus den Kommunen, in denen vertiefte Untersuchungen durchgeführt wurden. Durch die Gespräche wurden Herausforderungen und Gelingensbedingungen von Planungsprozessen aus Sicht von Selbstvertreter*innen genauer in den Blick genommen. Die Diskussionen wurden durch vier Impulse strukturiert: zum Beginn von Planungsprozessen, zur Arbeits- und Personalstruktur, zur Partizipation von Menschen mit Behinderungen und zur Verstärkung der Planung.

Als relevante Themen traten die Erwartungen von Selbstvertretungen an kommunale Planung, die Bereitschaft, sich auf die Logik von Planungsprozess einzulassen, sowie die Möglichkeiten der Beteiligung an Planungsprozessen, hervor. Die Untersuchung ist insofern auch ein Beitrag zum Thema Partizipation (vgl. Kempf et al. 2025).

Rechtsgutachten

Teil des Projektes war die Erarbeitung einer Rechtsexpertise, die zum einen auf den fachlichen Diskurs zielt und zum anderen kommunalen Akteuren eine Argumentationshilfe bietet. Ausgangspunkt ist Artikel 4 Abs. 5 der UN-BRK, der vorgibt, dass die Bestimmungen der Konvention „ohne Einschränkung oder Ausnahme für alle Teile eines Bundesstaats“ (Art. 4 Abs. 5 UN-BRK) gelten. In der Rechtsexpertise wird die Geltung dieser Vorgaben erläutert. Dabei werden Aspekte des internationalen, europäischen und nationalen Rechts sowie nationale politische Absichtserklärungen beleuchtet. Es wird argumentiert, dass das Recht auf kommunale Selbstverwaltung nach Art. 28 Abs. 2 S.1 GG die Umsetzungsverpflichtung nicht einschränkt.

„Um das gebotene Menschenrechtsschutzniveau innerhalb der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten, müssen Bund, Länder und Kommunen ihren Umsetzungsverpflichtungen anstandslos nachkommen und bestmöglich harmonisiert tätig werden. Auch auf kommunaler Ebene muss der Paradigmenwechsel von einer Fürsorgepolitik zu einer Politik der Inklusion und Selbstbestimmung vollständig vollzogen werden. Dazu ist ein konsequentes Disability Mainstreaming und ein stringentes, eng an der UN-BRK ausgerichtetes Planungshandeln dringend notwendig“ (Deutsches Institut für Menschenrechte. Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention, 2024, S. 39). Die Nutzung des Instruments der Aktionspläne legt die Vorgabe der Beachtung von ‚Good Practices‘ (auch anderer Kommunen) nahe (Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention 2024). Das Maß der Verbindlichkeit, mit dem Kommunen die Umsetzung der UN-BRK angehen müssen, wird im Rechtsgutachten deutlich höher eingeschätzt, als dies Welti (2013) mit Blick auf kommunale Planung vertreten hat.

Bereits während der Projektlaufzeit wurde deutlich, dass die Rechtsexpertise eine wichtige Argumentationshilfe für die Aufnahme und Fortführung von Planungsaktivitäten bietet. Daher wurde auf der Transferseite des DIMR ein FAQ zu wichtigen Aspekten des Rechtsgutachtens bereitgestellt.

Transfer

Die Untersuchung von systematischen Planungsaktivitäten zur Umsetzung der UN-BRK auf kommunaler Ebene hat wie erwartet gezeigt, dass die Gestaltung eines partizipativen Planungsprozesses, die Erarbeitung eines Aktionsplans und die Umsetzung geeigneter Maßnahmen zur Entwicklung eines inklusiven Gemeinwesens eine äußerst anspruchsvolle Aufgabe darstellen. Hier setzt die Transferstrategie an, die im Projekt unter Federführung des DIMR erarbeitet wurde.

Für die wissenschaftliche Forschung stellt sich die Herausforderung, Forschungsergebnisse für den Transfer nutzbar zu machen. Die Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit dem DIMR waren dabei äußerst lehrreich. Herzstück des Transfers ist ein Internetportal auf den Seiten des DIMR. Die Freischaltung der Seite wurde durch eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit begleitet, die auch SocialMedia-Kanäle nutzte. Sie ist auf große Resonanz gestoßen.

Seitens des ZPE wurden die Ergebnisse der vertiefenden Analysen in anonymisierten Porträts der untersuchten Kommunen mit einer vergleichbaren Gliederung aufbereitet. Sie können von der Transferseite in einer Datenbank mit Suchbegriffen abgerufen werden. Zum Verständnis von Planungsprozessen wurde zudem ein leicht verständliches Glossar erstellt.

Die Ergebnisse der Forschung wurden in einer strukturierten Übersicht zu ‚Förderlichen Faktoren‘ und ‚Stolpersteinen‘ verdichtet, die sich am im Projekt zu heuristischen Zwecken genutzten Planungszyklus orientiert. Zu jedem Planungsschritt wurde ein fiktives Planungsbeispiel erarbeitet. Das Dokument wird sehr häufig von der Transferseite abgerufen und es werden aus der Praxis heraus Vorträge zur Erläuterung der förderlichen Faktoren und Stolpersteine abgefragt.

In der Projektlaufzeit und auch darüber hinaus wird der Transfer der Ergebnisse zudem durch die Beteiligung an Veranstaltungen auf kommunaler und vor allem auf Landesebene ermöglicht. Das Projekt wurde durch eine Online-Abschlussveranstaltung am 12. September 2025 abgeschlossen, zu der sich 550 Personen angemeldet hatten.

Es fand auch eine Dissemination in wissenschaftlichen Zusammenhängen statt. Es sind zahlreiche Publikationen entstanden (s. Publikationsverzeichnis in diesem Bericht). Zwischenergebnisse wurden im Rahmen von wissenschaftlichen Tagungen vorgestellt. Zu nennen sind die Teilnahme an der 36. Jahrestagung der Inklusionsforscher*innen in Zürich vom 8. bis 10.03.2023 und an dem dritten Kongress der Teilhabeforschung an der Universität zu Köln am 21. und 22.09.2023. Das Projekt wurde zudem in Ringvorlesungen an der Universität Siegen und an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminden/Göttingen vorgestellt.

Aus Sicht des ZPE kann das Projekt als erfolgreich bewertet werden. Die empirischen Untersuchungen haben sich als geeignet erwiesen, um Erkenntnisse über die Verbreitung und Ausgestaltung von kommunalen Planungsprozessen zu gewinnen. Im Sinne einer praxisorientierten Forschung ist es vor allem durch die Kooperation mit der Monitoringstelle des DIMR gelungen, die Ergebnisse für die Praxis nutzbar zu machen.

Literaturverzeichnis

Aichele, V. (2010). Die unabhängige Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland: Hintergrund, Ausrichtung, Wirkungszusammenhang. Zeitschrift für Inklusion, 4(2). <https://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/144/144>

Bertelmann, L. (2022). Aktivitäten und Planungen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention unter kommunaler Federführung – Hauptverantwortliche in der Kommunalverwaltung als Zentrum des partizipativen Geschehens. Nachrichtendienst des Deutschen Vereins, 102(10), 486–493.

Bertelmann, L., Butschkau, M., Kempf, M., & Rohrmann, A. (2024). Die Verbreitung systematischer Planungsaktivitäten zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen: Erster Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen“. https://zpe.uni-siegen.de/unbrk-kommunal/wp-content/uploads/sites/2/2024/04/Zwischenbericht_UNBRK-kommunal.pdf

Bertelmann, L., Butschkau, M., Kempf, M., & Rohrmann, A. (2025). Vertiefende Untersuchungen von systematischen Planungsaktivitäten zur Umsetzung der UN-BRK in Kommunen: Zweiter Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen“. https://zpe.uni-siegen.de/unbrk-kommunal/wp-content/uploads/sites/2/2025/05/Zweiter_Zwischenbericht_UN-BRK-kommunal.pdf

Butschkau, M. (2024). Wie lassen sich kommunale Planungsprozesse empirisch erfassen? – Die Eignung der Online-Recherche als Methode. In Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste (Hrsg.), Bericht aus der Arbeit des Zentrums für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste (ZPE) 2022/2023 (S. 48–56). Eigenverlag.

Deutsches Institut für Menschenrechte. Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention (Hrsg.). (2024). Rechtsgutachten „UN-BRK kommunal“: Zur Wirkung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen. https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Stellungnahmen/Rechtsgutachten_UN-BRK_kommunal.pdf

- Kempf, M. (2024). Soziale Innovation durch die UN-Behindertenrechtskonvention: Fallanalyse einer kommunalen Inklusionsplanung. Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-46239-0_2
- Kempf, M., Rohrmann, A., & Althaus, L. (2025). Auswertung der Fokusgruppengespräche: Dritter Bericht zum Forschungsprojekt „UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen“. https://zpe.uni-siegen.de/unbrk-kommunal/wp-content/uploads/sites/2/2025/09/Dritter-Bericht-zum-Forschungsprojekt-UN-BRK-in-den-Kommunen_barrierefrei.pdf
- Konieczny, E., Windisch, M., Schädler, J., Rohrmann, A., & Gaida, M. (2012). Inklusionsorientierte Verwaltung: Arbeitshilfe zur Sensibilisierung und Qualifizierung von kommunalen Verwaltungsstellen. ZPE. http://www.uni-siegen.de/zpe/forschungsnetzwerke/teilhabeplanung/pdf/zpe_schriftenreihe_25.pdf
- LAG SELBSTHILFE NRW e. V. (Hrsg.). (2015). Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen in den Kommunen stärken! Abschlussbericht zum Projekt. http://www.lag-selbsthilfe-nrw.de/wp-content/uploads/2018/05/LAG-Abschlussbericht_final_2016-01-12_barrierefrei-1.pdf
- LAG SELBSTHILFE NRW e. V. (Hrsg.). (2021). Mehr Partizipation wagen! Abschlussbericht zum Projekt. https://www.lag-selbsthilfe-nrw.de/wp-content/uploads/2021/01/Abschlussbericht_mehr-Partizipation-wagen-1.pdf
- Lampke, D., Rohrmann, A., & Schädler, J. (2011). Kommunale Teilhabepanung – Einleitung. In D. Lampke, A. Rohrmann, & J. Schädler (Hrsg.), Theorie und Praxis örtlicher Teilhabepanung mit und für Menschen mit Behinderungen (S. 9–24). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Palleit, L. (2010). Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. https://www.behindertenbeauftragter.de/SharedDocs/Downloads/DE/Aktionsplaene/aktionsplaene_zur_umsetzung_der_un_behindertenrechtskonvention_01.pdf
- Rick, J. (2023). Problemzentrierte Interviews online und offline: Eine methodische Reflexion. Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, 24(2), Artikel 6. <https://doi.org/10.17169/fqs-24.2.3977>
- Rohrmann, A., McGovern, K., & Schädler, J. (2001). Aqua-NetOH: Arbeitshilfe zur Qualifizierung von örtlichen Netzwerken Offener Hilfen für Menschen mit Behinderung. ZPE.
- Rohrmann, A., Schädler, J., Kempf, M., Konieczny, E., & Windisch, M. (2014). Inklusive Gemeinwesen planen: Abschlussbericht eines Forschungsprojektes im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales in Nordrhein-Westfalen. https://zpe.uni-siegen.de/wp-content/uploads/2022/05/inkluplan-abschlussbericht_februar_2014_ii.pdf
- Schädler, J., & Reichstein, M. F. (2019). Sektoralisierung sozialer Dienste als kommunales Koordinationsproblem: Empirische Befunde am Beispiel der Behindertenhilfe, Pflege und Sozialpsychiatrie. Sozialer Fortschritt, 68(10), 819–838.
- Vereinte Nationen, Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. (2015). Abschließende Bemerkungen über den ersten Staatenbericht Deutschlands (nicht amtliche Übersetzung). https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Weitere_Publikationen/CRPD_Abschliessende_Bemerkungen_ueber_den_ersten_Staatenbericht_Deutschlands.pdf

Welti, F. (2013). Rechtliche Grundlagen einer örtlichen Teilhabeplanung. In U. Becker, E. Wacker, & M. Banafsche (Hrsg.), Inklusion und Sozialraum: Behindertenrecht und Behindertenpolitik in der Kommune (S. 87–100). Nomos.

5.5 Access All Areas? Digital and Analog Pathways Towards Social Services in Rural-Industrialized Areas⁴

Stephan Krayter, Sarah Lorber, Konrad Meisner, Martin F. Reichstein, Leonie Sunar & Lars Wissenbach

Introduction

Access to social services is a cornerstone of democratic societies. However, disparities in resource distribution and bureaucratic complexities create significant challenges, particularly in acute crises. In this symposium, we summarize the results of several studies on access to social services that we conducted between 2023 and 2025 in a rural-industrialized region in Westphalia. Our research is located at the intersection of socioinformatics and social work in order to gain a holistic perspective on analog, hybrid and digital models of social service provision.

On Access to Social Services in Rural-Industrialized Areas: Individual Perspectives

Following Knecht & Schubert's resource taxonomy (2012), we distinguish between personal and environmental resources to analyze how individuals overcome existing barriers when it comes to social services access. Effective access also requires efficient knowledge management and expertise sharing (Ackerman et al., 2013, 2014). Informal information channels are often vital for service seekers, underscoring the importance of tacit knowledge and relational dynamics.

The study builds on the concept of "invisible work" (Suchman, 2007; Ming et al., 2023), capturing the hidden efforts required to access services, such as navigating complex systems, managing emotional burdens, and coordinating support networks. It further contrasts "situated work" (actual practices) with "projected work" (idealized workflows) (Suchman, 2007), highlighting gaps in service design.

We conducted twelve semi-structured interviews with social service users from various fields, addressing a range of aspects related to service access. Our findings reveal that social service access relies heavily on informal networks and serendipitous encounters rather than structured pathways. Invisible work, such as acquiring knowledge, articulating needs, and leveraging social roles, poses an additional burden on service seekers and their families, exacerbating inequalities. Digitalization presents both opportunities and risks: while it can streamline access and coordination, it must align with user needs and community values. Participatory design is crucial to ensuring inclusivity, flexibility, and responsiveness in digital service infrastructures. By centering on lived experiences, digitalization can enhance social service accessibility while addressing its inherent complexities.

Traveling With Obstacles: How to (Not) Reach Social Services With Public Transportation

When individuals – as for example many social service users – lack the financial means to afford private transportation, their ability to participate in society is significantly restricted (Berg & Ihlström, 2019). Systemic barriers – such as inadequate infrastructure – can make their situation even worse (Johnson et al., 2022; Placzek et al., 2021; Steinfeld & Steinfeld, 2017). A lack of accessible transportation can

⁴ Der vorliegende Beitrag ist ursprünglich als Conference Abstract für die TISSA Plenum Conference 2025 entstanden. Der Text ist zuerst im Abstractband zur Konferenz erschienen. Die hier beschriebenen Untersuchungen wurden im Rahmen des Teilvorhabens „Soziales und Inklusion“ des Projekts FUSION durchgeführt. Das entsprechende Symposium wurde von Stephan Krayter und Konrad Meisner während der Konferenz durchgeführt. Er wurde für die Veröffentlichung in diesem Bericht redaktionell überarbeitet.

not only prevent individuals from receiving the services they need (Allard, 2008) but generally limit participation.

Our research aimed to determine whether public transportation is a limiting factor in accessing social services. To do so, we simulated the traveling experience of individual service users collecting data using Google Maps. Our data includes connections for the three municipalities in rural-industrialized Westfalia. The key variables analyzed were travel time, number of changeovers, walking distances, waiting time, and corresponding private vehicle travel times.

Our findings highlight the significant barriers that public transportation poses for individuals in rural-industrialized districts, particularly addresses of social services. Long travel times, frequent transfers, and unpredictable waiting periods make accessing essential services difficult, especially for vulnerable populations such as low-income individuals, the elderly, and persons with disabilities. The reliance on private transportation underscores the inadequacy of existing public transit options in these regions. Addressing these challenges requires targeted improvements in rural public transport infrastructure to ensure equitable access to social services and greater mobility for all residents.

Can't We Just Do Things Differently? Digital and Hybrid Access to Social Services

Supplementing or replacing social services with hybrid or digital solutions is not a panacea. However, it is generally plausible that digital media can make services operating in rural areas more accessible and strengthen the formal and informal networks of service users.

International studies increasingly show that digital social services can work well where they are not permanent or not exclusively digital. This means that they must be linked to the real world - in other words, they must relate to the place of residence and/or the reality of life of their (potential) addressees. They can then help to facilitate transitions to analog forms of support or bridge waiting times. In this context, the use of (video) telephone applications, chat groups and forums seem conceivable. Digital tools and databases can enhance professionals' access to knowledge about social services, improving their ability to refer users effectively.

At the end of the symposium described here, opportunities but also risks and side effects of digitally mediated social service provision in rural-industrialized areas are discussed. The basis for the analysis is once again the interviews and the results of workshops in the project region.

5.6 With Us, With Them, With Technology? Modes of Provision and Their Implications for Social Service Delivery⁵

Martin F. Reichstein, Stephan Krayter, Sarah Lorber, Konrad Meisner, Leonie Sunar & Lars Wissenbach

The use of social services by individuals is linked to several prerequisites. Firstly, there must be a crisis or a “social problem” in the individual case, which is either recognized as such by the person concerned or attributed by third parties. Secondly, this “problem” must be operationalized in such a way that it can be dealt with by social services or by the staff working there. In other words, it requires a service basis – in Western societies often framed by social law – for utilization or funding. However, the concrete operationalization in individual cases requires – thirdly – that concrete social services are a) available, b) known and c) accessible in the vicinity of the person requesting support. However, these preliminary considerations say little about how social workers and social services reach their clients in practice.

Like other services, social services can be provided at a specific location or virtually. With regard to social work, this is particularly clear in the case of counseling and in initial contact situations. These can, for example, take place in the office of a social service but at the client's home or a third-party location. Counseling services and initial contacts can also take place purely virtually, i.e. over the phone or via the Internet. These considerations can be transferred to the provision of further social services. Social services can be broadly categorized as being delivered on-site, at the client's location, at third-party sites, or virtually.

The contribution outlined here explores the question of what implications are associated with different forms of social service provision. In line with Oevermann (2013, p. 146), among others, it is assumed that a working alliance between specific clients and social workers is at the heart of social work. Which form of service provision is suitable for which individual and in which field will therefore necessarily differ from case to case. With regard to the organization of social services, the question also arises as to whether all the channels mentioned can be used equally by individual services. It can be assumed that this can only be achieved through the massive deployment of resources. Cooperation between different actors – e.g., partnerships, integrated infrastructures – appears more promising here.

This contribution seeks to derive theoretical insights for the practice of social services, grounded in the experiences shared by practitioners and citizens. These insights are drawn from ten social space conferences held in 2024 and 2025 in a rural-industrialized district in Westphalia, Germany. Organized by local administrators with support from the authors, these conferences offered valuable practical perspectives that shaped the theoretical framework presented here, bridging the divide between theory and practice.

⁵ Der vorliegende Beitrag ist ursprünglich als Conference Abstract für die TiSSA Plenum Conference 2025 entstanden. Er wurde für die Veröffentlichung in diesem Bericht redaktionell überarbeitet. Die zugrundeliegenden Überlegungen wurden im Rahmen des Teilvorhabens „Soziales und Inklusion“ des Projekts FUSION diskutiert.

5.7 Professionalisierung am Berufseinstieg in den stationären Erziehungshilfen – Ausgangspunkte und Forschungsinteressen im Projekt ProBE

Helene Fuchs & Bettina Ritter

Das Projekt ProBE, das wir seit 01.10.2025 in Kooperation mit der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) umsetzen, widmet sich den Herausforderungen des Berufseinstiegs in den stationären Erziehungshilfen. Es zielt sowohl auf eine Analyse von Prozessen und Bedingungen des Berufseinstiegs als auch auf die Verbesserung der Professionalität neuer Fachkräfte sowie der entsprechenden organisationalen Bedingungen und damit auf die Steigerung der Qualität der Hilfen für junge Menschen und ihre Familien.

Das Projekt umfasst eine Praxisforschung mit Leitungs- und Fachkräften zur Analyse von Bedarfen und Perspektiven, die darauf aufbauende Entwicklung eines passgenauen Weiterbildungskonzepts, die einjährige Umsetzung der Weiterbildung, die durch eine eigens entwickelte digitale Lehr-/Lernplattform flankiert wird, sowie die formative Evaluation der Weiterbildung.

Durch enge bundesweite Kooperationen mit Praxiseinrichtungen und die Umsetzung mehrerer fachöffentlicher Impulsforen wird das Projekt in allen Schritten unmittelbar im Dialog mit der Jugendhilfepraxis realisiert.

Im Folgenden skizzieren wir zunächst die Ausgangslage des Berufseinstiegs in den stationären Erziehungshilfen (1.), verschiedene Perspektiven auf einen ‚guten‘ Berufseinstieg (2.), grundlegende theoretische Überlegungen zum Zusammenhang von Professionalität und Organisation (3.) und schließlich das Vorgehen im Projekt (4.).

Berufseinstieg zwischen fachlichen Anforderungen und belastenden Rahmenbedingungen

Stationäre Erziehungshilfen stellen durch ihren Charakter als Lebensmittelpunkt für junge Menschen einen besonders intensiven Wirkungsort Sozialer Arbeit dar. Sie bedeuten für ihre Adressat*innen einen umfassenden Eingriff in das eigene Leben, was sie besonders vulnerabel macht und gleichzeitig eine kinderrechtbasierte Adressat*innenorientierung besonders notwendig werden lässt (Theile/Wolf 2024, Zukunftsforum Heimerziehung 2021). Die stationären Erziehungshilfen sind mitten „im institutionellen Gefüge des Aufwachsens, in den lokalen [...] Vernetzungen und in den sozialräumlichen Bezügen“ (IGFH 2021, S. 25) verortet und aufgefordert, darin mit und für ihre Adressat*innen lebensweltorientiert und partizipativ zu navigieren.“ In den stationären Erziehungshilfen schlagen sich zudem in besonderer Weise Belastungen durch gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse nieder. Eltern-Familien und armutsbetroffene Familien im Transferleistungsbezug sind hier überrepräsentiert (Fendrich et al. 2023, S. 25). Elternarbeit und die Arbeit an den Bedingungen in der Herkunftsfamilie stellen somit eine weitere bedeutsame Aufgabe dar, ebenso wie die Ermöglichung von Teilhabe der jungen Menschen. Es liegen also besonders hohe fachliche Ansprüche an das professionelle Handeln von Fachkräften im Umgang mit den Spannungsfeldern von Nähe und Distanz, Schutz und Bildung, Macht und Beteiligung sowie Hilfe und Kontrolle vor. Hinzu kommt der Umgang mit sich diversifizierenden Adressat*innengruppen, etwa mit der zunehmenden Betreuung junger Kinder und mit Inklusionserfordernissen (Albus/Ritter 2023, Pothmann 2020).

Für viele Berufsanfänger*innen der Sozialen Arbeit bilden stationäre Erziehungshilfen ein Einstiegsfeld, so sind 32 % aller Beschäftigten im Arbeitsfeld unter 30 Jahre alt (Autor*innengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik 2024, S. 107). Darüber, wie lange Fachkräfte bei einem Träger oder im Berufsfeld

arbeiten, gibt es bislang keine überblickshaften quantitativen Daten, aber ältere und regional bezogene Studien verweisen auf eine hohe Fluktuation spezifisch junger Fachkräfte sowie eine eher kurze Verweildauer (Günther/Bergler 1992, Schwabe et al. 2009). Angesichts dessen, dass die Tätigkeit stark durch Schichtdienst organisiert wird, scheint eine Fluktuation z. B. beim Übergang in die Familiengründung plausibel. Auch das vergleichsweise häufige Erleben von Gewalt zwischen Fachkräften und Adressat*innen sowie auch innerhalb der jeweiligen Gruppen (Meyer 2025) gibt einen Hinweis auf den hohen Grad an Belastung, der mit der Berufstätigkeit in diesem Feld einhergehen kann. Eine damit möglicherweise verbundene hohe Personalfuktuation führt wiederum zu wiederkehrenden Beziehungsabbrüchen für Adressat*innen, wodurch die Qualität der Hilfe insgesamt gefährdet ist.

Hinsichtlich der Qualifizierung von Fachkräften in diesem Feld ist bekannt, dass insgesamt 29 % aller Fachkräfte einen fachbezogenen Hochschulabschluss erworben haben (Autor*innengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik 2024, S. 108). Dies liegt deutlich unterhalb des Anteils in der Jugendarbeit oder der Erziehungsberatung (ebd.). Ansonsten sind demnach überwiegend fachschulausgebildete Fachkräfte in den stationären Erziehungshilfen tätig. Mit Blick auf die Ausgestaltung und die quantitative und qualitative Bedeutung der Erzieher*innenausbildung liegen regionale Besonderheiten vor, z. B. ob eine spezialisierte Ausbildung als Jugend- und Heimerzieher*in möglich ist. Was die hochschulische Ausbildung an Hochschulen und Universitäten (Soziale Arbeit oder Erziehungswissenschaft/Sozialpädagogik) angeht, stehen aktuell vor allem der enorme Ausbau privater Hochschulen und eine damit einhergehende Absolvent*innenzahl in der Diskussion (Meyer/Braches-Chyrek 2023). Bislang ist wenig darüber bekannt, wie sich dies auf fachliche Perspektiven junger Berufseinsteiger*innen auswirkt, wenngleich einige Hinweise auf ein Absenken von fachlichen Ausbildungsstandards mit Sorge betrachtet werden (ebd.). Auf der anderen Seite muss auch der für die Soziale Arbeit besonders gravierend ausfallende Fachkräftemangel als relevanter Kontext betrachtet werden, der insgesamt eher als Entwicklung zur Deprofessionalisierung diskutiert wird (Alsago 2025, Franz et al. 2024). Für die Kinder- und Jugendhilfe handelt es sich um einen zentralen Einflussfaktor für die Personalsituation und die Qualität der Hilfen (AGJ 2019, Pothmann 2019), was für die stationären Hilfen auch angesichts stetig steigender Fallzahlentwicklungen als besonders gravierend beurteilt wird (Autor*innengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik 2024). Die Fachkräftesituation muss jeweils vor dem Hintergrund regionaler und trägerspezifischer Besonderheiten in den Blick genommen werden und spricht wiederum die Frage der Arbeits- und Organisationsbedingungen an.

Diese knappe (und in ihrer Kürze unvollständige) Skizze umreist ein Handlungsfeld, welches komplexe Interaktions- und Beziehungsarbeit mit jungen Menschen und ihren Familien sowie Arbeit am Sozialraum und im Netzwerk zu leisten hat und dabei durch verschiedene allgemeine und spezifische, erschwerende und belastende Bedingungen geprägt ist. Über den Berufseinstieg liegt bislang wenig empirisches Wissen vor, wenngleich die hohe Bedeutung des Berufseinstiegs für das Handlungsfeld der Jugendhilfe aus fachlicher Perspektive deutlich thematisiert wird (Fachgruppe Forum Start 2019). Auch darüber, wie der Berufseinstieg bei Trägern stationärer Erziehungshilfen gestaltet wird, ist wenig bekannt. Dies gilt neben der Frage nach Erwartungen, Motivationen, Bedarfen und Belastungen ebenso für die Verbreitung, Ausgestaltung, Nutzung und Bewertung verschiedener Formen der Einarbeitung und des ‚On-Boarding‘ – von trägerinternen oder trägerübergreifenden Mentor*innen- und Qualifizierungsprogrammen bis zu Begleitungsregelungen und Einarbeitungsmanualen.

Berufseinstieg als biographisches, professionelles und organisationales Projekt

Was als ‚guter‘ Berufseinstieg verstanden wird, steht in Abhängigkeit von der jeweiligen Perspektive und den damit verbundenen Interessen der beteiligten Akteur*innen, ihren Rollen und fachlichen Verständnissen.

Aus professionalisierungstheoretischer Perspektive geraten Berufseinsteiger*innen als neue Fachkräfte in den Blick, die in besonderem Maß auf professionalisierungsförderliche Erfahrungen und damit auf die entsprechenden Organisationsstrukturen angewiesen sind. Sie haben sich im Rahmen ihrer Ausbildung zwar allgemeines Reflexionswissen angeeignet, welches allerdings – je nach Art und Dauer der Ausbildung – weder besonders umfangreich noch spezifisch sein muss. Was die diversen Strukturen und Herausforderungen des jeweiligen Handlungsfeldes oder der Lebenslagen und Lebenswelten der entsprechenden Adressat*innengruppen angeht, aber auch hinsichtlich Ansätzen, Methoden und Prinzipien professionellen Handelns stehen Erfahrungs-, Bildungs- und Lernprozesse an, die in der Organisation ermöglicht werden müssen. Erworbenes Wissen kann schließlich nicht einfach angewendet werden, sondern soll als Reflexionswissen für die situative und einzelfallbezogene Arbeit dienen. Eine für professionelles Handeln notwendige und typischerweise in akademischen Ausbildungen erworbene Relationierungskompetenz (Dewe/Otto 2018) für die Vermittlung zwischen allgemeinem Wissen und Einzelfall im Modus des Fallverstehens wird so im praktischen Handeln zu sozialpädagogischem Können entwickelt (Müller 2017).

Aus der Perspektive der je spezifischen Organisation geht es mit Blick auf Berufseinsteiger*innen zunächst vorrangig darum, dass sie Fachkräfte werden, die sich produktiv in die etablierten formalen und informellen Routinen einpassen und dadurch ihre Arbeit gut bewältigen können. Sie müssen das Wissen und die Regeln der Organisation insoweit in sich aufnehmen, wie dies auf ihrer zugewiesenen Position und Rolle sinnvoll und notwendig ist. Dabei geht es darum, etablierte Kommunikationswege und Handlungsweisen zu verstehen und zu nutzen. Inwiefern der Träger punktuelle Irritationen zulässt, die eine neue Fachkraft mit ihrem ‚Blick von außen‘ einbringen kann und inwiefern eine solche Perspektive überhaupt sagbar ist und gehört wird, ist ebenso eine Frage der organisationalen Strukturbedingungen von Personal und Kommunikation. Dabei stellt sich die Frage, welche etablierten Verfahren zur Weiterentwicklung und Veränderung bestehender Strukturen vorhanden sind und welche Qualität ihnen zukommt (Merchel 2013).

Aus Perspektive der Berufseinsteiger*innen steht zunächst eine Auseinandersetzung mit den Anforderungen der Rollenübernahme an, die einerseits die professionelle, andererseits die organisationale Perspektive nahelegen. Dabei stellt sich die Frage, wie diese von den Berufseinsteiger*innen gesehen und verstanden werden und welche (antizipierten) (Selbst-)Verständnisse vorliegen. Die Rolle, die übernommen werden muss, beinhaltet im Feld der Sozialen Arbeit immer eine gewisse Macht über das Leben der Adressat*innen, was das eigene Handeln mit besonderer Verantwortung ausstattet. Gerade weil der professionelle Handlungsmodus sich durch ein hohes Maß an fachlicher Autonomie auszeichnet und damit wesentlich von Unsicherheit gekennzeichnet ist, steht der Wunsch nach klaren Vorgaben für das Handeln und Prozessstandardisierungen in Verbindung mit Überforderungserleben und einem Wunsch nach Absicherung (Merchel 2018). Solche formellen Konditionalprogramme können Unsicherheiten zwar vordergründig begegnen, da sie von Verantwortung entlasten, eignen sich aber wenig als Ersatz zur Steuerung der Arbeitsprozesse mittels fachlicher Autonomie (Merchel 2013). Wie genau der Berufseinstieg individuell bewältigt wird, lässt sich rückgebunden an Persönlichkeit und Qualifikation der Fachkraft, an die generellen organisationalen Bedingungen der Arbeit sowie die spezifische Begleitung des Berufseinstiegs betrachten. Um den Prozess des Berufseinstiegs angemessen

zu verstehen, muss er sicherlich auch in das Verhältnis von Biographie, Lebenslage und Lebenswelt der Person der Berufseinstiegs*in gesetzt werden (Graßhoff/Schweppe 2013).

Professionalität und Organisation im Wechselspiel

Professionelles Handeln als spezifischer Modus beruflichen Handelns kann weder als Eigenschaft eines Berufs per se, noch lediglich als Kompetenz entsprechender Fachkräfte gefasst werden. In Abgrenzung von attribuierenden professionstheoretischen Ansätzen, die bestimmten Berufen Merkmale von Professionen wie ein Zentralwertbezug, Gemeinwohlorientierung, akademische Qualifikation und fachliche Autonomie (Schmidt 2008) zuweisen oder nicht zuweisen, hat es sich für die Soziale Arbeit als anschlussfähiger erwiesen, die Strukturen des realen praktischen Handelns zu betrachten (Müller 2012, Heiner 2004, Schütze 1996). In diesem Zuge wird jedoch nicht selten die Organisation als Gegenspieler von Professionalität gerahmt und als etwas verstanden, das Zwänge und Einschränkungen gegenüber einer eigentlich autonomen Professionalität von Fachkräften darstelle (Müller 2016, Büchner 2017). Diese Vereinseitigung und Idealisierung geht einher mit einer „Organisationsvergessenheit der Sozialpädagogik“ (Schröer/Wolff 2018, S. 60), die sich vorrangig mit den Interaktionen zwischen Fachkräften und Adressat*innen befasst, dabei aber selten einen Zugang zu „kontextualisierter Professionalität“ (Nadai/Sommerfeld 2005, S. 186) wählt. Vielmehr wird dann Professionalität als fachlich fundiertes Wissen und Können von Fachkräften gewissermaßen isoliert in den Blick genommen. Dabei lassen sich auch empirisch deutlich organisationale Strukturen identifizieren, die die Entfaltung solcher Kompetenzen eher ermöglichen als andere (Mohr 2017) – und hierin unterscheiden sich Träger der Kinder- und Jugendhilfe, auch wenn einige grundlegende Strukturmerkmale des Handelns und der Organisation übergreifend bedeutsam bleiben (Klatetzki 2023). So sind in Organisationen, die eher Formen kollegialer Entscheidungsfindung etabliert haben, in den Fachkräften Vertrauen und Autonomie gewährt wird und Formen des fachlichen Austausches eine wichtige Rolle spielen, eher professionelle Haltungen ausgeprägt, die Fachkräfte demnach u.a. weniger responsabilisierend, disziplinierend oder strafend ausgerichtet (Mohr 2017, Mohr/Ritter 2021).

Professionalität fördernde Organisationsstrukturen sind zwar Berufseinstiegs*innen vorgängig und entfalten ihre Wirkmacht ihnen gegenüber, aber sie werden doch von Akteur*innen in einer Organisation hervorgebracht. Dabei schließt sich die Frage an, inwiefern an Professionalität ausgerichtete Mitarbeiter*innen eingestellt werden und wie gestaltungsoffen und veränderbar sich sie organisationalen Strukturen darstellen. Hier sind nicht nur Pfadabhängigkeiten ausschlaggebend, sondern auch die Relevanz informaler Organisationsstrukturen hervorzuheben (Merchel 2018, Tacke 2015). Denn gerade bei Organisationen, die eher als professionelle Organisationen zu bezeichnen sind, liegen auf informaler Ebene – die in sozialen personenbezogenen Dienstleistungsorganisationen eine besonders bedeutende Rolle spielt – Mechanismen wie Machtasymmetrien, persönliche Beziehungen oder Tabuisierungen vor (Klatetzki 2003). Diese sind nicht durch formale Regelungen unmittelbar veränderbar, können aber für die Handlungspraxis – und damit auch für die Qualität von Hilfen – weitreichende Konsequenzen haben (Mohr/Ritter 2018).

Berufseinstieg erforschen und begleiten

Wir betrachten den Berufseinstieg als einen wichtigen Kristallisationspunkt für das Hervorbringen von Professionalität im Wechselverhältnis zwischen der Reflexivität der Personen und der Reflexivität als organisatorische Struktur (Dewe/Otto 2018). Dieses Wechselverhältnis besteht zudem in einer Verwobenheit formaler und informaler Organisationsstrukturen, also von expliziten und impliziten Erwartungsstrukturen, die das Handeln der Fachkräfte vorstrukturiert (Kühl/Muster 2016, Luhmann 1964).

Um diese Verhältnisse sowie ihre Veränderbarkeit und Veränderungen zu verstehen, nutzen wir ein multimethodisches Vorgehen.

Mittels leitfadengestützter Interviews mit Leitungskräften verschiedener hierarchischer Ebenen erheben wir ihre Perspektive auf fachliche Ziele und aktuelle Herausforderungen der Organisation, Perspektiven auf Fachlichkeit und neue Fachkräfte sowie Erwartungen, Bedingungen und Herausforderungen zur Gestaltung des Berufseinstiegs. Wir analysieren außerdem bestehende Einarbeitungskonzepte, um zu verstehen, welche Bedarfe darin auf welche Weisen adressiert werden. Als dritter Forschungszugang werden Gruppendiskussionen mit Berufseinsteiger*innen geführt. Dies findet sowohl vor als auch während der Weiterbildung mit den Teilnehmer*innen statt. Zudem werden Gruppendiskussionen mit Berufseinsteiger*innen geführt, die nicht an der Weiterbildung teilnehmen. Im Zentrum stehen hier Erfahrungen und Bedarfe im Berufseinstieg, Perspektiven auf organisationale Bedingungen und fachliche Selbstverständnisse. Ein vierter Zugang wird mittels der Analyse von Praxistagebüchern gewählt, die Bestandteil der Weiterbildung sind und so nicht nur Erfahrungen mit der Weiterbildung zum Gegenstand haben, sondern auch allgemeine Reflexionen zur eigenen Berufsrolle sowie zu alltäglichen Erfahrungen im konkreten Handeln. Die zusammenführende Auswertung dieser verschiedenen Zugänge erfolgt mittels der Grounded Theory nach Strauss und Corbin (2010) unter Bezug auf methodologische Weiterentwicklungen (Charmaz 2006, Strübing 2014), so dass sowohl systematisch-prozedurale als auch reflexiv-konstruktivistische Herangehensweisen genutzt werden. Die Grounded Theory eignet sich besonders aufgrund der angestrebten Integration verschiedener Perspektiven und Datentypen sowie zur Identifikation generativer Mechanismen, die das Wechselverhältnis zwischen individueller Professionalisierung und organisationaler Ermöglichung zu verstehen helfen.

Aufbauend auf (ersten) Ergebnissen der Forschung wird das Konzept der Weiterbildung entwickelt und im zweiten Projektjahr umgesetzt. Eine digitale Lehr-/Lernplattform dient zur Unterstützung der ansonsten analog stattfindenden Blocktermine, die von ausgewiesenen Expert*innen gestaltet werden. Während des gesamten Jahres arbeiten die Teilnehmer*innen zudem in regional und/oder digital organisierten Kleingruppen. Hier stehen am konkreten Praxisalltag orientierte Aufgaben zur Reflexion und Diskussion im Vordergrund. Die Methode der kollegialen Beratung wird außerdem implementiert und kontinuierlich umgesetzt. Die Teilnehmer*innen führen flankierend ein individuelles Praxistagebuch, in welchem die ihnen zur Verfügung gestellten Praxiserkundungs-, Selbstbetrachtungs-, Diskussions- und Reflexionsaufgaben gesammelt werden. Die Evaluation der Weiterbildung stellt einen integralen Bestandteil im Projekt und für die Weiterbildung selbst dar. Der Ansatz der so genannten formativen Evaluation ist ein anerkannter Ansatz der Evaluation (Döring 2023) und auch in der Kinder- und Jugendhilfe verankert (Merchel 2019). Er entfaltet seine Stärke genau darin, dass die Durchführung unmittelbar im Prozess verankert ist und so direkt in dessen Verbesserung einfließen kann (Maykus 2010). Die Evaluation erfolgt mittels Gruppendiskussionen mit den Teilnehmer*innen und ihrer Praxistagebücher. Sie ist somit selbst integraler Bestandteil der Weiterbildung, was ermöglicht, dass unmittelbare Anpassungen an die Bedarfe erfolgen können. Auch Leitungskräfte werden hier erneut einbezogen, denn entsprechend dem oben skizzierten Verständnis zur Hervorbringung von Professionalität im Wechselverhältnis mit Organisationsbedingungen, geht es nicht einseitig darum, die Reflexivität der Berufseinsteiger*innen zu fördern. Ziel ist es vielmehr, sie dazu zu befähigen, Einfluss auf die Bedingungen des Berufseinstiegs (und des sozialpädagogischen Handelns generell) in ihren Organisationen zu nehmen und die Träger für mögliche Impulse zur professionalitätsförderlichen Verbesserung der eigenen Strukturen zu sensibilisieren.

Literatur

- Albus, S., & Ritter, B. (2023). Inklusionsbaustellen in der Unterbringung ‚kleiner‘ Kinder. *Dialog Erziehungshilfe*, (3), 12–19.
- Alsago, E., Braches-Chyrek, R., & Meyer, N. (Hrsg.). (2025). *Personalmangel in der Sozialen Arbeit. Katalysator der Deprofessionalisierung?* Wiesbaden: Springer VS.
- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ (Hrsg.). (2019). *Ohne uns geht nichts! Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe*. Berlin.
- Autor*innengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik. (2024). *Kinder- und Jugendhilfereport 2024*. Verlag Barbara Budrich.
- Büchner, S. (2018). *Der organisierte Fall. Zur Strukturierung von Fallbearbeitung durch Organisation*. Wiesbaden: Springer VS.
- Charmaz, K. (2006). *Constructing Grounded Theory. A practical guide through qualitative analysis*. London, Thousand Oaks, New Delhi: Sage.
- Dewe, B., & Otto, H.-U. (2018). Professionalität. In H.-U. Otto, H. Thiersch, R. Treptow & H. Ziegler (Hrsg.), *Handbuch Soziale Arbeit* (S. 1203–1213). München: Ernst Reinhard.
- Döring, N. (2023). *Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften*. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Fachgruppe Forum Start (Hrsg.). (2019). *Berufseinstieg Jugendhilfe. Von Irritationen, Perspektiven und Haltungen* (2., ergänzte und überarbeitete Aufl.). Frankfurt a.M.: IGfH. <https://igfh.de/publikationen/broschueren-expertisen/berufseinstieg-jugendhilfe>
- Fendrich, S., Tabel, A., Erdmann, J., Frangen, V., Göbbels-Koch, P., & Mühlmann, T. (2023). *Monitor Hilfen zur Erziehung 2023*. Eigenverlag Forschungsverbund DJI/TU Dortmund.
- Graßhoff, G., & Schweppe, C. (2013). Biographie und Professionalität in der Sozialpädagogik. In R. Becker-Lenz (Hrsg.), *Professionalität in der Sozialen Arbeit*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Günther, R., & Bergler, M. (1992). *Arbeitsplatz stationäre Jugendhilfe*. Frankfurt a.M.: IGfH.
- Heiner, M. (2004). *Professionalität in der Sozialen Arbeit*. Kohlhammer.
- Klatetzki, T. (2005). Professionelle Arbeit und kollegiale Organisation. In T. Klatetzki & V. Tacke (Hrsg.), *Organisation und Profession* (S. 253–283). Springer VS.
- Klatetzki, T. (2022). Professionelle Organisationen. In M. Apelt & V. Tacke (Hrsg.), *Handbuch Organisationstypen* (S. 165–183). Wiesbaden: VS Verlag.
- Kühl, S., & Muster, J. (2016). *Organisationen gestalten. Eine kurze organisationstheoretisch informierte Handreichung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Luhmann, N. (1964). *Funktionen und Folgen formaler Organisationen*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Maykus, S. (Hrsg.). (2010). *Praxisforschung in der Kinder- und Jugendhilfe*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Merchel, J. (2013). *Qualitätsmanagement in der Sozialen Arbeit*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

- Merchel, J. (2018). Perspektiven einer dialogischen und reflexiven Qualitätsentwicklung in sozialpädagogischen Handlungsfeldern. In P. Hensen & M. Stamer (Hrsg.), *Professionsbezogene Qualitätsentwicklung im interdisziplinären Gesundheitswesen* (S. 289–309). Wiesbaden: Springer VS.
- Merchel, J. (2019). *Evaluation in der Sozialen Arbeit*. München: Ernst Reinhardt Verlag.
- Meyer, N. (2025). Verletzendes Verhalten im Alltag der Sozialen Arbeit. Vortragsfolien.
https://oeffentliche-private-dienste.verdi.de/++file++67dd799a223632e80a007e46/download/Verletzendes%20Verhalten_Soziale%20Arbeit_Meyer_Druck.pdf
- Meyer, N., & Braches-Chyrek, R. (2023). Privatisierungstendenzen in der Sozialen Arbeit. *Soziale Passagen*, 15, 513–530.
- Mohr, S. (2017). *Abschied vom Managerialismus*. Universität Bielefeld.
- Mohr, S., & Ritter, B. (2018). Managementprobleme in Organisationen Sozialer Arbeit. *Evangelische Jugendhilfe*, (4), 27–34.
- Mohr, S., & Ritter, B. (2021). Punitive Haltungen und ihre organisationalen Bedingungen. In S. Huber & S. Calabrese (Hrsg.), *Grenzen und Strafen in Sozialer Arbeit und Sonderpädagogik* (S. 151–164). Kohlhammer.
- Müller, B. (2012). Professionalität. In W. Thole (Hrsg.), *Grundriss Soziale Arbeit* (4. Aufl., S. 955–974). Springer VS.
- Müller, B. (2016). Professionelle Handlungsungewissheit und professionelles Organisieren Sozialer Arbeit. In S. Busse, G. Ehlert, R. Becker-Lenz & S. Müller-Hermann (Hrsg.), *Professionalität und Organisation*. Springer VS.
- Nadai, E., & Sommerfeld, P. (2005). Professionelles Handeln in Organisationen. In M. Pfadenhauer (Hrsg.), *Professionelles Handeln* (S. 181–205). Wiesbaden: VS Verlag.
- Pothmann, J. (2019). Fachkräftebedarf für die Kinder- und Jugendhilfe. *Sozial Extra*, 5, 330–334.
- Pothmann, J. (2020). Vollzeitpflege und Heimerziehung bei unter 6-Jährigen. *Dialog Erziehungshilfe*, (1), 29–33.
- Schmidt, A. (2008). Profession, Professionalität, Professionalisierung. In H. Willems (Hrsg.), *Lehr(er)buch Soziologie* (Bd. 2, S. 835–864).
- Schröer, W., & Wolff, S. (2018). Sozialpädagogik und Organisationspädagogik. In M. Göhlich, A. Schröer & S. M. Weber (Hrsg.), *Handbuch Organisationspädagogik* (S. 59–70). Wiesbaden: Springer VS.
- Schütze, F. (1996). Organisationszwänge und hoheitsstaatliche Rahmenbedingungen im Sozialwesen. In A. Combe & W. Helsper (Hrsg.), *Pädagogische Professionalität* (S. 183–275). Suhrkamp.
- Schwabe, M., Stallmann, M., Vust, D., & Liedtke, R. (2009). *Arbeitsplatz Heim*. Fachverband Evangelische Jugendhilfe e.V.
- Strauss, A. L., & Corbin, J. M. (2010). *Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Beltz.
- Strübing, J. (2014). *Grounded Theory*. Wiesbaden: Springer VS.

- Tacke, V. (2015). Formalität und Informalität. In V. von Groddeck & S. M. Wilz (Hrsg.), Formalität und Informalität in Organisationen (S. 37–92). Wiesbaden: Springer.
- Theile, M., & Wolf, K. (2024). Sozialpädagogische Blicke auf Heimerziehung. Weinheim: Beltz Juventa.
- Zukunftsforum Heimerziehung. (2021). Zukunftsimpulse für die „Heimerziehung“. Frankfurt a.M.: IGfH.

5.8 Projekt „Social Entrepreneurship und Innovation in Sozialen Diensten“ – Regionalanalyse zur Situation des Sozialsektors im Kreis Siegen-Wittgenstein⁶

Johannes Schädler & Konrad Meisner

Einordnung und methodisches Vorgehen der Regionalanalyse

Das ZPE-Projekt „Social Entrepreneurship und Innovation in Sozialen Diensten“ (Laufzeit 2022–2025)⁷ war Teil der allgemeinen Hochschulstrategie der Universität Siegen, mit der über geeignete Vorhaben der Wissenstransfer zwischen Hochschule und regionaler Wirtschaft gefördert werden sollte, um die regionale Entwicklung zu stärken. Ausgangspunkt des Projektes war das Interesse an der Erkundung des in der Region vorhandenen, aber (noch) nicht realisierten Potenzials zur Entwicklung innovativer Angebote im Bereich des Sozialwesens. Gleichzeitig sollten Ansätze entwickelt werden, um die Entfaltung dieses Potenzials in der Region durch sozialunternehmerische Handlungsansätze in Form von Start-up-Gründungen (Social Entrepreneurship) oder durch Initiativen in bestehenden Dienstleistungsorganisationen (Social Intrapreneurship) zu unterstützen. Dafür erschien es wichtig, die konkreten lokalen Bedingungen und Strukturen zu analysieren, die gleichsam das ‚Ökosystem‘ bilden, in das die sozialen Dienste auf der kommunalen Ebene, konkret im Kreis Siegen-Wittgenstein, eingebettet sind.

Im Zeitraum zwischen 2023 und 2025 wurde eine empirische Regionalstudie⁸ im Kreis Siegen-Wittgenstein durchgeführt. Ziel war es, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie sich der Sozialsektor des Kreises insgesamt und in den einzelnen Feldern des Sozialsektors im Zeitverlauf entwickelt hat, welche aktuellen Herausforderungen bestehen und welche Perspektiven sich für innovatives Handeln bieten. Der Begriff des Sozialsektors wird dabei in Anlehnung an die Systematik von Hohendanner et al. (2024, S. 11f.) verwendet, die diesen vom Gesundheits- und Schulbereich abgrenzen, um statistische Aussagen zum Sozialwesen insgesamt zu ermöglichen⁹. Demnach umfasst der Sozialsektor „sämtliche Angebote, Dienste und Einrichtungen aus den Arbeitsfeldern der Altenhilfe und Pflege, der Behindertenhilfe, der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Gesundheit, Teilhabe, soziale Beratung und Versorgung von Menschen in schwierigen Lebenssituationen sowie Migration und Flucht“ (ebd. S. 4).

⁶ Die vollständigen Ergebnisse und Literaturverweise finden sich in Schädler, J.; & Meisner, K., (2026): Entwicklung, Situation und Perspektiven des Sozialsektors im Kreis Siegen-Wittgenstein – eine Regionalanalyse, universi – Universitätsverlag Siegen

⁷ Das Projekt „Social Entrepreneurship und Innovation in Sozialen Diensten“ wurde vom Wirtschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Enable-US-Vorhabens gefördert (<https://www.enableus-siegen.de/>). Im Anschluss wurde das Projekt im Rahmen des regionalen Entwicklungsprojekts „FUSION“ weitergeführt (<https://fusion.uni-siegen.de>).

⁸ Die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen flossen auch in Lehr- und Lernmaterialien für Studierende der Sozialen Arbeit. Die Materialien sind über die Web-Seite des Projekts verfügbar (<https://zpe.uni-siegen.de/social-entrepreneurship/>).

⁹ Mit Verweis auf gegebene statistische Datensystematiken zählen die Autoren folgende Bereiche zum Sozialsektor: Kinderbetreuung- und -erziehung, Altenpflege, Sozial-, Erziehungs-, Suchtberatung, Haus- und Familienpflege, Heilerziehungspflege, Sonderpädagogik, Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Krankenpflege, Rettungsdienst, Geburtshilfe. Es bestehen Schnittstellen zur Verwaltung sowie zu sozialen Diensten im Gesundheits- und Schulbereich oder auch zur betrieblichen Sozialarbeit. Im Sozialsektor sind Angehörige von über 100 spezifische Berufsgattungen tätig (vgl. Hohendanner et al. 2024, S. 9ff). Das bedeutet, dass die Aussagen zum Sozialsektor insgesamt immer eine gewisse Unschärfe in sich tragen, während die Datenlage zu einzelnen Leistungsbereichen z. B. Pflege nach SGB XI präziser erfasst ist.

Der Kreis Siegen-Wittgenstein kann in sozio-ökonomischer, sozialgeografischer und demografischer Hinsicht als typischer NRW-Flächenkreis gelten. Daher sind die im Universitätsverlag der Universität Siegen publizierten Ergebnisse (Schädler & Meisner 2026) in Teilen auch von überregionaler Relevanz. Gleichwohl drücken sich in manchen Ergebnissen auch örtliche ‚Eigensinnigkeiten‘ aus, die auf spezifischen regionalen Entwicklungspfaden der sozialen Infrastruktur im Kreis Siegen-Wittgenstein beruhen. Diesbezüglich konnte die Autorengruppe an vorausgehende Forschungsarbeiten zur integrierten Teilhabe- und Pflegeplanung im Kreis Siegen-Wittgenstein anknüpfen (Schädler et al., 2019). Dazu gehören auch langjährige Kooperationsbeziehungen zu den kommunalen Sozialverwaltungen und zu sozialen Einrichtungen und Diensten verschiedenster Art im Kreis Siegen-Wittgenstein, die die Durchführung der Studie ermöglicht haben.

Die Regionalstudie stützte sich methodisch auf drei Untersuchungsschritte: a) eine desktop-basierte Analyse zu Umfang, Art und Trägerstruktur sozialer Dienstleistungsorganisationen im Kreis Siegen-Wittgenstein, b) eine umfassende Online-Befragung von Führungskräften aus freigemeinnützigen und privatgewerblichen sozialen Dienstleistungsorganisationen des Kreises sowie c) auf zehn Leitfadengestützte Interviews mit Angehörigen der obersten und mittleren Leitungsebenen von Sozialorganisationen zur vertiefende Analyse der quantitativen Daten.

Die Auswertung sollte verdeutlichen, wie der Sozialsektor im Kreis Siegen-Wittgenstein strukturiert ist, mit welchen aktuellen Herausforderungen sich die Einrichtungen und Dienste konfrontiert sehen und welche Perspektiven sich daraus für innovatives Handeln ergeben. Über eine regionale Bestandsaufnahme hinaus wurde aber auch dem Anspruch einer exemplarischen Fallstudie gefolgt, deren Ergebnisse zum wohlfahrtsstaatlichen Fachdiskurs zur Gesamtentwicklung des Sozialwesens in Deutschland beitragen sollen. Dabei wurde insbesondere auf die Diskurslinien zu Ökonomisierung, Hybridisierung, Professionalisierung und Innovation sozialer Dienste bzw. kommunaler Sozialpolitik Bezug genommen (Vgl. Backhaus-Maul, Heinze & Strünck, 2024; Evers & Ewert, 2010; Langer, A., Eurich, J., & Güntner, S., 2018; Brettschneider, Grohs & Jehles 2024).

Ergebnisse der Regionalanalyse

Im Folgenden sollen ausgewählte Ergebnisse in gebotener Kürze vorgestellt werden. Dabei kann auf die historischen Entwicklungen, die für den sozialpolitischen Pfad der sozialen Hilfesysteme in Siegen prägend waren, an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden¹⁰.

Strukturen des Sozialsektors im Kreis Siegen-Wittgenstein

Der Bereich der sozialen Sicherung ist eine tragende Säule des demokratischen Rechtsstaats in Deutschland mit einer weit mehr als hundertjährigen Tradition. Im Sozialsektor des Kreises Siegen-Wittgenstein finden sich die wesentlichen Strukturen und Entwicklungen des deutschen Sozialwesens wieder. Sie sind in der Gesamtschau durchaus beeindruckend: Im Rahmen der Strukturanalyse wurden ohne Anspruch auf Vollständigkeit insgesamt 779 Dienstleistungsorganisationen und Angebote sozialer Dienste im Kreis Siegen-Wittgenstein identifiziert, die von 162 Trägerorganisationen verantwortet werden. Die sich daraus ergebende soziale Infrastruktur setzt sich aus 442 organisierten Angeboten sowie 336 freiberuflich tätigen Einzelpersonen zusammen, wobei letztere vorwiegend in der Kindertagespflege, rechtlichen Betreuung, in der Fort- und Weiterbildung oder im Sozialcoaching tätig sind. Die Recherchen zeigen, dass acht große ‚Sozialholdings‘ mehr als die Hälfte aller sozialen

¹⁰ Die vollständigen Ergebnisse der Regionalstudie und die Rekonstruktion der sozialen Pfadentwicklung finden sich in der aktuellen Publikation des Universitätsverlag der Universität Siegen (Schädler & Meisner 2026)

Dienstleistungsangebote verantworten. Die meisten größeren Organisationen sind dabei in mehreren sozialen Hilfefeldern aktiv, was auf eine breite Angebotsstruktur hinweist.

Bezüglich der Trägerschaft der sozialen Angebote dominiert insgesamt der freigemeinnützige Sektor mit einem Anteil von 80 %. Davon wiederum sind 71 % Mitglied in einem der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, während nur ein kleiner Teil dieser Träger unabhängig organisiert ist. Privatgewerbliche Anbieter machen 12 % der Gesamtzahl aus und sind vor allem in der Pflege vertreten, wo sie knapp 65 % aller Angebote tragen. Privatgewerbliche Träger treten auch in der Kinder- und Jugendhilfe in Erscheinung, aber mit etwas über 10 % in deutlich geringerem Maße als in der Pflege. Kommunale Trägerschaften bilden mit 8 % den kleinsten Anteil und finden sich nur noch in Feldern wie Kindertagesbetreuung, psychosozialer Beratung und Sozialpsychiatrie.

Im Hinblick auf die Zugehörigkeit zu Spitzenverbänden zeigt sich, dass insbesondere die Diakonie und die Arbeiterwohlfahrt (AWO) die stärkste Präsenz in der Region haben. Diese Dominanz lässt sich mit der protestantischen Prägung des Kreises und seiner Industriegeschichte erklären. Auch Caritas, DRK und der Paritätische Wohlfahrtsverband sind vertreten, wobei letzterer keine eigenen Trägerschaften übernimmt, sondern seine Mitgliedsorganisationen berät und in der Interessenvertretung unterstützt. Privatgewerbliche Anbieter verfügen über keine übergreifenden Organisationsstrukturen auf Kreisebene und treten überwiegend als Einzelorganisationen auf.

Trotz des Wachstums großer Anbieterorganisationen (mehr Angebote, höhere Beschäftigtenzahlen und Umsätze) ist nach wie vor eine recht hohe Trägerpluralität zu erkennen. Die Anzahl kleinerer Anbieter bleibt hoch, und es gibt Hinweise, dass sich viele dieser kleineren Träger im Zuge des allgemeinen Ausbaus sozialer Dienste in den 2010er Jahren weiterentwickelt und organisational stabilisiert haben. Insgesamt zeigte sich ein vielfältiges und weitgehend stabiles Bild der Anbieterlandschaft sozialer Dienste in der Region.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Sozialsektors im Kreis Siegen-Wittgenstein

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Sozialsektors ist bislang nur unzureichend statistisch erfasst und wird daher oft unterschätzt – sowohl im Hinblick auf die Beschäftigung als auch auf seinen materiellen und immateriellen Beitrag zum Wirtschaftsgefüge. Diese allgemeine ‚Datenschwäche‘ gilt in besonderer Weise für die kommunale Ebene und wird auch bei Recherchen zur finanziellen Bedeutung des Sozialsektors im Kreis Siegen-Wittgenstein zum Problem, da hier im Unterschied zu anderen Wirtschaftssektoren nur Schätzungen möglich sind. Diese führen aber zu beachtlichen Befunden. Verknüpft man kommunale mit nationalen Daten zum Umsatz im Sozialwesen, dann ergibt sich daraus für den Kreis Siegen-Wittgenstein ein geschätzter Betrag von etwa 750 Millionen Euro pro Jahr.

Bezogen auf Beschäftigungsanteile zeigt sich deutschlandweit der Sozialsektor seit Jahren als dynamisch wachsender Bereich. Wesentliche Treiber sind demografischer Wandel, gesellschaftliche Veränderungen und neue Anforderungen an soziale Unterstützung. Der Sektor hat bundesweit mittlerweile einen Anteil von 13 % an der Gesamtbeschäftigung mit rund 6 Millionen Erwerbstätigen, davon etwa 3 Millionen allein im Sozialwesen. Zwischen 2008 und 2021 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Sozialsektor um rund 60 %. Dabei wuchsen die Bereiche der Pflege (+ 100 %) und der Kindertagesbetreuung (+ 83 %) besonders stark (Hohendanner et al. 2024, S. 11ff.).

Wie im Hinblick auf die finanzielle Bedeutung kann auch in Bezug auf die Beschäftigung die Relevanz des Sozialsektors nur geschätzt werden: Im Kreis Siegen-Wittgenstein lag die Zahl der

sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2023 insgesamt bei rund 122.000 Personen¹¹. Das verarbeitende Gewerbe war 2019 mit rund 48.500 Beschäftigten noch der größte Sektor, dicht gefolgt vom nicht näher aufgefächerten Dienstleistungsbereich mit etwa 46.500 Beschäftigten. Dies hat sich mittlerweile zugunsten des Dienstleistungsbereichs verändert. Konkrete Zahlen für den Sozialsektor fehlen im IT-NRW- Kommunalprofil des Kreises, doch auf Basis eigener Recherchen und unter Einbezug bundesweiter Daten lässt sich für den Kreis eine Beschäftigtenzahl im Sozialsektor von etwa 20.000 Personen schätzen.

Kommunalstatistiken und regionalwirtschaftliche Berichte fokussieren traditionell auf Industrie, Handwerk, Landwirtschaft und andere „klassische“ Produktionssektoren, während soziale und gesundheitliche Dienstleistungen oftmals nur unzureichend differenziert oder pauschal unter „Sonstige Dienstleistungen“ subsumiert werden. Dies trägt dazu bei, dass der Sozialsektor eher als Kostenfaktor in den kommunalen Haushalten erscheint denn als zusammengehöriger Wirtschaftsbereich. Dies ist eventuell auch ein Grund, warum der Sektor in der Öffentlichkeit meist in Form einzelner Einrichtungen und Dienste wahrgenommen wird – und nicht als Gesamtbereich.

Personalstruktur der Leitungskräfte im Sozialsektor

Bei den empirischen Untersuchungen interessierte auch die Frage nach Personalprofilen der Leitungskräfte im Kreis Siegen-Wittgenstein. Die quantitativen Untersuchungsdaten (n = 182) ergaben, dass die meisten Leitungspersonen im Sozialsektor zwischen 50 und 60 Jahre alt sind und etwa jede sechste Leitungskraft über 60 Jahre ist. In zahlreichen Sozialunternehmen wurden wichtige Leitungspositionen in jüngerer Zeit neu besetzt oder es stehen Leitungswechsel an. In den Leitungspositionen besteht eine vergleichsweise hohe personelle Kontinuität: Knapp ein Drittel (32 %) der Führungskräfte ist bereits seit mehr als zehn Jahren in der aktuellen Position tätig. Dies verschafft den jeweiligen Organisationen Stabilität im Alltag, kann jedoch zugleich die Innovationsbereitschaft einschränken.

Die Daten zeigen eine klare Dominanz weiblicher Führungskräfte im Sozialsektor, was den allgemeinen Geschlechterverhältnissen in der Sozialen Arbeit entspricht. Zwar nimmt der Anteil männlicher Leitungskräfte mit der Höhe der Hierarchieebene zu, dennoch bleibt auch auf der obersten Leitungsebene der Frauenanteil höher. Einschränkend ist festzuhalten, dass der Frauenanteil in der obersten Leitungsebene der acht größten Holdings wiederum deutlich geringer ist als insgesamt im Sozialsektor. Dies weist darauf hin, dass Frauen im sozialen Bereich zwar auch in führenden Positionen stark vertreten sind, Führungsrollen in den umsatzstärksten Organisationen jedoch nach wie vor häufiger von Männern übernommen werden. In Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter im Alltag zeigen sich deutliche Wahrnehmungsunterschiede zwischen weiblichen und männlichen Leitungskräften. Während weibliche Leitungskräfte deutlich stärker auf strukturelle Benachteiligungen hinsichtlich Aufstiegsmöglichkeiten, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Durchsetzungskraft und Entlohnung verweisen, sehen ihre männlichen Pendanten entsprechende Probleme seltener oder in geringerem Maße. Die Diskrepanz deutet darauf hin, dass der faire Umgang mit Gleichstellungsfragen im Kontext von Leitung und Führung im Sozialsektor trotz bzw. wegen des hohen Frauenanteils eine zentrale Herausforderung bleibt.

Hinsichtlich der schulischen und beruflichen Bildungsabschlüsse verfügen rund zwei Drittel der Befragten über Abitur oder einen vergleichbaren Abschluss, etwa ein Drittel hat einen Realschulabschluss,

¹¹ Das aktuelle Kommunalprofil von IT-NRW verzeichnet einen kleinen Rückgang der Beschäftigtenzahl auf ca.120.000 Personen im Jahr und ein weiteres relatives Anwachsen des Dienstleistungsbereichs. Das Problem der geringen Sichtbarkeit des Sozialsektors erscheint unverändert. Siehe: IT-NRW (2025)

und nur wenige verfügen über einen Hauptschulabschluss. Fast die Hälfte der Führungskräfte hat ein Hochschulstudium absolviert. Besonders in höheren Leitungsebenen ist der akademische Bildungsweg stark vertreten. So haben 73 % der Führungskräfte auf der obersten Leitungsebene ein Studium abgeschlossen, während dieser Anteil auf der mittleren Ebene bei 49 % und auf der unteren bei nur 30 % liegt. In der unteren Ebene dominieren hingegen berufsschulische Qualifikationen mit 63 %. Diese Ergebnisse deuten auf eine akademische Prägung der Führungsstruktur hin, zeigen jedoch zugleich, dass auch Personen mit beruflicher Ausbildung oder technischer Qualifikation Leitungspositionen erreichen können.

Die berufliche Qualifikation der Führungskräfte zeigt eine klare Ausrichtung auf pädagogisch-psychosoziale Bereiche: 62 % haben eine entsprechende Ausbildung. Andere berufliche Hintergründe wie Pflege, Therapie oder Betriebswirtschaft sind deutlich seltener vertreten. Technische und verwaltungsbezogene Qualifikationen spielen eine sehr geringe Rolle. Nur 6 % verfügen über betriebswirtschaftliche Abschlüsse. Entsprechende Kompetenzen werden bei größeren Trägern durch die Schaffung von betriebswirtschaftlichen Funktionsbereichen nutzbar gemacht. Allerdings wird offensichtlich bei Neubesetzungen von Positionen in der obersten Leitungsebene eine ausgeprägte betriebswirtschaftliche Affinität sowie eine hohe IT-Kompetenz erwartet.

Die Anforderungen an Führungskräfte in der Sozialwirtschaft gehen mit persönlichen Einschnitten einher. Viele der Befragten nannten Abstriche bei persönlichen Interessen, Freizeitgestaltung und gesundheitlicher Selbstfürsorge. Gleichwohl wurde ein verstärktes Bemühen erkennbar, familiären Interessen und Verpflichtungen verantwortlich nachzukommen.

Derzeitige und mittelfristige Problemstruktur der Sozialunternehmen

Die Einschätzungen der Befragten zur derzeitigen Situation ihrer sozialen Dienstleistungsorganisation ergaben in der Zusammenschau ein aufschlussreiches Bild. Als besonders problematisch und mit großem Abstand zu anderen Themen galt 2023 in der Wahrnehmung der Befragten die fehlende Verfügbarkeit von Personal. Als zweithöchster Problemwert wurde von den Befragten auch der bürokratische Arbeitsaufwand im Alltag eingeschätzt. Erst an dritter Stelle, aber mit nochmals deutlichem Abstand zu den vorgenannten Themen, folgte das Problem der unsicheren Finanzierung. Als tendenziell problematisch wurden im Weiteren auch interne Organisationsstrukturen gesehen. Kaum Probleme hatten die Dienstleistungsorganisationen aber im Hinblick auf die Nachfrage nach ihren Angeboten, auch die praktizierten Konzepte wurden insgesamt als tragfähig eingeschätzt. Die Befragten erlebten für ihre Organisation offensichtlich keinen oder nur geringen Konkurrenzdruck oder Wettbewerbsprobleme mit anderen Anbietern.

In den Interviews etwas mehr als ein Jahr später (im Herbst 2024) bestätigten die Interviewten tendenziell die Einschätzungen, insbesondere hinsichtlich der als am dringlichsten wahrgenommenen Probleme des Personalmangels und der zunehmenden Bürokratie. Im Hinblick auf die Problemdimension der Finanzierung wurden aber deutliche Verschiebungen gegenüber den Vorjahresbefunden sichtbar, wobei Finanzierungsfragen in den Vordergrund rückten.

Immer wieder wurde die Notwendigkeit zur differenzierten Betrachtung der quantitativen Befunde deutlich. So wurde die Problematik des Personalmangels von Träger zu Träger und Handlungsfeld zu Handlungsfeld unterschiedlich gravierend bewertet. Auch konnten unterschiedliche Formen des Umgangs der Sozialunternehmen mit Fragen der Personalgewinnung und Personalbindung festgestellt werden, die Einfluss auf die jeweilige Wahrnehmung des Personalmangels haben.

Zwar wurden Probleme in der internen Organisationsstruktur in der quantitativen Befragung weniger stark gewichtet als etwa das Bürokratisierungsproblem. Dennoch lieferten die vertiefenden Interviews aufschlussreiche Hinweise darauf, wie sehr der Zuwachs an Aufgaben und Personal zu organisationalen Herausforderungen geführt hat. Die zunehmende Digitalisierung der internen Prozesse konnte bei deren Bewältigung helfen, war jedoch mit erheblichen innerorganisationalen Anstrengungen verbunden.

Die Ergebnisse der quantitativen Befragung zeigen, dass die Nachfrage nach den Angeboten der eigenen Organisation tendenziell als steigend eingeschätzt wird. Die Wachstumsphase der vergangenen Jahre scheint aus der Sicht der Befragten noch nicht abgeschlossen zu sein. Feldübergreifend wurde meist nicht erwartet, dass im Sozialsektor des Kreises Siegen-Wittgenstein in den kommenden Jahren ein wachsender Konkurrenzdruck zum Problem wird.

Offenheit für Innovation

Die Offenheit für Innovationen im Sozialsektor umfasst sowohl die Fähigkeit, Innovationsnotwendigkeit zu erkennen und entsprechende Entscheidungen zu treffen, als auch die Bereitschaft, neue Konzepte, Ideen oder Prozesse organisationsintern umzusetzen. Innovationsoffenheit ist somit zentral, wenn es darum geht, soziale Dienstleistungen zukunftsfähig zu gestalten und auf gesellschaftliche Veränderungen flexibel zu reagieren. Im Rahmen der schriftlichen Befragung von Führungskräften und im Rahmen der leitfadengestützten Interviews wurde versucht, Erkenntnisse über verschiedene Aspekte von Innovation im Sozialsektor des Kreises Siegen-Wittgenstein zu gewinnen. Die Ergebnisse der Untersuchungen zeichneten ein differenziertes Bild und gaben Einblicke in die Einstellungen, Erfahrungen und Herausforderungen der Führungskräfte verschiedener sozialer Arbeitsfelder.

Während einige Führungskräfte optimistisch auf die Offenheit für Innovationen ihres jeweiligen Handlungsfeldes blicken, überwog insgesamt eine eher skeptische Haltung. Die Notwendigkeit, nicht nur im Handlungsfeld generell, sondern auch in der eigenen Organisation neue Wege zu gehen, wurde von den Befragten als hoch eingeschätzt. Grundsätzlich gingen die meisten Befragten davon aus, dass in der eigenen Organisation eine generelle Offenheit für Innovationen besteht. Allerdings fiel die Einschätzung weniger optimistisch aus, wenn es um die tatsächliche Umsetzung neuer Ideen, Prozesse oder Angebote in der eigenen Organisation ging. Besonders größere Trägerorganisationen litten zum Teil unter mangelnder Beweglichkeit, was auf ihre Größe und die damit verbundenen komplexen Abstimmungsprozesse zurückgeführt wurde.

Ein wesentlicher Ansatzpunkt zur Förderung von Innovationen wurde in der Sicherstellung einer tragfähigen Finanzierung gesehen. Eine wichtige Rolle für die Start-up-Finanzierung spielen Mittel zur Projektförderung, etwa durch Stiftungen oder die Aktion Mensch, die als wichtiger Innovationstreiber genannt wird. In begrenztem Maße stehen aber auch eigene Mittel für Innovationen zur Verfügung. Darüber hinaus sahen die Führungskräfte zum Teil Verbesserungsbedarf im Management, u. a. in der Erhöhung der fachlichen Kompetenz bei den Unternehmensleitungen. Auch die Bereitschaft der Entscheidungsträger, mehr Risiken einzugehen, wurde als wichtiger Faktor für die Steigerung der Innovationsbereitschaft genannt. Demgegenüber maßen die Befragten sowohl einer stärkeren Ausrichtung auf Markt- und Wettbewerbsstrukturen als auch der Einführung eines kommunalen Innovationspreises im Sozialbereich nur geringe Bedeutung bei.

Den Interviews zufolge war den Führungskräften durchaus bewusst, dass Innovationen nicht nur von oben angestoßen werden können. Daher werden Mitarbeiter:innen systematisch dazu ermutigt, Verbesserungsideen zu äußern. Oftmals sind es gerade die Kräfte auf der mittleren Leitungsebene, die Notwendigkeiten und Potenziale für Veränderungen erkennen. Wenn diese Ideen von der

Geschäftsführung als sinnvoll und praktikabel eingeschätzt werden, wird deren Umsetzung in der Wahrnehmung der Befragten aktiv unterstützt. Dies deutet darauf hin, dass interne Strukturen und eine innovationsfreundliche Unternehmenskultur wichtiger für die Initiierung und Umsetzung von Innovationen sind als externe Anreize.

Die Mehrheit der Führungskräfte nahm wahr, dass die Dichte an Neuerungen in ihren Einrichtungen und Diensten in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren sehr hoch war. Gleichzeitig räumte knapp ein Drittel ein, dass in den letzten Jahren keine bedeutsamen Innovationen in ihren Organisationen eingeführt wurden. Die stattgefundenen Innovationen beziehen sich überwiegend auf interne Veränderungen der Organisationsstrukturen oder auf veränderte Arbeitsweisen. Die Einführung neuer Dienstleistungsangebote wurde von einem Viertel der Befragten als Innovation genannt. Diese neuen Angebote wurden überwiegend im eigenen Tätigkeitsfeld umgesetzt, in etwa einem Drittel der Fälle jedoch auch in einem Feld, in dem die Organisation bisher nicht aktiv war. Dies zeigt, dass Innovationen nicht nur auf interne Prozesse beschränkt bleiben, sondern auch zur Erschließung neuer Arbeitsfelder führen können.

Besonders etablierte große Dienstleistungsorganisationen konzentrierten sich darauf, an staatlichen Ausbauprogrammen mitzuwirken – etwa durch die Übernahme von Trägerschaften im Kita-Bereich, den Aufbau von ambulant betreutem Wohnen für Menschen mit Behinderungen sowie durch Angebote der Schulassistenz oder der offenen Ganztagsbetreuung an Schulen. Führungskräfte kleinerer Organisationen, die häufig in unmittelbarer Nähe zur Selbsthilfe agieren, berichten, dass sich ihre Innovationen meist auf konzeptionelle Defizite oder bestehende Lücken im Hilfesystem beziehen. Ein Beispiel ist der Aufbau einer ambulanten Alternative zur Werkstatt für Menschen mit Behinderungen. Auch Projekte wie die Bereitstellung eines Hilfsmittelpools oder die Beratung zur Umsetzung von Inklusion im Freizeitbereich werden genannt.

Allen diesen Produktinnovationen ist gemeinsam, dass ihre Initiierung und Umsetzung fast immer auf das proaktive Handeln einzelner Mitarbeiter:innen zurückzuführen ist, die durch inhaltliche Überzeugung und persönliches Engagement angetrieben wurden. Diese Beobachtung knüpft an das Konzept des Intrapreneurship an, dem zufolge Innovationen häufig von engagierten Individuen innerhalb einer Organisation vorangetrieben werden.

Als Hauptgründe für die Einführung von Innovationen nannten die Führungskräfte neue gesetzliche Vorgaben, was die These bestätigt, dass soziale Innovationen oft durch staatliche Impulse gefördert werden. Ob ein Dienst oder eine Einrichtung zu den frühen oder späteren Umsetzern gehört – also wie und wann neue Anforderungen implementiert werden – hängt maßgeblich davon ab, ob sich in der jeweiligen Organisationen Personen finden, die als „Change Agents“ externe Veränderungsimpulse aufnehmen und intern weiterentwickeln. Die Haltung der obersten Führungsebene wird dabei als ausschlaggebend für die tatsächliche Umsetzung und Wirksamkeit bewertet. Weniger gewichtig für Innovationen sind erkannte fachliche Defizite im vorhandenen Angebot oder veränderte Klient:innenwünsche, was angesichts des oft betonten Innovationsbedarfs überrascht. Der Versuch, neue Geschäftsfelder zu erschließen oder erfolgreiche Modelle anderer Organisationen zu imitieren, spielt für die Befragten nur eine untergeordnete Rolle. Während alle Interviewten der obersten Leitungsebene für sich in Anspruch nehmen, innovationsoffen zu sein, wachsen den Befragungen zufolge mit zunehmender Klient:innennähe die Zweifel gegenüber der Einführung neuer Praktiken.

Die Befragungsergebnisse deuten darauf hin, dass die Innovationsbereitschaft im Sozialsektor des Kreises Siegen-Wittgenstein von vielen Faktoren beeinflusst wird. Während finanzielle Ressourcen,

kompetentes Management und eine innovationsfreundliche Kultur als zentrale Voraussetzungen gelten, spielen zudem ideelle Überzeugungen und das Engagement einzelner Mitarbeitender eine entscheidende Rolle. Immer wieder wurde auf die hilfreiche organisations- bzw. verbandsübergreifende Kooperationskultur im Sozialsektor des Kreises Siegen-Wittgenstein verwiesen, die wechselseitige Unterstützung bei Veränderungsprozessen begünstigt.

Selbstverständnis von Führungskräften in sozialen Dienstleistungsorganisationen

In der Literatur wird die These einer zunehmenden Ökonomisierung der Trägerorganisationen der Freien Wohlfahrtspflege vertreten, wodurch sozialpolitische Funktionen zunehmend in den Hintergrund gerückt würden. Gleichzeitig werden Zweifel erhoben, ob bzw. in welchem Maße die klare Unterscheidbarkeit zwischen freigemeinnützigen und privatgewerblichen Organisationen noch gegeben ist (Backhaus-Maul, Heinze & Strünck, 2024). Die Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege agieren überwiegend als gemeinnützig eingetragene Vereine (e. V.) oder gGmbHs und verfolgen eine gemeinwohlorientierte Ausrichtung, die mit einem ‚doppelten Mandat‘ (Lutz 2011) verbunden ist. Dieses Mandat beschreibt den Anspruch, die Bereitstellung qualifizierter sozialer Dienstleistungen für einzelne, meist hilfebedürftige Personen mit einem sozialpolitischen Engagement für benachteiligte Gruppen als Teil der lokalen Zivilgesellschaft zu verbinden.

Im Kreis Siegen-Wittgenstein ist der Sozialsektor zu 80 % durch die Freie Wohlfahrtspflege geprägt. Wie dargestellt, hat jedoch in den letzten Jahrzehnten die Zahl privatgewerblicher Anbieter – insbesondere in der Altenpflege – deutlich zugenommen, während kommunale Trägerschaften nur noch eine randständige Rolle spielen. Vor diesem Hintergrund führten die empirischen Analysen zum Selbstverständnis der Führungskräfte sozialer Dienstleistungsorganisationen im Kreis Siegen-Wittgenstein, insbesondere die qualitativen Befunde, zu folgenden Einschätzungen: Übergreifend kann festgehalten werden, dass alle Befragten sowohl aus dem freigemeinnützigen als auch aus dem privat-gewerblichen Bereich ethische Grundwerte wie Solidarität, Gerechtigkeit und Nächstenliebe betonten und für sich als Handlungsorientierung sahen. Die Führungskräfte aus der Freien Wohlfahrtspflege verbinden diese Werte ausdrücklich mit einem sozialpolitischen Mandat, insbesondere auf kommunaler Ebene. Führungskräfte freigemeinnütziger Organisationen der oberen Ebenen verstehen sich explizit als sozialpolitische Akteure. Sie wollen sich aktiv in Gremien einbringen, kooperieren aktiv mit der Verwaltung und anderen Trägern und betrachten (kommunal-)politisches Engagement als Teil ihrer dienstlichen Aufgaben. Sie nehmen organisatorischen und finanziellen Aufwand in Kauf, um ihre sozialpolitischen Aufgaben wahrzunehmen. Zugleich verstehen sich die Führungskräfte einzelner Organisationen auch als kollektiver Teil der Freien Wohlfahrtspflege und verbinden damit entsprechende Erwartungen an Verwaltung und Politik, gehört und einbezogen zu werden. Entsprechend suchen sie bei grundsätzlichen Fragen sozialpolitischer Willensbildung auf kommunaler Ebene, aber auch bei Themen einzelner Handlungsfelder die Kooperation mit anderen freigemeinnützigen Trägern sowie Allianzen mit weiteren Akteuren der Zivilgesellschaft.

Dagegen sind die Führungskräfte privatgewerblicher Anbieter in kommunalen Gremien oder Facharbeitskreisen kaum vertreten. Als Gründe werden u. a. knappe zeitliche Ressourcen, fehlendes Wissen über politische Strukturen und ein auf Dienstleistungserbringung fokussiertes Selbstverständnis genannt. Bei einigen privatgewerblichen Führungskräften besteht jedoch grundsätzliches Interesse an einer stärkeren Beteiligung an sozialpolitischer Gremienarbeit, zugleich wünschen sie sich aber eine aktive Einladung durch die Kommune. Privatgewerbliche Organisationen sind nur sehr selten in fachliche Netzwerke vor Ort eingebunden, auch nicht zum fachlichen Austausch bzw. zur Qualifizierung von Mitarbeiter*innen untereinander. Offensichtlich empfinden privatgewerbliche Anbieter die anderen

Organisationen in ihrem Helfefeld eher als Konkurrenten im Wettbewerb um Kunden und betrachten den Nutzen von Kooperation eher skeptisch.

Ökonomisierung und „Verbetriebswirtschaftlichung“

In den letzten Jahrzehnten haben soziale Dienstleistungsorganisationen – auch im Kreis Siegen-Wittgenstein – infolge starken Wachstums sowie veränderter gesetzlicher und gesellschaftlicher Anforderungen betriebswirtschaftliche Strukturen eingeführt und ihre internen Prozesse entsprechend weiterentwickelt. Dieser Prozess wird als ‚Verbetriebswirtschaftlichung nach innen‘ bezeichnet (Heinze et al. 1997). Zu bewältigen waren erhebliche Zuwächse bei Personal, Umsatz und Angeboten. Dafür mussten die internen Strukturen immer wieder verändert werden, um der zum Teil enormen Ausbaudynamik gerecht zu werden. So wurden in allen größeren sozialen Dienstleistungsorganisationen Verfahren für Controlling und Reporting oder Kennzahlenanalysen, Kostenstellen und Profit Center eingeführt. Dies ging einher mit einer Anpassung der Organigramme, um neue Einheiten hinzuzufügen oder flachere Hierarchien zu schaffen. Größere Organisationen profitierten dabei von vorhandenen Ressourcen wie Rechtsabteilungen und Stabsstellen, die entstehende organisationale Anforderungen in den Veränderungsprozessen begleiten konnten. Manche große soziale Träger orientieren sich inzwischen deutlich an den Strukturen und Standards mittelständischer Unternehmen der freien Wirtschaft (z. B. IDW-Prüfstandards, bilanzielle Steuerung), um effizient steuerbar zu bleiben. Doch auch kleinere Träger mussten ihr Führungsverhalten und ihre Managementkonzepte betriebswirtschaftlich modernisieren, um die rasch wachsenden Mitarbeiterinnenzahlen und die steigenden Umsatzvolumina wirksam zu bewältigen. Die Befunde zum Thema „Verbetriebswirtschaftlichung nach innen“ unterstreichen die tiefgreifende strukturelle Anpassung sozialer Organisationen an betriebswirtschaftliche Denk- und Handlungsweisen – jedoch weniger als neo-liberales Handlungsmuster, sondern als notwendige Reaktion sozialer Dienstleistungsorganisationen auf Wachstum, äußere Anforderungen und den Druck zur Effizienzsteigerung. In den Sozialorganisationen wurden die damit verbundenen Veränderungsprozesse als sehr kraftraubend wahrgenommen, wobei die digitale Umstellung der verwaltungsorganisatorischen Prozesse von den Leitungskräften meist als deutliche Arbeitserleichterung empfunden wird.

Zusammenfassende Einschätzungen

Der Sozialsektor Kreis Siegen-Wittgenstein mit seinen tagtäglich erbrachten sozialen Leistungen gilt als selbstverständlicher Bestandteil der sozialen Infrastruktur und der kommunalen Daseinsvorsorge. Vielfach werden soziale Dienste nur in Bezug auf einzelne Angebote, ihre Leistungen und Kosten gesehen. Es mangelt aber an der Wahrnehmung des kommunalen Sozialsektors als Gesamtbereich, um dessen tatsächliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Raum angemessen einschätzen bzw. wertschätzen zu können. Dies ist wohl nicht zuletzt auch auf Defizite in den Kommunalstatistiken zurückzuführen. Auch bei den Akteuren des Sozialsektors selbst mangelt es an Bewusstsein für Gemeinsamkeiten und gemeinsame Interessen über die einzelnen Arbeitsfelder hinweg. Zudem existiert möglicherweise auch eine gewisse Zurückhaltung bei den Akteuren des Sektors, finanzielle Aspekte sozialer Dienste und Einrichtungen öffentlich zu diskutieren.

Der Sozialsektor im Kreis Siegen-Wittgenstein sah sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten damit befasst, sozialpolitische Ausbauprogramme umzusetzen. Damit reagierten staatliche Akteure auf gesellschaftliche Demokratisierungs- und Modernisierungsprozesse, die eine Ausdifferenzierung der sozialen Unterstützungssysteme – insbesondere im Bereich der familiären Care-Arbeit und des Erziehungswesens – erforderlich machten. Die in dieser Untersuchung dokumentierten Ausbauaktivitäten der vergangenen Jahre – etwa in der Kindertagesbetreuung, den Hilfen zur Erziehung, der Pflege oder der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen – waren mit einer enormen

Kraftanstrengung verbunden, sowohl verwaltungsseitig als auch insbesondere auf Seiten der Anbieterorganisationen. Die berufliche Sozialisation der Leitungskräfte ist unter den Bedingungen des kontinuierlichen Wachstums des Sozialsektors erfolgt. Dies befördert ein Denken im ‚Wachstums-Modus‘: Der Ausbau und das Wachstum der eigenen sozialen Dienstleistungsorganisation wurden zum zentralen Erfolgskriterium für gelingendes Leitungshandeln und Management. Gleichzeitig wurden konzeptionelle Umbauprozesse zugunsten der Ausbauprogramme eher vernachlässigt. Diese Zusammenhänge wurden in der einschlägigen Fachdiskussion zur Entwicklung sozialer Dienste bisher nicht angemessen wahrgenommen.

Es erscheint zudem erforderlich, den Diskurs zur Ökonomisierung des Sozialsektors in Bezug auf Gründe und Formen von Verbetriebswirtschaftlichung und Vermarktlichung differenzierter zu betrachten. Die Ökonomisierung sozialer Dienste lässt sich nicht nur auf eine managerialistische Übernahme neoliberaler Ideologie zurückführen. Vielmehr wäre der umfassende Ausbau des Sozialsektors ohne den gezielten Rückgriff auf betriebswirtschaftliches Know-How kaum zu bewältigen gewesen.

Die Unterschiede zwischen den freigemeinnützigen und privatgewerblichen Dienstleistungsorganisationen beziehen sich weniger auf die Gestaltung der betriebsinternen Abläufe als auf das Verhältnis zu anderen Anbieterorganisationen und zur kommunalen Selbstverwaltung. Die Beteiligung der privatgewerblichen Dienste in örtlichen Beratungs- und Entscheidungsgremien ist faktisch nicht gegeben und ist auch nicht Teil des Selbstverständnisses der Leitungskräfte in den privaten Sozialunternehmen. „Umgekehrt wird ein entsprechendes Engagement seitens der Politik und Verwaltung auch nicht aktiv eingefordert, und sein Ausbleiben wird seitens der Freien Wohlfahrtspflege nicht kritisch hinterfragt. Insgesamt entstand der Eindruck eines weiterhin wirksamen korporatistischen Arrangements im kommunalen Raum, in dem Freie Wohlfahrtspflege und Verwaltung weitgehend unter sich bleiben. Es spricht vieles dafür, dass der Sozialsektor in naher Zukunft mit den Auswirkungen einer Austeritätspolitik konfrontiert wird. Der erreichte Ausbaustand der örtlichen Systeme sozialer Dienste ist zweifellos eine soziale Errungenschaft. Diese bisher feste Annahme, dass soziale Dienste als Teil kommunaler Infrastruktur selbstverständlich bereitstehen, kann in der sich abzeichnenden verschärften Krisenzeit brüchig werden. In dieser Situation bedarf es eines Sozialsektors, der mit Selbstbewusstsein ausgestattet ist und über gesellschaftlichen Rückhalt verfügt. Erforderlich sind auf Seiten der Akteure in allen Teilen des Sektors weitere Anstrengungen zur Stärkung der Legitimation erreichter Standards. Dazu gehört die Offenheit für kritische Analysen und die Bereitschaft zu einer innovationsorientierten Weiterentwicklung der sozialen Dienstleistungsangebote.

Die Zieldimensionen für die weitere Entwicklung liegen in Anlehnung an §17 SGB I in einer zeitgemäßen, verlässlichen sozialen Infrastruktur, die auskömmlich finanziert ist. Diese Entwicklungsaufgaben erfordern gerade in schwierigen Zeiten Menschen mit Tatkraft, Kreativität und unternehmerischem Innovationsgeist. Zwar heißt es „Not macht erfinderisch!“, doch meist trifft das Gegenteil zu. Die Umsetzung politischer Programme im Sozialsektor setzt eine hinreichende Finanzierung als zentrale Voraussetzung voraus. Eine ausreichende Finanzierung ist jedoch keineswegs ein Garant für Innovationen – insbesondere dann nicht, wenn damit Veränderungen verbunden sind, die in bestehende Strukturen eingreifen. Es braucht vielmehr eine Innovationskultur vor Ort, die insbesondere bei Leitungskräften Mut, Rückhalt und Zutrauen fördert, neue Schritte zu gehen. Dazu trägt nicht zuletzt eine lebendige Diskussion über fachliche und sozialwirtschaftliche Fragen bei.

Literatur

- Backhaus-Maul, H., Heinze, R. G., & Strünck, C. (2024). Organisationale Atrophie? Größenwachstum und Substanzverlust in der Freien Wohlfahrtspflege. *Soziale Arbeit*, 73(12), 452–461. <https://doi.org/10.5771/0490-1606-2024-12-452>
- Brettschneider, A., Grohs, S., & Jehles, N. (Hrsg.). (2024). *Handbuch kommunale Sozialpolitik* (S. 1–15). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-38616-0_12-1
- Evers, A., & Ewert, B. (2010). Hybride Organisationen im Bereich sozialer Dienste: Ein Konzept, sein Hintergrund und seine Implikationen. In T. Klatetzki (Hrsg.), *Soziale personenbezogene Dienstleistungsorganisationen* (S. 103–128). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92474-8_4
- Heinze, R. G., Schmid, J., & Strünck, C. (1997). Zur politischen Ökonomie der sozialen Dienstleistungsproduktion: Der Wandel der Wohlfahrtsverbände und die Konjunkturen der Theoriebildung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 49(2), 242–271.
- Hohendanner, C., Rocha, J., & Steinke, J. (2024). *Vor dem Kollaps!? Beschäftigung im sozialen Sektor: Empirische Vermessung und Handlungsansätze*. De Gruyter. <https://doi.org/10.1515/9783110748024>
- Industrie- und Handelskammer Siegen. (2025). *IHK-Bezirk – Überblick in Zahlen*. https://www.ihk-siegen.de/fileadmin/user_upload/UEberblick_in_Zahlen_2025.pdf
- Kreis Siegen-Wittgenstein. (2025). *Pflegebedarfsplan 2025 nach § 7 APG NRW für den Kreis Siegen-Wittgenstein*. (Lokale Datei, kein öffentlicher Link verfügbar.)
- Landesdatenbank NRW. (2023). *Kommunalprofil Kreis Siegen-Wittgenstein*. <https://www.it.nrw/sites/default/files/kommunalprofile/I05970.pdf>
- Langer, A., Eurich, J., & Güntner, S. (2018). *Innovation sozialer Dienstleistungen: Ein systematisierender Überblick auf Basis der EU-Forschungsplattform INNOSERV*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-05122-8>
- Lutz, R. (2011). *Das Mandat der sozialen Arbeit*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schneiders, K., & Heinze, R. G. (2024). Wohlfahrtsverbände als Akteure kommunaler Sozialpolitik. In A. Brettschneider, S. Grohs, & N. Jehles (Hrsg.), *Handbuch kommunale Sozialpolitik* (S. 1–15). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-38616-0_12-1

5.9 Spannungsfelder in der Zusammenarbeit mit Eltern im Feld der Autismus-Therapie

Julia Tierbach

Einleitung

Der vorliegende Beitrag diskutiert die Elternarbeit bzw. die Zusammenarbeit mit Eltern im Feld der Autismus-Therapie. Seinen Ausgangspunkt nimmt dieser inhaltliche Schwerpunkt in der Dissertationsstudie „Das Ringen um Teilhabe – Rekonstruktionen der Teilhabe von Menschen mit Behinderung im Allgemeinen und aus dem Feld der Autismus-Therapie im Besonderen“¹². Fokussiert wird ein Verständnis von Autismus-Therapie, wie es vom Bundesverband autismus Deutschland e. V. grundgelegt wird – weswegen auch nur autismustherapeutische Einrichtungen betrachtet werden, die eine Mitgliedschaft zum Bundesverband aufweisen. Im Vordergrund der Studie steht die Bedeutung der Teilhabe im Feld der Autismus-Therapie. Dem Forschungsinteresse geht die Erkenntnis voraus, dass die Kategorie der Teilhabe einen wichtigen Bezugspunkt für das autismustherapeutische Feld und seine Ausrichtung darstellt (autismus Deutschland e. V. 2017, S. 6), jedoch bleiben die Auseinandersetzungen zur Bedeutung von Teilhabe abstrakt und verlaufen wenig diskursiv. Aufgaben und Ziele werden über die Bezugnahme auf Teilhabe beschrieben und eine „teilhabeorientierte Haltung“ (Rittmann 2020, S. 128) hervorgehoben – jedoch wird nicht darauf eingegangen, wie und vor welchem Hintergrund die Angemessenheit der anvisierten Teilhabe sowie des damit verbundenen pädagogischen Handelns beurteilt werden kann (Dederich 2018, S. 153).

Im Rahmen der Studie wurden narrative Interviews (Rosenthal 2015) mit insgesamt zwölf autismustherapeutischen Fachkräften geführt und mittels der Dokumentarischen Methode (Bohnsack 2017) ausgewertet. Die Auswertung zeigt auf, dass die Bedeutung von Teilhabe in der autismustherapeutischen Praxis u. a. mit der Zusammenarbeit mit den Eltern der autistischen Adressat:innen verknüpft wird. Durch die rekonstruktive Auswertung wird deutlich, dass die Bezugnahme auf die Eltern nicht die ausschlaggebende Handlungsorientierung (Nohl et al. 2015) der autismustherapeutischen Fachkräfte abbildet, sondern das damit hervorgebrachte Spannungsfeld. Dieses bezieht sich darauf, dass die Erwartungen zwischen den autismustherapeutischen Fachkräften und den Eltern hinsichtlich der Gestaltung der Zusammenarbeit sowie des Vorgehens in der Autismus-Therapie divergieren. Hierdurch werden Aushandlungsprozesse auf verschiedenen Ebenen erforderlich, die die Fachkräfte in unterschiedlichen Modi bewältigen. Der vorliegende Beitrag geht diesem Spannungsfeld nach, indem zunächst eine literaturbasierte Verortung der Zusammenarbeit mit Eltern in der Autismus-Therapie erfolgt. Nachdem der methodische Rahmen skizziert wird, werden die rekonstruierten Handlungsorientierungen zweier Fälle dargestellt. Abschließend werden die Ergebnisse vor dem Hintergrund erziehungswissenschaftlicher Forschung zu Elternschaft und der Zusammenarbeit mit Eltern mit Fokus auf Erkenntnissen aus der Kindheitspädagogik (Betz & Bischoff 2018; Jergus et al. 2018; Bischoff-Pabst 2020) diskutiert.

¹² Die Dissertation wird 2026 unter dem benannten Titel im Psychosozial-Verlag in der Reihe „Dialektik der Behinderung“ veröffentlicht.

Zusammenarbeit mit Eltern in der Autismus-Therapie

Obwohl Autismus-Therapie-Zentren als „autonome Einrichtungen“ (Lange et al. 2017, S. 26) mit eigenen Schwerpunktsetzungen und Profilen agieren, formuliert das Angebot der Autismus-Therapie ein übergreifendes Ziel:

„Autismusspezifische Therapiemaßnahmen in spezialisierten Autismus-Therapie-Zentren zielen darauf ab, die soziale Inklusion von Menschen mit der Behinderung Autismus zu verbessern, deren Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aufgrund einer Autismus-Spektrum-Störung stark beeinträchtigt sind. Generelles Ziel der Maßnahme umfasst die Aspekte Betreuung, Befähigung und Begleitung“ (autismus Deutschland e.V. 2020, S. 1).

Um dieses Ziel zu verfolgen, wird „das Umfeld der Klient:innen ausdrücklich“ (Fachgruppe Therapie 2022, S. 36) miteinbezogen. Dies gilt für ein erweitertes Verständnis des sozialen Umfeldes, aber vor allem auch für die Familien von Adressat:innen, die mitunter „[i]m Mittelpunkt [des] professionellen Denkens und Handelns stehen“ (autismus Deutschland e. V. 2017, S. 6). Nachgehend werden fachwissenschaftliche Auseinandersetzungen des Bundesverbandes autismus Deutschland e. V. herangezogen, um sich der Zusammenarbeit mit Eltern im Feld der Autismus-Therapie anzunähern. Der Bundesverband nimmt eine hervorgehobene Rolle ein, weil er zeithistorisch relevante Fragestellungen behandelt und auf Menschen im Autismus-Spektrum transferiert (Schwarz 2020, S. 45). Er ist so an der „Geschichte des Autismus“ (ebd.) und den dazu herrschenden Diskursen beteiligt, wodurch ein spezialisiertes Wissen über ihn (re-)produziert wird. Die Ausführungen nehmen dabei die Gestalt eines Common Sense an. Als Eigendarstellungen der Vertreter:innen des Bundesverbandes autismus Deutschland e.V. umfassen sie bewusste Äußerungen von Motiven und Intentionen (Bourdieu 1996, S. 269f.). Indem insbesondere die Bezugnahmen auf Eltern fokussiert werden, werden Erkenntnisse zur Logik des Feldes hinsichtlich der Gestaltung der Zusammenarbeit mit ihnen generiert.

Für eine systematische Einordnung der nachfolgenden Ausführungen wird das Verhältnis zwischen autistischemtherapeutischen Fachkräften und Eltern zunächst aus feldtheoretischer Perspektive betrachtet (Bourdieu & Wacquant 1996). Hieran knüpft Bourdieus Differenzierung zwischen Laien und Professionellen eines Feldes an, mit der die Zugehörigkeit zu einem Feld angezeigt wird (Bourdieu 2014, S. 316ff.). Autistischemtherapeutische Fachkräfte nehmen hierbei die Rolle der feldzugehörigen Professionellen ein. Sie verfügen über Kenntnisse der feldeigenen Problematiken und wissen, was im Feld auf welche Art und Weise er- sowie anerkannt und bearbeitet wird (Bourdieu 1993, S. 111f.). Ausschlaggebend hierfür ist der Habitus, der sich in der Dialektik zwischen objektiven (Feld-)Strukturen und subjektiven Erfahrungen bildet (Bourdieu 2020). Er fungiert so als strukturierte und strukturierende Struktur, die durch die „Wahrnehmungs-, Handlungs- und Denkschemata“ (ebd., S. 101) der Professionellen verkörpert wird. Eine auf die objektiven Strukturen abgestimmte Praxis wird so ermöglicht, ohne dass eine bewusste Abstimmung erfolgen muss (ebd., S. 98f.). Den autistischemtherapeutischen Fachkräften als Professionellen wird somit zugesprochen, die Regeln des Feldes implizit zu beherrschen (Bourdieu 1993, S. 112f.). Ihnen kommt das „Monopol“ (Bourdieu 2013, S. 107) zu, die legitimen Sichtweisen des Feldes zu besitzen und sie durchzusetzen.

„Der Hoheit der Professionellen obliegt somit auf der einen Seite die Deutungsmacht über die Ausgestaltung der legitimen Normen und Praktiken, als auch auf der anderen Seite die Entscheidung darüber, wer als Professioneller im Feld anerkannt wird und wer zu den Laien gezählt wird und somit keine Deutungsmacht zugesprochen bekommt“ (Gromala 2019, S. 38).

Obgleich die Laien als diejenigen gelten, die diese Kenntnisse nicht teilen, können soziale Felder wie das „Feld der Hilfe“ (Lorenzen & Zifonun 2012) nicht unabhängig von ihnen agieren. Am deutlichsten wird dies dann, wenn die feldtypischen Probleme nur in Zusammenarbeit mit den sogenannten Laien bearbeitet werden können. Hierunter fallen die Adressat:innen eines Feldes, aber auch deren Angehörige sowie Eltern, wenn diese – wie oben bereits skizziert – einen Bestandteil des professionellen Handelns darstellen. Sie sind daher keine „feldexternen Größen“ (ebd., S. 102), sondern üben ein „grundlegendes Gewicht auf handlungspraktischer Ebene“ (ebd.) aus. Inwiefern dieses ambivalente Verhältnis zwischen autismustherapeutischen Fachkräften als Professionellen und Eltern als Laien im Feld zutrifft, kann im Hinblick auf den changierenden Expert:innenstatus von Eltern verdeutlicht werden. Den Eltern wird einerseits die Position als Laien zugewiesen (Rickert-Bolg 2020, S. 66), was sich darin abbildet, dass sie über Autismus als auch über die Bedeutung verhaltenstherapeutischer Ansätze aufgeklärt und angeleitet werden müssen (Arens-Wiebel 2017, S. 33; Rittmann 2017, S. 69). Sie „sind [...] in der Regel keine Autismusexperten“ (Rittmann 2020, S. 129), gelten jedoch als Expert:innen ihrer Kinder (ebd.). Indem sie u. a. als eine tragende „Säule“ (ebd., S. 127) innerhalb der autismustherapeutischen Praxis adressiert werden, wird ihr feldkonstitutiver Status hervorgehoben. Dies gilt vor allem für die Beratung und Anleitung von Eltern, die darauf abzielt, dass sie die bewährten Methoden und Ansätze zu Teilen übernehmen und ebenfalls umsetzen.

„Idealerweise entsteht auf diese Weise ein Arbeitsbündnis, das die Kräfte hinsichtlich einer guten Entwicklungsförderung des Kindes bündelt. Jeder Part gibt aus seiner Expertenposition seine Kenntnisse und seine Kraft hinein, beide Teile profitieren vom jeweils anderen: vom besonderen Wissen, das auf der großen Nähe zum Kind basiert (Eltern), bzw. von ihrem Wert, der sich aus dem Fachwissen und der professionellen Distanz zur Familie ergibt“ (Rittmann 2020, S. 129).

Dadurch wird eine Art des Abhängigkeitsverhältnisses auf beiden Seiten geschaffen und auf die Förderung der autistischen Adressat:innen projiziert. Die Zusammenarbeit orientiert sich daran, mit Eltern gemeinsam „Strategien für eine lebenspraktische Förderung“ (Arens-Wiebel 2017, S. 39) zu erarbeiten. Jedoch bedeutet dies für Eltern als Laien auch, dass sie sich auf die Professionellen, deren Deutungen und Vorgehensweisen einlassen müssen. Den autismustherapeutischen Professionellen kommt wiederum die Aufgabe zu, „mit den Eltern ihre Rolle und das rechte Maß ihres Förderengagements zu reflektieren“ (Rittmann 2017, S. 68). Sie bewerten somit die Angemessenheit der Eltern als ‚Fördernde‘ bzw. wie Eltern „verhaltenstherapeutisches Wissen in die Erziehung ihres autistischen Kindes angemessen einfließen lassen können“ (ebd., S. 69). Somit eröffnet sich auch hier ein ambivalentes Verhältnis: Einerseits sollen Eltern als Laien angeleitet werden, um die als legitim durchgesetzten Vorgehensweisen der autismustherapeutischen Professionellen im Sinne der Förderung ihrer Kinder zu übernehmen. Andererseits kommt den Professionellen die Position zu, das ‚angemessene Maß‘ hiervon einzuschätzen.

Ein weiterer relevanter Bereich in der Zusammenarbeit mit Eltern bezieht sich auf die Bedeutung der Aufklärung. Das spezialisierte Wissen der autismustherapeutischen Fachkräfte über Autismus (Rittmann & Rickert-Bolg 2017, S. 11) weist sie als Professionelle aus, denen eine Deutungsmacht über ihre Adressat:innen hinsichtlich der interpretierten „autistischen Problematik“ (Arens Wiebel 2017, S. 38) zukommt. Mögliche Schwierigkeiten zwischen Eltern und ihren Kindern im Autismus-Spektrum werden darauf zurückgeführt, dass die Eltern dieses Wissen nicht teilen. Konflikte werden bearbeitet, indem die Eltern aufgeklärt werden.

„Eine derart komplexe Störung erfordert eine gute Information der Bezugspersonen über die Ursachen und Auswirkungen der Autismus-Spektrum-Störung. Nur so können sie verstehen, warum das Kind sich in einer bestimmten Art und Weise verhält. Sie können dann auch nachvollziehen, warum es notwendig, aber auch sinnvoll ist, den Umgang mit dem Kind in einer veränderten, hilfreichen Art zu gestalten“ (Arens-Wiebel 2017, S. 33).

Es besteht somit die Annahme, dass eine professionelle Aufklärung über Autismus für ein besseres Verständnis sorgt und somit zu einem ‚veränderten‘ Umgang mit Kindern im Autismus-Spektrum beiträgt. Schwierigkeiten von Eltern, die „bestimmte Erkenntnisse nicht umsetzen können“ (Rittmann 2017, S. 68), werden auf Basis der gemeinsamen Suche nach den Gründen hierfür gelöst. Um der Aufklärung, Beratung und Anleitung von Eltern nachzukommen, werden Elterntrainings, Elternprogramme oder auch Elterngruppen im Feld angeboten (Lamaye 2020). Gleichzeitig wird hervorgehoben, die Eltern in ihren Bedürfnissen und Belangen ernst zu nehmen (Eberhardt 2020). Wichtig hierfür ist ein Verständnis für die Situation von Eltern, für ihre Bewältigungs- und Verarbeitungsprozesse zu generieren (ebd.).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die bisherigen Ausführungen in Form des Common Sense eine intendierte Darstellung des Feldes hinsichtlich der Zusammenarbeit mit Eltern abbilden. Diese zeichnet sich vor allem durch eine unterstützende und beinahe partnerschaftliche Zusammenarbeit aus, die sowohl die Begleitung der Eltern als auch die Förderung der Adressat:innen fokussiert. Das feldtheoretisch skizzierte Verhältnis zwischen Professionellen und Laien wird dabei nicht problematisierend hervorgehoben. Eltern werden als Expert:innen ihrer Kinder adressiert und in ein Arbeitsbündnis eingebunden – gleichzeitig bleibt die Deutungsmacht über das angemessene Vorgehen bei den Professionellen. Gleichwohl müssen zwei Aspekte kritisch hinterfragt werden: Erstens ist zu fragen, inwiefern diese Eigendarstellungen aus dem Feld auch abbilden, wie Praxis tatsächlich hervorgebracht wird – oder ob sich in den Handlungsorientierungen der Fachkräfte Spannungsfelder zeigen, die im Common Sense nicht thematisiert werden. Zweitens ist zu fragen, inwiefern Erkenntnisse aus der erziehungswissenschaftlichen Forschung zu Konflikten im Zuge der sogenannten Erziehungs- und Bildungspartnerschaft (Betz 2015) oder der verantworteten Elternschaft (Landhäußer 2020) in der autistumstherapeutischen Praxis relevant sind, aber nicht aufgegriffen werden. Diesen beiden Aspekten wird im Folgenden nachgegangen: zunächst empirisch anhand der Rekonstruktion zweier Fälle, anschließend diskursiv mit Rückgriff auf erziehungswissenschaftliche resp. kindheitspädagogische Perspektiven.

Rekonstruierte Handlungsorientierungen im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Eltern

Die nachfolgenden Interviews sowie Rekonstruktionen entstammen der in der Einleitung genannten Dissertationsstudie. Im Zentrum der Studie steht die Frage nach der Bedeutung von Teilhabe im Feld und in der Praxis der Autismus-Therapie. Hierfür wurden zwölf narrative Interviews (Rosenthal 2015) mit autistumstherapeutischen Fachkräften aus verschiedenen Einrichtungen geführt, die eine Mitgliedschaft zum Bundesverband autismus Deutschland e. V. aufweisen. Die exemplarische Darstellung von zwei Fällen erweitert die bisherigen feldbezogenen Ausführungen, die sich noch auf der Ebene der Eigendarstellungen bewegen. Um den „Bruch mit den Vorannahmen des Common sense“ (Bourdieu 1996, S. 287, Herv. i. O.) zu ermöglichen, wird der Blick auf die Handlungsorientierungen der autistumstherapeutischen Fachkräfte gelenkt. Der Begriff der Handlungsorientierung bezieht sich auf einen spezifischen Ausschnitt von Praxis (Nohl et al. 2015, S. 26), der „vor dem Hintergrund eines weitgehend stabilen Habitus“ (ebd., S. 257) stattfindet.

Die Auswertung erfolgt entlang der Dokumentarischen Methode, die auf den methodologischen Grundlagen der Praxeologischen Wissenssoziologie fußt. Angenommen wird eine „notorische Diskrepanz“ (Bohnsack 2017, S. 51) zwischen vorherrschenden Regeln, Erwartungen und Normen einerseits und dem modus operandi der Praxis andererseits. Um rekonstruieren zu können, wie die Bewältigung dieser Diskrepanz erfolgt, wird sie in eine erkenntnisleitende Differenz reformuliert. Diese Differenz knüpft an der unterschiedlichen Sozialität von Wissen an – also nicht nur an unterschiedlichen Wissensbeständen, sondern an unterschiedlichen Logiken des Wissens und seiner Konstitution (ebd., S. 104). Während sich die propositionale Logik in einem kommunikativen Wissen über theoretisierende Konstruktionen äußert und somit „die exterior erfahrenen“ (ebd., S. 20) Normen und Regeln betrifft, zeichnet sich die performative Dimension des konjunktiven Wissens darüber aus, implizit zu sein. Als habitualisiertes Wissen vollzieht sich seine performative Logik im „handlungspraktischen [...] Vollzug“ (ebd., S. 143), wodurch ein Zugang zum modus operandi geschaffen wird. Hinzu kommt, dass das konjunktive Wissen auf die primordiale Sozialität des Kollektiven verweist (ebd., S. 35). Die beiden Wissensformen stehen in Relation zueinander, wobei das damit verbundene Spannungsverhältnis über die praxeologische Rekonstruktion zu erschließen ist und nicht von vornherein angenommen werden kann. Die Bewältigung dieses Spannungsverhältnisses wird im Orientierungsrahmen im weiteren Sinne gefasst. Er stellt den Rahmen dar, in dem Aushandlungsprozesse zwischen objektiven Strukturen – also Rollenerwartungen, Normen und Regeln – und habitualisierten Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsmustern stattfinden (ebd., S. 103ff.). Wesentlich hierfür ist, dass der Orientierungsrahmen einen konjunktiven Erfahrungsraum darstellt: Akteur:innen aus sozialisatorisch ähnlich gelagerten gesellschaftlichen, organisations- oder feldspezifischen Zusammenhängen teilen habitualisierte Dispositionen und somit auch, wie sie Praxis in diesem Rahmen generieren (Kramer 2023, S. 90).

Die methodische Operationalisierung in einzelne Schritte führt zu einer Interpretation, die einen Wechsel der Analyseeinstellung vom Was zum Wie verfolgt (Bohnsack 2017, S. 59). Die reflektierende Interpretation von ausgewählten Sequenzen stellt dabei den entscheidenden Schritt dar:

„Es gilt das, was thematisch wird und als solches Gegenstand der formulierenden Interpretation ist, von dem zu unterscheiden, wie ein Thema, d. h. in welchem (Orientierungs-)Rahmen oder nach welchem Modus Operandi es behandelt wird, was sich in dem Gesagten über die Gruppe oder das Individuum dokumentiert“ (Bohnsack & Nohl 2013, S. 325).

Indem Sequenzen der einzelnen Fälle in der komparativen Analyse verglichen werden, können fallspezifische sowie fallübergreifende Homologien rekonstruiert werden, die auf einen geteilten Orientierungsrahmen schließen lassen (Bohnsack 2017, S. 78ff.). Dieser gibt darüber Aufschluss, wie sich die Praxis der Befragten strukturiert, woran sie sich dabei orientieren, und offenbart somit auch habitualisierte Deutungs- und Interpretationsmuster.

Die nachfolgenden Fälle und Interviewpassagen werden gewählt, da sie die Bedeutung von Teilhabe vor allem im Rahmen der Zusammenarbeit mit Eltern verhandeln. Dabei ist nicht nur der kommunikative Gehalt der Bezugnahmen auf Eltern relevant, sondern vor allem, wie sich diese gestalten und welche Orientierungen daraus ersichtlich werden. Deutlich wird, dass die divergierenden Erwartungen zwischen autismustherapeutischen Fachkräften als Professionellen und Eltern als sogenannten Laien das ausschlaggebende Kriterium der Handlungsorientierungen sind. Die Erwartungen beziehen sich auf die Vorstellungen der Zusammenarbeit, ihrer Intensität und Regelmäßigkeit sowie der Gestaltung der Autismus-Therapie und ihrer Ziele. Die Divergenz zwischen den Erwartungen macht einen Aushandlungsprozess aufseiten der autismustherapeutischen Fachkräfte notwendig, der wiederum auf ihren habitualisierten Interpretationsschemata beruht.

Aushandlung von elterlichen Erwartungen

Die Orientierungen des Falls Gelb fokussieren die Aushandlungen von Erwartungen, die von den Eltern an Gelb herangetragen werden. Dies betrifft insbesondere Erwartungen an die Normalisierung ihrer Kinder, die auch an das Angebot der Autismus-Therapie gestellt werden.

I: Mir geht es um die Frage von Teilhabe innerhalb der Therapie: e. W-wo ist das wichtig, wann kommt das auf? Und- ja, vielleicht wollen Sie einfach mal starten, mir von einer Situation erzählen, wo Sie sagen, da war das irgendwie wichtig, mit der Teilhabe.

Gelb: ja (2). Ähm, ich glaube generell ist dieses Wort Teilhabe ganz oft bei den- bei den Eltern unserer Klienten gar nicht so präsent, sondern ähm. Die meisten kommen hier her und sagen oh Gott, mein Kind hat Autismus, was ist das?

I: mhm.

Gelb: Da geht es dann eher um eine Art von (.) ja- Aufklärung oder auch um, wie kriegt man das weg. Das ist ganz häufig so eher der Einstieg ähm.

Bei dieser Passage handelt es sich um die Eingangssequenz und somit den Einstieg in das Interview. Die Frage der Interviewerin zielt auf die Teilhabe innerhalb der Autismus-Therapie ab, wodurch bereits eine Eingrenzung erfolgt. Es wird dazu aufgefordert, von einer konkreten Situation zu erzählen, in der Teilhabe für Gelb wichtig ist. Gelb antwortet mit einer doppelten Ausweichbewegung – sie geht nicht auf eine konkrete Situation im Kontext der Autismus-Therapie von ihr ein, dafür auf die Eltern ihrer Adressat:innen. Sie geht nicht darauf ein, wo Teilhabe wichtig ist, sondern was stattdessen für die Eltern im Vordergrund steht. Dies wird durch ein alarmiertes „oh Gott“ eingeführt, das sich auf eine Dringlichkeit und Unwissenheit der Eltern bezüglich der Autismusdiagnose ihres Kindes bezieht. Die Bedeutung der Diagnose Autismus wird somit bereits zu Anfang des Interviews als Faktor dafür eingeführt, dass die Orientierungen zwischen Gelb und den Eltern auseinandergehen könnten. Daran knüpft der von Gelb interpretierte Bedarf nach der Aufklärung über Autismus an, den sie sogleich relativiert. Denn den Eltern geht es eher um die Beseitigung des Autismus. Dass der Begriff der Therapie eventuell irreführend sein könnte für Eltern als Laien, die ihn möglicherweise in seiner medizinischen Konnotation begreifen, wird nicht in Erwägung gezogen.

Eine weitere Passage verdeutlicht den Fokus der Eltern auf der Diagnose ihrer Kinder und zeigt auf, inwiefern dies im Gegensatz zu Gelbs Handlungsentwurf steht:

Weil natürlich die meisten hier herkommen und sagen, wir wollen das unser Kind ein normales Leben führen kann und der nächste Schritt ist dann häufig zu gucken, ja was ist denn normal überhaupt? Ähm gerade bei den älteren Klienten ist manchmal so die Akzeptanz der- der Eltern schwierig. Oah, jetzt sitzt der nur zu Hause am Computer und der will gar nicht mehr als acht Stunden in der Werkstatt für Menschen mit Behinderung arbeiten. Dass das aber das selbst gewählte Leben ist und dass das genau die Teilhabe ist, die dieser Mensch sich ausgesucht hat und da auch gar kein Leidensdruck zum Beispiel ist, ähm da geht es dann in unserer Arbeit wieder um ein bisschen Aufklärung bei den Eltern. Bisschen verständlich machen, das ist nicht ihre Vorstellung von Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, aber das ist die Vorstellung ihres Kindes- ihres Kindes mit Autismus. Und wir können uns nicht vorstellen, was daran so erfüllend und toll ist. Aber (2) es ist nun mal so, wie es ist. Und da auch so bisschen für Akzeptanz zu sorgen.

Mit der Einleitung, dass die Eltern „natürlich erst mal hier her kommen“, könnte Gelb einerseits ihr Verständnis für die Intention der Eltern aufzeigen. Gleichzeitig kann dies auch einen Hinweis darauf geben, dass es sich um eine sich wiederholende Situation aus ihrer Praxis handelt, die sie exemplarisch beschreibt. Was von Gelb dargestellt wird, ist ein Aushandlungsprozess zwischen den Erwartungen daran, was im Rahmen der Autismus-Therapie umgesetzt bzw. von Gelb geleistet werden kann und soll. Dabei steht die Erwartung nach der Herstellung von Normalität in Bezug auf das Leben des autistischen Kindes durch Gelb im Widerspruch zu deren Handlungsorientierung. Durch ihre Betonung auf den Begriff ‚normal‘ deutet sie eine dekonstruktive Sichtweise auf vorherrschende Normkonstruktionen an. Anschließend wird ein Beispiel aus Perspektive der Eltern geschildert. Es handelt sich um die kurze Illustration einer generalisierten Szene, die möglicherweise typisch für Gelbs Praxis ist. Die Altersspanne bleibt offen, es geht um einen „älteren Klienten“. Dies deutet darauf hin, dass Gelbs Klientel oftmals auch jünger sein könnte, wodurch wiederum die Zusammenarbeit mit Eltern in ihrer Relevanz für die alltägliche Praxis von Gelb steigt. Gleichzeitig sind die Eltern in der aufgeführten Passage weiterhin involviert und beschweren sich bei Gelb über die Situation in ihrem Haushalt mit ihrem Kind, an dessen Lebensführung sie andere Erwartungen stellen. Gelb kontert damit, dass es sich um das „selbst gewählte Leben“ und eine ‚ausgesuchte Teilhabe‘ ihres Adressaten handelt, was daran ersichtlich ist, dass „kein Leidensdruck“ vorherrscht. Inwiefern bewertet werden kann, wie selbst gewählt die Aktivitäten und Teilhabe sind oder inwiefern es keine Alternativen gibt, wird nicht elaboriert. Die Argumentation zielt nämlich darauf ab, dass es in der Praxis von Gelb erneut um die Aufklärung der Eltern geht. Diese Aufklärung soll wiederum zur Akzeptanz ihrer Kinder und deren Autismusdiagnose beitragen. Der hiermit präsentierte Handlungsentwurf ihrer Tätigkeit wird aus einer kollektivierten Sicht eingeführt („da geht es dann in unserer Arbeit wieder um ein bisschen Aufklärung bei den Eltern“). Dadurch wird die Positionierung von Gelb als professionelle Fachkraft im Feld ermöglicht, der eine Deutungsmacht zukommt. Es wird offenbart, dass die Aufklärungsarbeit der Eltern eine Konstante der beruflichen Praxis bildet – sie ist Teil der zu verrichtenden Arbeit, um die es „wieder“ geht. Auch in den von Gelb als belastend erlebten Situationen, in denen Eltern sich beschweren oder keine Akzeptanz aufbringen können, hält Gelb an der Sinnhaftigkeit ihrer Aufklärungsarbeit fest. Die Logik von Gelb schließt sich den Ausführungen in Kapitel 2 an, in der die Schwierigkeiten von Eltern vor allem daher zu rühren scheinen, dass sie Autismus und dadurch ihre Kinder nicht verstehen und eine andere Sichtweise hätten, wenn sie aufgeklärt wären. In der beschriebenen Szene zielt die Aufklärung darauf ab, Eltern zu vermitteln, dass „wir uns das nicht vorstellen können, warum das so erfüllend und toll ist“. Das Wir ist in diesem Falle auf Gelb und die Eltern bezogen – denn sie haben keinen Autismus, „ihr Kind – ihr Kind mit Autismus“ jedoch schon. Gelb ergänzt sich selbst um die Zuschreibung „Kind mit Autismus“, wodurch ein verstärkter Appell an die Eltern gerichtet wird. Die Attribution ‚Autismus‘ erhält so ein Momentum, das die Bedeutung der Akzeptanz des eigenen Kindes einerseits hervorhebt, andererseits die Bedeutung von bzw. Sichtweise auf Autismus als Dreh- und Angelpunkt der Aushandlung zwischen den Erwartungshaltungen betont. Die Aussage „es ist nun mal so, wie es ist“ nimmt dabei einen endgültigen Charakter an. Sie verweist implizit darauf, dass eine Normalisierung des autistischen Adressaten abgelehnt wird und zugleich, dass die Art der Lebensführung auf die Diagnose Autismus zurückgeführt und dadurch festgeschrieben wird. Die anvisierte Dekonstruktion von Normalität mündet somit in einer Naturalisierung, der aber mit Akzeptanz begegnet werden soll.

Ähm (2) viele Eltern kommen mit so einem Verlangen hierher, dass man was tut jetzt gefälligst. Und wir sagen im Erstgespräch klipp und klar, dass der Therapievertrag, den wir schließen mit den Familien beinhaltet, dass wir da sind, um diese Therapie zu gestalten, um anzuleiten. Um auch Tipps für das Umfeld zu geben, um mit dem Kind zu arbeiten. Aber nicht um das Kind in

eine gewisse Form zu pressen, sondern zu gucken, wo braucht das Kind ein bisschen was, um seine Umwelt zu verstehen. Aber wo muss die Umwelt auch verstehen, hey das Kind hat Autismus. Das geht bis hier hin und nicht weiter. So ist es einfach. Und da Verständnis für zu entwickeln.

Die Passage beginnt mit der Anspruchshaltung von Eltern, „dass man was tut jetzt gefälligst“, die Gelb entgegenschlägt. Sie greift mit der Formulierung „hierher“ eine räumliche Verortung auf. Das Wir repräsentiert das Feld in seinen Regeln, die Gelb als feldzugehörige Professionelle verinnerlicht hat. Sie hält sich in der aufgeführten Passage nicht nur an der formalisierten Regel des Therapievertrags fest, sondern sie vertritt auch die dort hinterlegten Ausführungen dazu, wie Praxis zu gestalten und Autismus zu betrachten ist. Deutlich wird, dass der Therapievertrag den zuvor beschriebenen Eltern und deren „Verlangen“ Einhaltung gebieten soll. Der Begriff des Verlangens verweist dabei auf eine Einseitigkeit anstelle einer Wechselseitigkeit, wobei Gelb bzw. die Einrichtung die Rezipientinnen davon sind. Bereits im ersten Gespräch mit den Eltern wird „klipp und klar“ vermittelt, worauf sich die Aufgaben der autismustherapeutischen Fachkräfte beziehen. Erneut wird ein Aushandlungsprozess zwischen den Erwartungen an Gelb sowie an die Autismus-Therapie deutlich, die nicht mit ihren Orientierungen übereinstimmen. Nachdem erläutert wird, wofür „wir da sind“, erfolgt eine Abgrenzung von einem negativen Horizont, der die Erwartungen der Eltern implizit abbildet. Gelb ist demnach nicht dafür da, „um das Kind in eine gewisse Form zu pressen“. In Anschluss an die bereits geschilderte Passage wird hier erneut die Ablehnung einer Normalisierung des autistischen Kindes aufgezeigt und um einen Gegenentwurf ergänzt. Denn stattdessen steht im Vordergrund, die Unterstützung zu gewährleisten, die ein Kind benötigt, „um seine Umwelt zu verstehen“. Hierdurch wird ein professionelles Verständnis von Autismus von Gelb aufgeworfen, das sich auf mögliche Schwierigkeiten in der Verarbeitung oder dem Verständnis der Umwelt bezieht. Der Bezug zur Umwelt wird sodann dadurch erweitert, dass auch sie ihren Teil dazu beitragen muss, indem sie versteht, dass das Kind Autismus hat und darüber eine Grenze der Entwicklung aufgezeigt wird – „das geht bis hier hin und nicht weiter“. Eine Parallele zwischen der Formulierung „so ist es einfach“ und der vorherigen Passage, in dem „es so ist, wie es ist“, wird ersichtlich – in beiden Ausführungen wird die Aushandlung der auseinandergehenden Erwartungen dadurch bewältigt, dass eine Akzeptanz oder ein Verständnis aufseiten der Eltern angeregt werden soll, wodurch die Bedeutung der Aufklärung erneut implizit aufgerufen wird. Diese Akzeptanz begründet sich im von Gelb definierten Ist-Zustand ihrer autistischen Adressat:innen, der in ihren Ausführungen scheinbar aus der Autismusdiagnose resultiert.

Aushandlung von Erwartungen an Eltern

Im Kontrast zu Gelb fokussieren die Orientierungen des Falls Petrol nicht die Erwartungen, die von Eltern an sie herangetragen werden, sondern die Erwartungen, die Petrol an die Eltern richtet.

Petrol: (2) Da wird Teilhabe in meinem Alltag wichtig?

I: Im beruflichen Alltag, ja.

Petrol: (2) @(.).@ (.) Na ja, also das Erste, was bei mir angeht, wenn- als Sie auch gesprochen haben, ja, Teilhabe- Teilhabe ploppen bei mir ganz viel dieses Thema auf, also Eltern.

I: hm ((bejahend))

Petrol: Also das ist als Erstes aufgeploppt, aber auch Schule, KiTa. Ne, also das ist für mich das, was mich immer wieder bewegt, auch in der Arbeit, dass es für mich immer nicht nur darum geht, mit einem Kind oder mit ei- Also ich bin eher im Kindbereich, nicht mit den

Erwachsenen ((klatscht)), nicht mit den Jugendlichen. Ähm nicht mit dem Kind nur zu sitzen und eine Förderung zu machen, sondern dass es immer darum geht, ähm Engagement und Teilhabe eigentlich der Eltern an dem Prozess ((klatscht)) zu haben oder zu bewirken.

Auch diese Passage bildet die Eingangssequenz des Interviews, wobei Petrol – ähnlich wie im Fall Gelb – auf die Bedeutung der Eltern verweist. Diese werden nach einer Denkpause und einem Auflachen als „Thema“ eingeführt, das ihr als erstes „angeht“ bzw. als Thema „aufgeploppt“ ist – sogar schon während der Erzählimpuls formuliert wurde. Sie erweitert das Umfeld, indem sie die Schule und KiTa aufruft. Es ist das, was sie „immer wieder bewegt auch in der Arbeit“. Teilhabe wird so implizit konzipiert als etwas, das nicht individualisierend gedacht werden kann und das Umfeld miteinbezieht. Die Formulierung des Bewegens verleiht der Involviertheit von Petrol Nachdruck. Sie grenzt das Umfeld ihrer autistischen Adressat:innen im Verlauf der Passage wieder ein, indem sie zum Ende erneut auf die Eltern verweist. Zuvor skizziert sie einen negativen Horizont, der aufzeigt, worum es in Petrols Handlungspraxis nicht geht – nämlich „nicht mit dem Kind nur zu sitzen“ und zu fördern. Möglich ist, dass es sich um eine Interpretation von Petrol davon handelt, was die Vorstellungen der Eltern aus Petrols Sicht sein könnten. Es eröffnet sich eine Orientierung, die auf divergierende Erwartungen oder Vorstellungen zur Gestaltung von Autismus-Therapie hinweist. Das Sitzen und Fördern spiegeln dabei ein passives Bild wider, in dem die Praxis von Petrol nur auf das Kind ausgerichtet, unflexibel und räumlich begrenzt ist. Stattdessen strebt sie an, das „Engagement“ der Eltern „an dem Prozess“ zu „bewirken“. Die Bedeutung von Teilhabe wird von Petrol nicht in Bezug auf die Adressat:innen im Autismus-Spektrum aufgeworfen, sondern als Teilhabe der Eltern gerahmt. Es entfaltet sich eine aktivierende Teilhabe- bzw. Partizipationslogik, die auf die Eigeninitiative von Eltern abzielt (Jergus et al. 2018, 9). Die Teilhabe als Engagement der Eltern soll sich auf „den Prozess“ richten, der nicht weiter ausformuliert wird. Es kann angenommen werden, dass mit dem Prozess die Förderung des Kindes im Autismus-Spektrum gemeint ist, die durch die Teilhabe der Eltern im Modus des Engagements und der Eigeninitiative unterstützt wird.

Und ich finde eigentlich fast nur, wenn das im Zusammenspiel fun- also ist oder vonstattengeht ist es wahrscheinlich nur dann nachhaltig. (2) Ähm das sind oft Scheiterpunkte auch. (2) Ähm ne, also man sitzt, also man arbeitet mit dem Kind und, ja, da können die Kinder ihre Schritte gehen und etwas schaffen. Aber wenn von außen wenig kommt an (2) Neugier, Interessenbekundung, äh ich möchte wissen, was Sie da überhaupt machen, ähm ich möchte was im Alltag ausprobieren, ich habe selber Nachfragen für unseren herausfordernden Alltag, können Sie uns da begleiten, da, da, da. Wenn das nicht ((klatscht)) stattfindet, dann ((schnalzt)) stelle ich die Hilfe oft relativ schnell infrage, ob das sinnvoll ist. (2) So.

Petrol beschreibt das Engagement der Eltern als „Zusammenspiel“, das notwendig ist, um „nachhaltig“ zu sein. Die Formulierungen „eigentlich fast nur“ und „wahrscheinlich nur dann“ zeigen Absolutheiten an, an denen sich Petrol vorsichtig herantastet. Diese Vorsicht wird dann jedoch gebrochen, indem sie ein fehlendes Engagement als „Scheiterpunkt“ bezeichnet. Der „Scheiterpunkt“ in Petrols Praxis liegt nicht darin, dass Kinder in der Förderung keine Fortschritte machen, sondern darin, dass diese nicht nachhaltig sind. Die Orientierung an der Nachhaltigkeit ist wiederum mit Petrols Erwartungen an die Eltern verbunden, die die Nachhaltigkeit durch ihre Beteiligung sicherstellen können, indem sie die im Prozess der Förderung erlernten Strategien übernehmen und anwenden oder Interesse daran bekunden. Obwohl es zunächst so scheint, als ob Petrol sich vor allem an den Eltern ihrer Adressat:innen orientiert, zeigt sich in der Trennung eines expliziten Außens und eines impliziten Innens, dass dieses Innen das Zentrum bildet, von dem aus ihre habitualisierten Denk-, Wahrnehmungs- und

Handlungsmuster wirken. Aus diesem Innen heraus werden Erwartungen an das Außen gerichtet. Zugleich zeigt sich hier die Identifikation mit ihrer Position als professionelle Feldzugehörige, die Problematiken von ihrer Position aus sieht und interpretiert. Dadurch wird die Position der Eltern als Laien verstärkt, die im Außen stehen und den Glauben an die Sinnhaftigkeit der von Petrols anvisierten Praxis nicht teilen. Die Erwartungen an das Engagement entfalten sich aus Petrols Sicht in der Neugier der Eltern an dem, was im Innen passiert, und dem Interesse, es selbst auszuprobieren – also dem Bedarf, selbst zu Insidern zu werden. Die fehlende Nachhaltigkeit aufgrund der ebenso fehlenden Beteiligung der Eltern mündet in eine Infragestellung der Sinnhaftigkeit des Angebots auf Basis von Petrols Handlungsorientierungen.

Eine weitere Passage verdeutlicht die Innen-Außen-Logik von Petrol und die damit verbundenen Erwartungen, die ausgehandelt werden müssen:

Und wenn dann @(.)@ sozusagen woanders nichts passiert, die zwei Wochen Urlaub ist jetzt sozusagen wirklich nur als Beispiel, ne. Es geht ja auch darum, auch wenn ich da bin, wenn das in den ganzen Systemen nicht unterstützt wird oder da nichts an Engagement kommt, also da ging es auch darum, dass er trocken wird, dass der keine Windel mehr trägt, das kann ich in einer Einzelförderung nicht machen. Das ist- geht nicht, das funktioniert nur mit (.) dem Außen.

In dieser Passage wird eine Situation beschrieben, in der Petrol im Urlaub ist, wodurch keine Förderung von ihr für das dort benannte Kind erfolgt – „woanders“ aber auch „nichts passiert“ ist. Petrol adressiert die Eltern nicht explizit, umschreibt sie jedoch u. a. mit „woanders“, „den ganzen Systemen“ und „dem Außen“. Die Grenzen der Möglichkeiten von Petrols Praxis sind auch hier an die Beteiligung bzw. das Engagement des Außen gebunden – die Erwartung der Eltern, dass ihr Kind keine Windel mehr trägt, wird mit der Erwartung von Petrol gekontert, dass diese sich beteiligen müssen, weil sie dieses Förderanliegen sonst nicht bearbeiten kann.

Während Gelb die Erwartungen aushandeln muss, die ihr von den Eltern im Hinblick auf die Normalisierung ihrer Kinder entgegengebracht werden, handelt Petrol ihre Erwartung an die Beteiligung bzw. das Engagement der Eltern aus. Beide vereint, dass die Eltern ihrer Adressat:innen als konstitutiv für den Erfolg der eigenen Handlungspraxis gesehen werden – und dass die Diskrepanz zwischen den eigenen Orientierungen und denen der Eltern als Spannungsfeld erfahren wird, das bewältigt werden muss. Gleichzeitig wird in beiden Fällen deutlich, dass Eltern als Laien positioniert werden. Im Fall Gelb müssen sie aufgeklärt werden, um Autismus verstehen und akzeptieren zu können. Im Fall Petrol werden die Eltern als uninteressiert und nicht engagiert genug an den für die Förderung ihrer Kinder erforderlichen Prozessen gerahmt. Was in beiden Fällen ausgeblendet wird, sind die Gründe für das Handeln der Eltern – ihre Perspektiven, Lebensumstände und Ressourcen werden nicht als relevante Faktoren thematisiert (Bischoff-Pabst 2020; Eberhardt 2020). Der Fokus liegt auf der Problematisierung der Eltern, nicht auf der Frage, wie die Diskrepanz zwischen den Orientierungen der Fachkräfte und denen der Eltern zustande kommt. Die Nicht-Passung zwischen den Erwartungen wird in beiden Fällen daher als Problem aufseiten der Eltern verortet, nicht als strukturelle Spannung des Feldes selbst.

Diskussion der Ergebnisse im Kontext erziehungswissenschaftlicher Forschung zu Eltern

Die Betrachtung der Erkenntnisse aus dem zweiten Kapitel sowie der rekonstruierten Handlungsorientierungen zeigt auf, dass eine „notorische Diskrepanz“ (Bohnsack 2017, S. 51) zwischen vorherrschenden Regeln einerseits und dem modus operandi der Praxis andererseits angenommen werden kann. Auf kommunikativer Ebene wird die Bedeutsamkeit der Eltern und der Zusammenarbeit mit ihnen für die autisththerapeutische Praxis aufgerufen – hierdurch werden die Ausführungen aus dem zweiten

Kapitel hinsichtlich der feldeigenen Darstellungen bestätigt. Als felzugehörige Professionelle haben die interviewten Fachkräfte die Regeln und Strukturen des Feldes so weit verinnerlicht, dass sie die aufkommenden Probleme innerhalb ihrer Praxis entsprechend der habitualisierten Denk- und Wahrnehmungsmuster interpretieren können. Sie halten an den als legitim erachteten Sicht- und Vorgehensweisen fest, auch wenn sie auf Spannungen stoßen. Auf der konjunktiven Ebene zeigt sich, dass die Bewältigung dieser Spannung implizit auf einen Aushandlungsprozess zwischen den Erwartungen der Eltern als Laien und den autistherapeutischen Fachkräften als Professionelle verweist. Zwar erfolgt die Bewältigung in den ausgeführten Fällen in zwei unterschiedlichen Modi, jedoch teilen sie den Rahmen, in dem die Orientierungen hinsichtlich der Bedeutung von Eltern in der Zusammenarbeit in Bezug auf Teilhabe verhandelt werden.

Deutlich wird über das aufgerufene Spannungsfeld jedoch auch, dass eine Anpassung der Sichtweisen der Eltern an die Sichtweisen der Professionellen implizit erwartet wird. Erfolgt dies nicht, zeigt sich dies in den Bewertungen von Eltern als nicht akzeptierend oder nicht engagiert. Was sich auf Basis der empirischen Ergebnisse im Hinblick auf das Feld der Autismus-Therapie abzeichnet, wird im Kontext der frühen Bildung sowie Schulen u. a. unter dem Begriff der Erziehungs- und Bildungspartnerschaft diskutiert (Betz 2015; Bischoff-Pabst 2020). Den Ausgangspunkt hierfür bilden die politischen sowie pädagogischen Anrufungen von Eltern und ihrer Verantwortung. Angestrebt wird eine „Verzahnung“ (Cloos et al. 2018, S. 51) zwischen Elternhaus und pädagogischen Institutionen, um so eine Leistungssteigerung und bessere Bildungschancen der Kinder zu gewährleisten. Konkretisiert wird dies bspw. im „intensiven Austausch“ (Bischoff-Pabst 2020, S. 264) mit den Eltern, die sich „möglichst aktiv einbringen“ (ebd.). Indem mit dem Wohl des Kindes argumentiert wird, werden Konstruktionen ‚guter‘ Elternschaft (Betz & Bischoff 2018, S. 39) relevant gemacht. Mit Vorstellungen ‚guter‘ Elternschaft geht einher, dass Eltern die Entwicklungsschritte ihrer Kinder kennen, förderliche Bedingungen schaffen und „selbstständig nach Wissenszuwachs hinsichtlich der eigenen Expertise für ihr Kind“ (ebd.) streben. In der Zusammenarbeit mit Eltern zeigen sich diese Konstruktionen mitunter in „(häufig implizit bleibenden) Normen ‚richtigen‘ Elternhandelns“ (ebd., 38f.). Im Hinblick auf das Feld der Autismus-Therapie wird dies an unterschiedlichen Stellen deutlich: Eltern sollen die für sie vorgesehenen Angebote, die Beratung und Anleitung der Professionellen annehmen, ein angemessenes „Förderengagement“ (Rittmann 2017, S. 68) aufweisen, sich Wissen zu verhaltenstherapeutischen Methoden aneignen (ebd., S. 69), lernen, „ihr Kind durch die »Autismus-Brille« zu sehen“ (Lamaye 2020, S. 219) und ihnen akzeptierend begegnen, sich engagiert sowie interessiert an den stattfindenden Förderungen zeigen. Wo die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft mit der Bildung und Entwicklung der Kinder und ihrem Wohl argumentiert, wird dies im Feld der Autismus-Therapie mit dem Zusammenhang zwischen der Teilhabe der Kinder sowie deren Förderung und Unterstützung getan. Damit gehen responsabilisierende Mechanismen einher, durch die „soziale und strukturelle Probleme häufig als Unzulänglichkeit von Eltern gedeutet“ (Jergus et al. 2018, S. 6) werden. Somit werden die Eltern für eine ‚nicht gelungene‘ Zusammenarbeit oder für eine als unzureichend bewertete Unterstützung der Entwicklung ihrer Kinder verantwortlich gemacht (Landhäußer 2020, S. 4). Ein grundlegender Unterschied zu den bisherigen Ausführungen in Bezug auf den kindheitspädagogischen und schulischen (Bildungs-)Bereich besteht darin, dass das Angebot der Autismus-Therapie von den Eltern der autistischen Kinder aufgesucht und in Auftrag gegeben wird. Aus Perspektive des Feldes sind es somit keine bildungspolitisch motivierten Adressierungen von Eltern, die als verantwortlich für die Bildungswege und -chancen ihrer Kinder gelten bzw. geltend gemacht werden. Dies hat zugleich zur Konsequenz, dass die Eltern als Auftraggebende noch mehr unter den responsabilisierenden Blickwinkel geraten könnten. Dadurch, dass Eltern das Angebot der Autismus-Therapie auf freiwilliger Basis beanspruchen und beantragen, wird

die Erwartungshaltung verstärkt, dass sie auch eine Bereitschaft dafür aufbringen, sich auf die Sicht- und Vorgehensweisen der autismustherapeutischen Professionellen einzulassen.

Indes werden Lebensumstände und Verhältnisse der Eltern und Familien ausgeblendet, die sie möglicherweise besonders vulnerabel machen (Bischoff-Pabst 2020, S. 264). Hierzu gehören auch mögliche „soziale Regelverletzungen“ (Ziemen 2013, S. 35), die mit der Diagnosestellung ihrer Kinder einhergehen. Eine Studie von Ziemen (ebd.) gibt Aufschluss über die Erfahrungen von Eltern, deren Kinder eine zugeschriebene Behinderung haben und die darüber berichteten, dass Diagnosemittlungen ohne anschließende Beratung, wenig sensibel oder unverständlich für die Eltern verliefen (ebd., S. 33f.).

„»Soziale Regelverletzungen« führen zu Irritationen, Kränkungen und Sinnverlust, die eine Auswirkung auf die gesamte Familie und deren Situation haben und vor allem auch die Beziehung zwischen Eltern und Kind massiv belasten. Die bis dahin erworbenen Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsstrategien (Habitus) und die erforderlichen und bis dahin genutzten Unterstützungssysteme sind für die nun anstehenden Probleme der Eltern nicht mehr ausreichend“ (Ziemen 2013, S. 35).

Eindrücklich wird die Situation von Eltern mit autistischen Kindern von Hack (2023) in ihrem Werk „Komische Kinder, komische Eltern?“ beschrieben. Sie verdeutlicht, dass zwischen der Diagnosestellung bis zum Beginn der Autismus-Therapie Zeit vergeht, in der Eltern sich mit Behörden, Bildungsinstitutionen, dem sozialen Umfeld und ihren eigenen Rollen auseinandersetzen müssen. Die dabei erlebten Situationen in Zusammenhang zu sozialen Regelverletzungen gehen nicht spurlos an ihnen vorbei und beeinflussen ihr weiteres Vorgehen. Im Vordergrund der Zusammenarbeit mit Eltern steht jedoch vor allem die Förderung ihrer Kinder, wodurch elterliche Bedürfnisse oftmals unadressiert bleiben (Eberhardt 2020, S. 115). Die Beziehung zwischen Eltern und autismustherapeutischen Fachkräften wird somit vor allem „über das Kind definiert“ (Buse 2017, S. 67). Ein Ansatz kann darin bestehen, die Zusammenarbeit mit Eltern als eigenständigen Beziehungs- und Interaktionsprozess zu verstehen (ebd., 69), in dem es nicht nur um die Beratung und die Suche nach Lösungen geht, sondern um die Vergegenwärtigung der Eltern als Gegenüber mit eigenen Geschichten (Lanwer-Koppelin 2012, S. 41). Dies umfasst das Gewordensein ihrer Lebenssituation, aber auch ihre Annahmen und Erwartungen zum Gegenstand der Zusammenarbeit werden zu lassen. Es wird ein Rahmen geschaffen, in dem Eltern ihre Wünsche, Sehnsüchte und Ängste mitteilen können und darin gehört werden – auch wenn sie nicht den Interpretationsmustern der autismustherapeutischen Fachkräfte entsprechen.

Unauflöslich ist darüber hinaus das teilweise nicht herzustellende Passungsverhältnis zwischen den Logiken des autismustherapeutischen Feldes sowie den Bedarfen, Interpretationen und Lebenssituationen von Eltern. Das betrifft nicht nur, dass Eltern als Laien über die Diagnose Autismus aufgeklärt werden müssen, um sie besser zu verstehen – stattdessen verweist der Habitus darauf, dass die inkorporierten Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsmuster grundsätzlich verschiedene sind, die nicht einfach aufgegeben oder entsprechend der Erwartungen der autismustherapeutischen Professionellen verändert werden können (Bischoff-Pabst 2020, S. 247ff.).

Die Datenlage der vorliegenden Studie ist nicht ausreichend, um weitergehende Aussagen über die Orientierungen und Deutungen des Feldes und seiner Professionellen im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Eltern treffen zu können. Dennoch konnte die Untersuchung Spannungsverhältnisse aufzeigen, die wenig Berücksichtigung im Feld der Autismus-Therapie finden. Die kindheitspädagogische Forschung zur Zusammenarbeit mit Eltern sowie die erziehungswissenschaftliche Forschung zu Elternschaft stellen hierfür einen relevanten Bezug dar, vor dessen Hintergrund die Spannungsverhältnisse

einerseits verortet und andererseits weitergedacht werden können. Eine Öffnung des autismustherapeutischen Feldes für diese Befunde könnte dazu beitragen, erlebten Divergenzen einen Rahmen zu geben und für die eigenen Erwartungen und Interpretationsmuster zu sensibilisieren.

Literatur

- Arens Wiebel, C. (2017). Der rote Faden: Begleitung von Menschen mit Autismus-Spektrum-Störung in Autismus-Therapiezentren. In B. Rittmann & W. Rickert-Bolg (Hrsg.), *Autismus-Therapie in der Praxis: Methoden, Vorgehensweisen, Falldarstellungen* (S. 32–41). Verlag W. Kohlhammer.
- autismus Deutschland e. V. (2017). Leitlinien für die Arbeit in Autismus-Therapie-Zentren (neu bearb. Fassung). Hansa-Druckerei Stelzer. autismus Deutschland e. V. (2020). Positionspapier zur „Autismus-Therapie“ des Bundesverbandes autismus Deutschland e. V. <https://www.autismus.de/recht-und-gesellschaft/stellungnahmen.html>
- Betz, T. (2015). Das Ideal der Bildungs- und Erziehungspartnerschaft. Bertelsmann Stiftung. Betz, T., & Bischoff, S. (2018). Machtvolle Zuschreibungen „guter“ Elternschaft. *Sozial Extra*, 42(3), 38–41. <https://doi.org/10.1007/s12054-018-0037-z>
- Bischoff-Pabst, S. (2020). Selbstpositionierungen von Eltern in der „Zusammenarbeit“ in Kindertageseinrichtungen. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 40(4), 263–279.
- Bohnsack, R. (2017). *Praxeologische Wissenssoziologie*. Verlag Barbara Budrich. Bohnsack, R., & Nohl, A. M. (2013). Exemplarische Textinterpretation. In R. Bohnsack, I. Nentwig-Gesemann & A. M. Nohl (Hrsg.), *Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis* (3. Aufl., S. 325–329). Springer VS.
- Bourdieu, P. (1993). *Soziologische Fragen*. Suhrkamp. Bourdieu, P. (1996). Die Praxis der reflexiven Anthropologie. In P. Bourdieu & L. J. D. Wacquant (Hrsg.), *Reflexive Anthropologie* (H. Beister, Übers.; S. 251–294). Suhrkamp. Bourdieu, P. (2013). *Politik: Schriften zur politischen Ökonomie 2*. Suhrkamp. Bourdieu, P. (2014). *Über den Staat: Vorlesungen am Collège de France 1989–1992*. Suhrkamp. Bourdieu, P. (2020). *Sozialer Sinn: Kritik der theoretischen Vernunft* (11. Aufl.). Suhrkamp. Bourdieu, P., & Wacquant, L. J. D. (1996). Die Ziele der reflexiven Soziologie. In P. Bourdieu & L. J. D. Wacquant (Hrsg.), *Reflexive Anthropologie* (H. Beister, Übers.; S. 95–249). Suhrkamp.
- Buse, M. (2017). *Eltern zwischen Kindertageseinrichtung und Grundschule*. Springer Fachmedien.
- Cloos, P., Gerstenberg, F., & Krähnert, I. (2018). Symmetrien und Asymmetrien. In C. Thon, M. Menz, M. Mai & L. Abdessadok (Hrsg.), *Kindheiten zwischen Familie und Kindertagesstätte* (S. 49–74). Springer VS.
- Dederich, M. (2018). Menschsein und Teilhabe. In W. Lamers (Hrsg.), *Teilhabe von Menschen mit schwerer und mehrfacher Behinderung* (S. 153–166). Athena.
- Eberhardt, O. (2020). Beziehungsbedürfnisse der Eltern von Kindern mit Autismus-Spektrum-Störung. In I. Döringer & B. Rittmann (Hrsg.), *Autismus: Frühe Diagnose, Beratung und Therapie – Das Praxisbuch* (S. 114–124). Verlag W. Kohlhammer.
- Fachgruppe Therapie. (2022). Die Lage der Autismus-Therapie in Deutschland. *autismus – Zeitschrift des Bundesverbandes autismus Deutschland e. V.*, (93), 36–37.
- Gromala, L. (2019). *Kämpfe von Schulen um Selbstbehauptung*. Springer VS.

- Hack, J. (2023). *Komische Kinder, komische Eltern?* Verlag W. Kohlhammer.
- Jergus, K., Krüger, J. O., & Roch, A. (2018). Elternschaft zwischen Projekt und Projektion. In K. Jergus, J. O. Krüger & A. Roch (Hrsg.), *Elternschaft zwischen Projekt und Projektion* (S. 1–30). Springer Fachmedien.
- Kramer, R.-T. (2023). Dokumentarische Schulforschung. In J.-H. Hinzke et al. (Hrsg.), *Dokumentarische Schulforschung* (S. 86–105). Julius Klinkhardt.
- Lamaye, S. (2020). Elterntaining in der Frühtherapie. In I. Döringer & B. Rittmann (Hrsg.), *Autismus: Frühe Diagnose, Beratung und Therapie – Das Praxisbuch* (S. 217–226). Verlag W. Kohlhammer.
- Landhäußer, S. (2020). Familie und verantwortete Elternschaft. In J. Ecarius & A. Schierbaum (Hrsg.), *Handbuch Familie*. https://doi.org/10.1007/978-3-658-19861-9_32-1
- Lange, S., Oberfeld, C., Krawinkel, S., & Tröster, H. (2017). Förderung in Autismus-Therapie-Zentren. *autismus – Zeitschrift des Bundesverbandes autismus Deutschland e. V.*, (84), 26–35.
- Lanwer-Koppelin, W. (2012). Diagnostik und Dialog mit Herrn M. In W. Jantzen & W. Lanwer (Hrsg.), *Diagnostik als Rehistorisierung* (2. Aufl., S. 33–64). Lehmanns Media.
- Lorenzen, J.-M., & Zifonun, D. (2012). Das Eigengewicht der Institutionen. *SWS-Rundschau*, 52(1), 92–108.
- Nohl, A. M., von Rosenberg, F., & Thomsen, S. (2015). *Bildung und Lernen im biografischen Kontext*. Springer VS.
- Rickert-Bolg, W. (2020). Ethische Überlegungen zu autismspezifischen Frühinterventionen. In I. Döringer & B. Rittmann (Hrsg.), *Autismus: Frühe Diagnose, Beratung und Therapie – Das Praxisbuch* (S. 65–69). Verlag W. Kohlhammer.
- Rittmann, B. (2017). Die Bedeutung verhaltenstherapeutischer Förderung. In B. Rittmann & W. Rickert-Bolg (Hrsg.), *Autismus-Therapie in der Praxis* (S. 58–70). Verlag W. Kohlhammer.
- Rittmann, B. (2020). Kind, Eltern, Umfeld. In I. Döringer & B. Rittmann (Hrsg.), *Autismus: Frühe Diagnose, Beratung und Therapie – Das Praxisbuch* (S. 127–134). Verlag W. Kohlhammer.
- Rittmann, B., & Rickert-Bolg, W. (2017). Vorwort der Herausgeber. In B. Rittmann & W. Rickert-Bolg (Hrsg.), *Autismus-Therapie in der Praxis* (S. 11–12). Verlag W. Kohlhammer.
- Rosenthal, G. (2015). *Interpretative Sozialforschung* (5. Aufl.). Juventa.
- Schwarz, K. (2020). *Autismusbilder: Zur Geschichte der Autismusforschung*. Beltz Juventa.
- Ziemen, K. (2013). *Kompetenz für Inklusion*. Vandenhoeck & Ruprecht.

5.10 Disability Mainstreaming and Local Development Planning in Ghana: Insights from the LOCDEV Project

Lars Wissenbach, Paul Anderson, Johannes Schädler, Sandra Ahiataku & Omar Zakanda

The LOCDEV Project

Over recent years, the Centre for Planning and Development of Social Services (ZPE) has established a strong partnership with the University of Ghana in Accra, encompassing both research and teaching. This collaboration has further evolved into joint projects with several districts across Ghana, with a particular focus on local planning processes and the development of frameworks for the provision of social and healthcare services. The ZPE project ‘Local Development for the Inclusion of People in Vulnerable Situations’ (LOCDEV) was implemented from January 2024 to September 2025 in collaboration with the Institute of Statistical Social and Economic Research (ISSER) at the University of Ghana, as well as the Eastern Region Coordinating Council (ERCC) and 33 local authorities of the Eastern Region in Ghana. The state government of North Rhine-Westphalia funded the project as part of the Engagement Global NRW programme ‘Municipal Development Partnerships’.

The focus of the overall project was on different themes and target groups, which are discussed and addressed in the context of vulnerability¹³ within the Ghanaian planning discourse. These include children, youth, old age, gender, disability, and mental health. The initial analysis also considered migration, ethnicity, religion, and LGBTIQ+, recognising that these were rarely, or not at all, visible in MTDP planning documents. The study conducted as part of the project was guided by a set of interrelated research questions. It examined the extent to which, and how, the National Medium-Term Development Policy Framework (NMTDPF) and local Medium-Term Development Plans (MTDPs) address the rights and needs of people in vulnerable situations. In addition, it explored how people in vulnerable situations are involved in the preparation and implementation of MTDPs. The study further assessed opportunities to systematically integrate the concerns of people in vulnerable situations as cross-cutting issues throughout the MTDP process cycle, as well as options for addressing their rights and needs through targeted measures within the MTDP framework.

As part of the study, the National Medium-Term Development Policy Framework, along with the development plans of the 33 districts of Ghana’s Eastern Region, was analysed for the planning cycle from 2022 to 2025. Complementing the content analysis of the district development plans, a written survey was conducted with planning officials from the districts in the Eastern Region. Beyond the questions mentioned earlier, particular emphasis was placed on the scope of action of the District Planning and Coordinating Units (DPCU) to consider the interests of so-called vulnerable populations across all areas of local responsibility. Two workshops were organised to review and discuss the study’s methodology and findings with representatives of the Eastern Region Coordinating Council (ERCC), local planning authorities, and officials from the Departments of Social Welfare and Community Development from all 33 districts. Additionally, a second phase of the project involving three detailed case studies was planned but has not yet been conducted due to a halt in funding.

¹³ As part of the project, vulnerability was defined as the risk or likelihood of facing (future) situations of scarcity of basic resources that affect an adequate standard of living in a particular society; understood as ‘a socially induced condition’ (Butler, 2016, p. 25).

Drawing on insights from the LOCDEV project, this text explores the structural potential of Medium-Term Development Planning in Ghana for implementing the CRPD at the local level. After outlining the background, key research interests, and a brief overview of the Ghanaian planning system, the subsequent discussion presents and discusses the main findings of the project related to disability. It further identifies structural entry points for enhancing disability mainstreaming within Ghana's local development planning system.

Background and Research Interest

As part of Ghana's decentralisation process since the 1990s, many responsibilities for public goods and services have gradually been transferred from the Central Government to the Metropolitan, Municipal and District Assemblies (MMDAs) (Gov. of Ghana, 1988; 1992, art. 35; 1993, 2016). Fiscal decentralisation was operationalised through two main sources of revenue. Intergovernmental transfers through the District Assembly Common Fund (DACF) account for the majority of MMDAs' total revenue. Internally Generated Funds (IGF) derived from local taxes, property rates, licenses, and fees constitute a comparatively small share of the total revenue basket for most MMDAs (cf. Puopiel & Chimsi, 2015). As IGF is the only revenue over which local governments have absolute control regarding how and where it is spent, tapping these funds is likely to be highly competitive within local financial allocation.¹⁴ Besides these sources, the Local Governance Act permits MMDAs to finance development activities through other official sources, such as investment, borrowing, grants, and other non-monetary arrangements (Gov. of Ghana, 2016). Hence, even though the decentralisation and local government policy in Ghana is based on the principle of subsidiarity, with the provision of public goods and services initiated from the local level, local government units so far depend largely on financial resources from the Central Government.

As part of decentralising responsibilities for various public goods and services, important mandates concerning the rights of persons with disabilities were also delegated to local governments. In fiscal terms, this shift is at least partly reflected through the so-called Disability Common Fund (DCF). In 2005, the Government of Ghana issued a directive requiring all district assemblies to allocate up to 5% of their Common Fund shares to support persons with disabilities. To strengthen this commitment, a ring-fencing clause was introduced in 2007, specifying that at least 2% of the DACF shall be used to support people with disabilities (Naami et al., 2023; NCPD, 2010, preamble). This allocation was further increased to 3% in 2018 and is planned to be extended to 5% in 2026. The government's expenditure on the DCF can be estimated nationwide at up to approximately GH¢ 180.24 million for 2025.¹⁵

The DCF seeks to support income-generating activities as a means of economic empowerment, provide educational support, build the capacity of Organisations of Persons with Disabilities (OPDs) at the local level to advocate for and assert their rights, and conduct awareness-raising and sensitisation on disability issues. It also supports access to technical and other assistive devices and equipment (NCPD,

¹⁴ This assessment is based on statements from local planning officials during the group discussion as part of the project. The group discussions, among other things, addressed the question of to what extent IGF funds can be used for measures addressing people in vulnerable situations.

¹⁵ The Disability Common Fund (DCF) is set at 3% of the District Assemblies Common Fund (DACF). For 2025, the DACF allocation is GH¢ 7.51 billion. Up to 80% of the DACF is recommended to be transferred to Metropolitan, Municipal, and District Assemblies (MMDAs), which amounts to GH¢6.008 billion (Gov. of Ghana, 2025, p. 72f). Applying the 3% allocation rule, the DCF would total approximately up to GH¢180.24 million. This figure represents the maximum pool of funds available nationally for supporting persons with disabilities through the DACF.

2010, art. 2). The significance of the DCF has considerably grown over recent years, as it often provides resources beyond its original scope to address disability-related provisions made by legislation and policies across various sectors, and which have not (yet) been considered by sector-specific schemes outside social welfare (cf. Wissenbach & Anderson, 2022). At the same time, delays in releasing or insufficiency of transfers in many cases put the implementation of key legislative and policy provisions on disability inclusion at risk (cf. Ephraim et al., 2022; Opoku et al., 2019; Agyire-Tettey et al., 2019; Edusei et al., 2017). Allocations are frequently reduced to accommodate multiple requests, leaving beneficiaries with insufficient resources to meet their intended purposes and thus diminishing the effectiveness of the fund (cf. Abdul Karimu et al., 2024; Adamtey et al., 2018; Agboga, 2015; Agyemang, 2015).

Against this background, the LOCDEV project's basic research interest in the context of disability was underpinned by two working assumptions. First, the decentralisation of disability-related tasks (rights & policies) to the local level occurs partly as an unfunded or at least underfunded mandate¹⁶ (cf. Wissenbach & Anderson, 2022). Second, the existence of a disability-specific, ringfenced local budget might lead to the segregation of disability-related matters to local social-welfare offices that manage the DCF, hindering the mainstreaming of disability inclusion across local governments' various sectoral responsibilities and departments (ibid.). At the same time, Ghana follows a centralised development planning approach, anchored in four-year National Medium-Term Development Policy Frameworks (NMTDPF) that mandate uniformly structured and comprehensive Medium-Term Development Plans (MTDPs) and planning processes across all 261 MMDAs nationwide. Against this backdrop the LOCEV project was interested in the extent to which Ghana's MTDP structures, processes, and practices may provide room for manoeuvre to counteract a sectoral segregation of disability (amongst other vulnerability-related topics and target groups) and to create momentum for disability mainstreaming across local government mandates.

Ghana's Planning Framework

Generally, development planning in Ghana has a long-standing history that can be traced through all post-independence governments back to the colonial era. As part of the decentralisation strategy from the 1990s outlined above, the National Development Planning System (NDPS) Act, 1994 (Act 480) in Ghana established a multi-tiered, decentralised planning framework coordinated by the National Development Planning Commission (NDPC), integrating national sector ministries, Regional Coordinating Councils (RCCs), and local planning authorities to prepare and implement development plans, ensuring public participation and alignment with national goals, working alongside Act 479, which formally established the NDPC itself (Gov. of Ghana, 1994).

As part of their core mandates, MMDAS became responsible for preparing and implementing four-year Medium-Term Development Plans (MTDPs). The local plans were expected to be cross-sectoral with an integrated cross-sectoral approach, aligning with the broader National Medium-Term

¹⁶ 'Unfunded mandates' refer to situations where sub-national governments are obliged by the constitution, national legislation or policy pronouncements to take over certain public tasks, but do not receive funding from national revenues to carry out these tasks. This undermines the ability of the local government to deliver services and effectively returns control to the central government. Evidence on decentralization processes suggests that higher-level governments often devolve responsibilities for social services to the lower level, without corresponding devolution of funds or personnel. This leads to 'unfunded mandates' on social responsibilities for local governments, restricting their capabilities and preventing them from implementing social policies (Kersting, 2009; Bardhan & Mookherjee, 2015).

Development Policy Framework (NMTDPF) established by the National Development Planning Commission (NDPC), Ghana's apex development agency. The alignment was intended to ensure consistency between national priorities and local development needs, thereby fostering coordinated and inclusive growth and development. The NMTDPF was to act as a strategic guide for the MMDAs in identifying, prioritizing, and addressing key developmental challenges within their areas. The preparation of the MTDPs was to be based on thorough situational analyses of local conditions, engagement with various stakeholders, including traditional authorities, locally based civil society organisations, private sector actors, opinion leaders, and community members, and the setting of clear goals and strategies for socio-economic development. By following the NDPF, MMDAs were required to ensure that their plans incorporated national cross-cutting themes, such as poverty reduction, gender equality, environmental sustainability, vulnerability inclusion, and good governance.

In practical terms, this is demonstrated through a kind of top-down phase, where MMDAs, every four years, receive the NMTDPF, which outlines the national development goals, thematic areas, and key indicators as a guiding framework. This is followed by a bottom-up phase, during which MMDAs conduct a detailed analysis of the district's current situation and hold local consultations with the public, traditional authorities, the private sector, and civil society organisations to identify actual needs and priorities. Subsequently, the District Planning Coordinating Units (DPCUs) draft their Medium-Term Development Plan (MTDP), integrating the national guidelines with locally assessed development needs. The MTDPs are then submitted to the Regional Coordinating Council (RCC) for review and harmonisation with the plans of other districts in the region, before being officially certified by the National Development Planning Commission as being legitimate and eligible for funding.

The nationwide uniform structural design of the individual plans includes:

- (a) 'Review of Past Performance and Situational Analysis', providing the bottom-up basis to inform subsequent planning decisions, frequently comprising a 'vulnerability analysis'
- (b) 'Development Goals, Objectives, and Strategies', being set in alignment with the NMTDPF
- (c) 'Development Programmes and Sub-Programmes', translating strategy into concrete action and budgets
- (d) 'Annual Action Plans', operationalising the 4-year MTDP into yearly, manageable steps
- (e) 'Monitoring and Evaluation' (M&E) Framework, defining key performance indicators, frequency of monitoring, data sources, institutional arrangements, roles, and responsibilities, including mechanisms involving citizens and civil society organisations in the monitoring of project implementation

The study also examined how and to what extent individual vulnerability-related topics and target groups are represented in each of these strategic elements of the MTDPs, in order to gather information about the quality of consideration. Accordingly, the chapter below on the project's findings follows that same logic.

Findings from the LOCDEV Project

The National Medium-Term Development Policy Framework

In a first step, the analysis concentrated on the national level, i.e., the National Medium-Term Development Policy Framework 2022-2025 (NDPC, 2021). Overall, the document includes 268 mentions of disability. People with disabilities are primarily addressed as a target group in the area of social development. As part of the performance review, people with disabilities are addressed in the context of child rights and child poverty, education and training, employment and decent work, social protection, health and health services, as well as sports and recreation, primarily from a mainstreaming

perspective as part of a larger target group under these topics. Furthermore, a dedicated subchapter on disability-inclusive development highlights the disability-targeted goals from the previous planning period, covering areas such as economic empowerment, access to assistive devices, participation in decision-making, policy environment and coordination of disability issues, discrimination, and education.

National Development Goals, Objectives, and Strategies

As part of the development priorities for the planning period (2022-2025), the framework defines ‘disability-inclusive development’ as a ‘flagship for social development’ (ibid., p. 102). Subsequent objectives and strategies build on the above approach of addressing disability through both mainstreaming and targeted measures. In terms of mainstreaming, people with disabilities are included in the broader target groups for goals and strategies related to education and training, health and health services, and access to safe, reliable, and sustainable water supply services. Others include access to improved and sustainable environmental sanitation services, sports and recreational infrastructure, youth participation in politics, electoral democracy, and governance, as well as employment and decent work. In terms of social protection, people with disabilities are addressed as part of ‘the vulnerable’, being defined as the core target group. Particularly noteworthy is the wide range of sectors and fields where individuals with disabilities are included as part of a larger target population.

This mainstreaming approach is complemented by disability-targeted objectives and strategies that are presented in a disability-specific subchapter. As a guiding principle, the framework urges all levels of government to actively support the implementation of the Persons with Disability Act of 2006 (Act 715). While some objectives relate to responsibilities at the national level, others explicitly address areas of responsibility, or at least shared responsibilities, of the MMDAs. These include the practical realisation of free or affordable healthcare for persons with disabilities, access to financial services, affirmative action in employing people with disabilities across all sectors, and accessible communication in public institutions. Additionally, they involve raising public awareness of the rights and entitlements of persons with disabilities, capacity building for parents and caregivers, and promoting effective participation in local governance. Furthermore, local governments are encouraged to update and migrate data on persons with disabilities into a disaggregated database to facilitate planning and the delivery of inclusive services by all sectors.

It becomes evident that the disability-targeted objectives and strategies outlined in this section are fundamentally meant to support or complement the mainstreaming measures described earlier. For example, they seek to create conditions for accessibility in public institutions, promote a shift in public awareness regarding disability, improve understanding of the rights and entitlements of persons with disabilities, and involve persons with disabilities in governance through targeted measures. The framework’s focus on disability-disaggregated data is particularly important in this context. Instead of aiming to register individuals with disabilities as a separate data set, it aims for general planning data to be disaggregated by disability. These goals and strategies are explicitly intended to lay the essential groundwork for the successful mainstreaming of disability, aligning with the broader objectives and strategies.

Beyond social development, disability is addressed in other thematic areas. Not all but some of these are relevant to local governments. For example, medium-term objectives in the area of ‘Environment, Infrastructure and Human Settlements’ aim to implement provisions of Disability Act 715 related to transportation, improving the efficiency and effectiveness of road transport infrastructure and services. This area also emphasises exploring innovations to include people with visual impairments in

ongoing digitalisation as a flagship initiative. In 'Emergency Planning and Response', the framework anticipates providing 'disability-friendly' teaching and learning methods.

Development programmes

The policy framework then operationalises these broader objectives and strategies into a significant number of development programmes. Programmes that specifically mention disability alone amount to over 60, covering the sectors identified earlier, with a strong emphasis on education, health, labour, and social protection. Similar to the objectives and strategies outlined above, the underlying development programmes adopt a complementary approach, integrating environmental adaptation and access creation with mainstreaming and disability-targeted programmes. Here too, it is evident that the programmes continue to focus on creating structural conditions for the participation of people with disabilities across different areas of life. Examples include ensuring accessible communication in public institutions such as authorities, schools, and healthcare facilities, integrating disability-related aspects into the training curricula of healthcare and teaching staff, and strengthening law enforcement agencies' capacity to protect the rights and entitlements of persons with disabilities. Additional examples beyond the social sector include the provision of accessible transportation and water supply systems.

Alongside the approach of establishing accessible environmental conditions as a foundation for disability mainstreaming, efforts are underway to expand the target groups of existing programmes to include persons with disabilities. Notable examples include agriculture (broadening access to strategic national irrigation initiatives for women and people with disabilities), finance (making financial services accessible to people with disabilities: loans, capital, savings, insurance, and remittances), or youth and governance (including youth with disabilities in general initiatives for youth participation in political and civic activities). These structural and mainstreaming objectives are complemented by disability-targeted programmes, such as specific support measures for learners with disabilities, para-sport opportunities, capacity development of persons with disabilities to participate effectively in governance and democracy, including politics and electoral processes, as well as organisational support for disability-specific institutions, such as the decentralisation of the National Council of Persons with Disabilities (NCPD)¹⁷.

Crucial to the planning context, the framework's objective on disability-disaggregated data is operationalised through a programme aimed at strengthening a reliable system for collecting, compiling, analysing, disaggregating, and disseminating relevant and timely demographic data, which explicitly includes disaggregation by disability. The framework directly links this programme to UN Sustainable Development Goal (SDG) 17.18, which is highly relevant in the context of disability-responsive planning, as it calls for the availability of high-quality, timely, and reliable data disaggregated by disability.

Monitoring and Evaluation

Finally, a key aspect of mainstreaming disability into planning can be seen in the backing of disability-responsive objectives, strategies, and development programmes through a monitoring system that reflects the above threefold approach of adapting the physical and social environment, broadening target groups to include people with disabilities, and implementing disability-specific efforts. To ensure

¹⁷ The NCPD is Ghana's designated coordinator for implementing the CRPD under Article 33. The decentralization of the NCPD through the establishment of regional and local NCPD branches is a provision outlined in Paragraph 49 of the 2006 Disability Act (715), which has not yet been realized.

that these respective endeavours are implemented inclusive of persons with disabilities, it is essential to either disaggregate indicators by disability or establish disability-specific indicators.

The monitoring and evaluation system of the national framework provides 'selected strategic indicators' that are intended to guide the development of indicator frameworks at the local level. Most notably, the framework establishes a strategic indicator that measures „the number of MDAs and MMDAs mainstreaming disability issues into their development plans and budgets expressed as a percentage of the total number of MDAs and MMDAs" (NDPC 2021, Appendix, p. 124). Although it does not offer a precise definition of what it means to mainstream disability issues into local development plans, it clearly indicates the framework's disability-mainstreaming approach, outlined above, not only as a guiding example but also as a binding obligation for the MMDAs.

The set of 'selected strategic indicators' contains a considerable number of disability-responsive indicators that support various objectives, strategies, and programmes outlined earlier. These indicators illustrate the plan's three-pronged approach, covering structural, mainstreaming, and disability-specific elements. Structurally, this includes, for example, the number of MDAs providing inclusive services or the number of sign interpreters working in public and private sectors. Regarding mainstreaming persons with disabilities into broader target groups of the above programmes, the 'selected strategic indicators' aim to disaggregate a sound number of indicators by disability, including those related to education and educational outcomes, youth provided with employment skills, people taking salary or perform paid jobs under contract, gender-based violence, people appointed and elected in political positions. The set of 'selected strategic indicators' planned for disaggregation by disability emphasises the plan's strong commitment to its disability-disaggregated data initiative outlined earlier. Concerning disability-specific indicators, the plan intends to monitor the number of established disability peer support groups and the number of persons with disabilities who accessed the Disability Common Fund.

At a technical level, it is evident that the set of 'selected strategic indicators' integrates disability-responsive output, outcome, and impact indicators to track progress in the context of disability inclusion. With a view to the local level, the indicator on the Disability Common Fund is particularly noticeable among the disability-specific indicators. This can be documented relatively straightforwardly by MMDAs due to established structures, which speaks in favour of this indicator. As the only indicator proposed here on disability and social protection, however, it is also notable that it measures a welfare state output for people with disabilities but cannot illustrate its effects. In contrast, the above-mentioned 'disability-mainstreaming' indicators are a clear challenge for the generation of corresponding statistical data, while claiming to depict social changes at the level of outcomes and impacts.

Key Insights for the National Level

In conclusion, the National Medium-Term Development Policy Framework 2022-2025 adopts a three-pronged approach to addressing disability. This involves (a) provisions to develop accessible or disability-responsive social and physical environments, (b) mainstreaming people with disabilities into the overall target groups of development objectives, strategies, and programmes, which is complemented by (c) disability-specific initiatives. The framework supports this approach with an indicator system that reflects these three strands accordingly. This description highlights the basic logic of the Framework concerning disability, without assessing the alignment and integration of objectives, strategies, and programmes from a content perspective. Regarding the local level of MMDAs and their community development planning, the framework establishes a clear mandate for District Planning and Coordinating Units (DPCUs) to incorporate disability issues into their development plans and budgets through a national strategic indicator. Although the framework does not provide a precise definition of what it

takes for a single district to meet the indicator, its overall approach to disability offers solid structural guidance for MMDAs to address disability within local medium-term development planning in a more systematic manner.

The local Medium-term Development Plans

Building on insights from the National Medium-Term Development Policy Framework (NMTDPF) 2022-2025 regarding disability, the subsequent review examined the Medium-Term Development Plans (MTDPs) of all 33 MMDAs in Ghana's Eastern Region. This aimed to find out how these plans address disability and the extent to which they align with the approach outlined in the NMTDPF. The frequency with which the 33 MTDPs explicitly mention disability varied significantly, ranging from 17 to 141 references per plan, with a median of 52. Analysing the number of references across the strategic elements of the plans, it became evident that a vast majority of the plans include disability considerations throughout all the core sections.

Performance Review and Situational Analysis

The analysis then examined how disability is addressed in each section of the plans. The performance review and situation analysis sections emerged as the most explicit about disability, addressed in 31 of 33 plans. The most prevalent references to disability highlighted a 'lack of opportunities for persons with disabilities to contribute to society', along with issues of discrimination and social exclusion. Many plans also mentioned the prevalence of disability within the district, or the number of individuals with disabilities registered with social welfare departments, mostly disaggregated by gender. In performance reviews, it was common to report on the number of persons with disabilities who received support from the Disability Common Fund (DCF) during the previous planning period, thereby addressing the relevant national-level DCF strategic indicators discussed earlier. Few plans offered more detailed analyses, not only examining the prevalence of disability within the community but also disaggregating prevalence data across various dimensions such as gender, age, type of impairment, community, formal education level, and employment status. These analyses were further complemented by empirical evidence on the living conditions of persons with disabilities, types of barriers, and the activities of OPDs in the respective district. One MTDP reports that field enumerators collecting data for the situation analysis identified people with disabilities as part of the stakeholder group in all 124 communities within the district. The data collection employed the Washington Group Short Set on Functioning (WG-SS)¹⁸ to identify persons with disabilities. Based on this, the situation analysis offered detailed, disaggregated disability data and more accurate information on the barriers faced by people with disabilities in their communities.

Development Priorities, Goals and Programmes

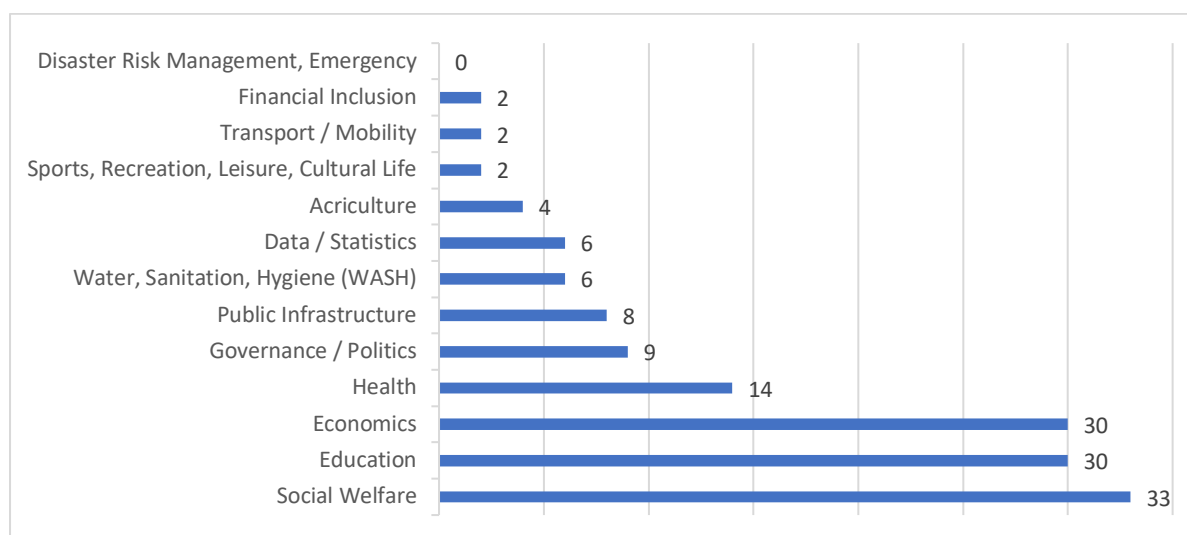
About two-thirds of MTDPs include disability within their development priorities. Some plans take a broad approach aligned with the NMTDPF, using phrases such as 'limited opportunities for persons with disabilities to actively participate in society', 'inadequate opportunities for PWDs to develop and utilise their potentials', or 'insufficient support systems for persons with disabilities'. Other plans focus on more specific development priorities in the context of disability, such as access to education, technical and vocational education and training (TVET), employment opportunities, accessible transportation, participation in local governance, healthcare, social protection, or access to credit/capital.

¹⁸ see <https://www.washingtongroup-disability.com/question-sets/wg-short-set-on-functioning-wg-ss/>

Meanwhile, some plans adopt a narrower focus, emphasising the identification and registration of persons with disabilities or improving access to the Disability Common Fund.

The translation of priorities into goals and programmes is notably diverse. Core areas, including access to education, TVET, employment, healthcare, and social protection, are prominently featured. Additionally, objectives and programmes address a broader range of issues, including political participation for women and youth with disabilities, financial inclusion, accessible public infrastructure, enforcement of building regulations and Ghana Accessibility Standards, accessible Water, Sanitation and Hygiene (WASH), access to reproductive health and family planning for persons with disabilities, shifting public perceptions of disability, combating negative attitudes towards children with disabilities, and strengthening land administration systems, particularly for women and persons with disabilities. The plans vary in the level of precision with which they set these priorities. Figure 1 illustrates the range and frequency of topics addressed in the context of disability across the plans. Despite this thematic diversity, it becomes evident that the primary focus of goals and activities related to disability centres on social protection, access to education and training, and income generation through work.

Figure 1: Number of MTDPs referring to specific sectors/topics in the context of disability (N=33)



Annual Action Plans

The thematic diversity narrows significantly when programmes are translated into specific activities at the operational level. In the context of disability, most annual action plans concentrate on planning, implementing, and monitoring the Disability Common Fund (DCF). Key activities include registering and managing data for persons with disabilities within the district, ensuring the equitable distribution of DCF resources to reach as many beneficiaries as possible, and conducting follow-up efforts to assess the fund's impact on recipients' livelihoods. Some plans extend these efforts by systematically registering persons with disabilities for the National Health Insurance Scheme (NHIS) and ensuring their annual renewal of membership. In certain instances, they also support households of persons with disabilities in being targeted and means-tested for inclusion in the national government's LEAP cash transfer programme. A few plans incorporate skills development and business management training to supplement start-up provisions funded through the DCF. Public education on disability also emerges as one of the more frequently prioritised annual activities.

Beyond these recurring initiatives, certain unique activities stood out. Notably, in the realm of awareness-raising and public education, some plans included the celebration of the International Day of

Persons with Disabilities and Mental Health Day, supported by dedicated budgets. In one instance, a district incorporated initiatives such as counselling early childhood centres on disability-related issues, providing various livelihood support measures for women with disabilities, and offering assistance with tuition fees, scholarships, and bursaries for persons with disabilities. Most notably, these annual actions were financed through IGF budgets. Another district concentrated its disability-related efforts on capacity building for parents and caregivers of children with disabilities. In another instance, a district placed significant emphasis on enhancing disability-related data within its annual actions. These efforts included data collection on pupils with disabilities across 90 basic schools, screening for specific impairments in schools, and a comprehensive disability poverty profiling and mapping initiative. One district focused on developing and coordinating Community-Based Rehabilitation (CBR) programmes as part of its annual actions. Overall, it became apparent that even when disability-related priorities and goals were broad and cross-sectoral, their operationalisation at the level of annual activities remained largely concentrated on the responsibilities of Social Welfare Units and the financial resources provided by the DCF.

Monitoring and Evaluation

When examining how disability is incorporated into the monitoring and evaluation arrangements of the plans, it becomes evident that MTDP indicators often do not encompass the full range of disability-related strategies, objectives, and development programmes they have previously outlined. Using data from local Social Welfare Departments, output indicators such as the number of registered persons with disabilities, the proportion of the DCF Fund within the DACF, or the number of individuals with disabilities benefiting from the DCF are frequently monitored. Occasionally, outcome indicators are also included in the context of the DCF, such as the number of recipients who successfully establish income-generating activities. While monitoring DCF outcomes and impacts would require more comprehensive follow-up and monitoring activities for the fund, some plans note that social welfare units lack the necessary resources to carry these out.

The review shows that disability-related indicators are predominantly at the output level, such as the number of persons with disabilities trained in professional skills, the count of DCF, LEAP, and NHIS beneficiaries with disabilities, or the number of public education programmes on disability organised. Moreover, very few general outcome indicators in the MTDPs are disaggregated by disability. This suggests that it is challenging to track potential short-, medium-, or long-term effects of disability-related initiatives across planning cycles. Both points are probably connected to a lack of data. This is where the disability disaggregated data initiative outlined in the NMTDPF becomes crucial. However, applying this national effort at the local level is likely to face significant hurdles, including high demands and costs for local statistical offices. Despite these challenges, individual MMDAs are addressing this issue by engaging their DPCUs to develop indicators disaggregated by disability (among other categories). For instance, one district plans to disaggregate the entire monitoring and results matrix for social development by disability. Additionally, an example from outside the social development sector was identified, an agricultural support programme that disaggregates monitoring of benefiting farmers by disability. Furthermore, some districts use Internally Generated Funds (IGF) to improve the availability of local disability data.

The plans also incorporate seemingly innovative monitoring mechanisms designed to ensure that disability considerations are effectively mainstreamed during implementation. A notable example is the establishment of Project Implementation Committees (PICs) with compulsory representation of persons with disabilities, mandated to oversee the implementation of all measures outlined in the MTDPs.

Key Insights for the Local Level

In conclusion, analysing how disability is incorporated into the MTDPs revealed three distinct approaches to addressing the issue. These patterns are primarily shaped by and correspond to certain plans, while others fall somewhere in between. They function as structural examples in an ideal-typical way.

Pattern 1: Disability-related objectives and strategies mainly focus on the disbursement of the DCF, with successful implementation monitored through output-level indicators, such as the proportion of the DACF spent on the DCF. Additional objectives might include registering individuals with disabilities with social welfare departments and raising public awareness of disability issues. All initiatives concerning disability fall under the responsibility of local social welfare departments.

Pattern 2: The situation analysis includes the prevalence of disability disaggregated by gender. Disability is addressed across sectors with both mainstreaming and specific objectives. The operationalisation in terms of development programmes mainly focuses on the effective implementation of the DCF to achieve these cross-sectoral objectives. Additionally, development programmes may include support for inclusive education, disability-specific skills training initiatives, registration of people with disabilities for the National Health Insurance Scheme (NHIS), implementation of LEAP, and public education on disability. Despite these cross-sectoral objectives, responsibility remains predominantly with the local social welfare departments, as they hold primary responsibility for disability-related issues.

Pattern 3: The mainstreaming of disability is prominent as part of the introduction (often alongside other cross-cutting issues). The situational analysis includes a substantial data set on disability within the district, disaggregated by gender, age, type of impairment, locality, level of education, and economic activity. Disability-inclusion is defined as a development priority. Disability-specific objectives, strategies, and programmes are complemented by structural considerations, such as physical and social accessibility, as well as the mainstreaming of disability by expanding target groups to encompass persons with disabilities. These efforts span multiple sectors, each bearing distinct responsibilities for addressing disability. The intersections of vulnerability categories, such as children with disabilities, are actively addressed.

While Pattern 1 proved to be the most common approach, Pattern 2 is less frequently observed, and Pattern 3 appears only in a small number of plans. For the vast majority of plans to date, disability remains a social welfare issue primarily addressed within the scope of the DCF.

Discussion and Prospects

The findings indicate that the National Medium-Term Development Policy Framework (2022–2025) provides a strong drive for disability inclusion at the local level. By designating disability inclusion as a flagship initiative for social development and a priority policy concern, and by embedding related objectives, programmes, and monitoring indicators across multiple sectors, the framework establishes a comprehensive foundation for promoting inclusive development in district planning processes. What is especially important is the integrated approach of objectives and programmes, which strategically combines accessible environments, mainstreaming disability across target groups, and specific disability-targeted measures.

The analysis of local plans shows that this national momentum is unevenly embraced across districts. In many cases, district objectives, interventions, and indicators related to disability stay largely within the scope of the DCF. During group discussions on the findings with local planners, participants emphasised that this narrow focus is, from their perspective, a logical and almost inevitable outcome of

existing institutional and resource arrangements. Planners termed the DCF a ‘low-hanging fruit’, as its secured budget and well-defined implementation framework, when coupled with appropriate output indicators, offer a high degree of certainty regarding successful implementation. Against this backdrop, it is pertinent to ask whether the initially assumed segregation of disability-related issues within the DCF risks becoming increasingly institutionalised throughout the planning, monitoring, and evaluation cycle. This, in turn, prompts the question of whether, as a result, alternative and potentially more integrative approaches to addressing disability within planning processes are being overlooked or insufficiently explored by local governments.

On the other hand, the analysis also revealed that certain individual plans illustrate the feasibility of alternative strategies and pathways. These plans demonstrate how disability inclusion can be embedded across multiple sectors, how disability-disaggregated planning frameworks can be deliberately developed, and how ambitious disability-related indicators and innovative monitoring formats can be established, including the strategic use of IGF to support disability mainstreaming efforts.

The findings from the survey of planners likewise suggest that, at the local level, there is substantial potential to strengthen the mainstreaming of disability within planning processes and to promote cross-sectoral integration among local departments in alignment with the NMTDPF. In this regard, District Planning and Coordinating Units (DPCUs) and individual planning officers occupy a pivotal position, not least because their role as staff units equips them with the requisite mandate and technical competencies to drive mainstreaming approaches. The vast majority of planners indicated they have significant authority over the planning activities of various departments within the district. Most planners also report suggesting changes to sectoral plans of different departments either frequently or regularly, while others do so occasionally. Additionally, a large majority stated that their DPCUs are primarily responsible for developing the indicator frameworks for the plans, further emphasising their potential role in systematic disability mainstreaming.

Local DPCUs, therefore, exercise substantial influence over the substance of sectoral plans, including the extent to which cross-cutting issues such as disability inclusion are integrated across sectoral mandates in accordance with the NMTDPF. Whether this available scope for manoeuvre is ultimately realised depends largely on planners’ perceptions of disability mainstreaming as part of their professional responsibility, as well as on the effectiveness with which disability-related concerns are placed on the agenda of DPCUs within local planning and governance processes. Crucially, it also hinges on Ghanaian OPDs’ political leverage and their capacity to engage in local policy formulation meaningfully.

At a structural level, the nationally standardised planning framework and the role of the DPCUs provide another potentially promising starting point for enhancing local disability mainstreaming. As noted earlier, the NMTDPF foresees the creation of regional and local branches of the National Council for Persons with Disabilities (NCPD). In accordance with CRPD Article 33 (National implementation and monitoring), Ghana has designated the NCPD as the government focal point for matters related to the implementation of the CRPD (UN, 2019, para. 534). This signifies that the NCPD is formally tasked with coordinating and supervising the Convention’s implementation across government and relevant stakeholders at all levels. The decentralisation of the NCPD is already enshrined in the 2006 Disability Act (715), which states that local offices of the Council shall perform the functions of the Council in the

district (Gov of Ghana, 2006, sec 49(3)), which generally includes those functions under CRPD Art. 33.¹⁹ To date, the decentralisation of the National Council on Persons with Disabilities (NCPD) has not been implemented nationwide. In its concluding observations on Ghana's initial state report under the Convention on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD), the UN Committee on the Rights of Persons with Disabilities expressed concern that the NCPD remains under-resourced and insufficiently decentralised, thereby constraining its ability to effectively fulfil its mandate as the designated focal point (UN, 2024, para. 64).

The decentralisation of the NCPD would create official local focal points for implementing the CRPD, in line with Article 33. To ensure effective disability mainstreaming at the local level, a key role of these local NCPD offices could be to support the disability-inclusive design of the structures, processes, and practices that guide the preparation and implementation of MTDPs. This would require close institutional linkages between local NCPD offices and DPCUs, as well as a strong cross-sectoral mandate within local coordination frameworks for development objectives, interventions, and indicators. For such an arrangement to function effectively, local NCPD offices would need to be provided with adequate, predictable, and sustainable resources, secured independently of the budgets of Metropolitan, Municipal, and District Assemblies (MMDAs).

References

- Abdul Karimu, A. T. F., Mont, D. M., & Morris, Z. A. (2024). The experience of persons with disabilities as beneficiaries of Ghana's District Assemblies Common Fund. *PLoS ONE*, 19(4), e0297845. https://www.researchgate.net/publication/379757030_The_experience_of_persons_with_disabilities_as_beneficiaries_of_Ghana%27s_District_Assemblies_Common_Fund
- Adams, M. (2021). Development planning under Ghana's Fourth Republic: Leadership and ideology. https://www.researchgate.net/publication/357250953_DEVELOPMENT_PLANNING_UNDER_GHANA'S_FOURTH_REPUBLIC_LEADERSHIP_AND_IDEOLOGY
- Adamtey, R., Oduro, C. Y., & Braimah, I. (2018). Implementation challenges of social protection policies in four districts in Ghana: The case of the District Assembly Common Fund meant for persons with disabilities. *Legon Journal of the Humanities*, 29(1). <https://www.ajol.info/index.php/ljh/article/view/173263>
- Agboga, R. S. (2015). The contributions of the District's Disability Common Fund to the well-being of beneficiaries in Ada East District [Master's thesis, University of Ghana]. <https://ug-space.ug.edu.gh/server/api/core/bitstreams/35abf0e0-32b8-4ed5-be21-097ac00d6e2c/content>
- Agyemang, E. F. (2015). The effect of the Disability Fund on individual livelihoods: A case study of persons with disabilities in the Atwima Nwabiagya District of the Ashanti Region of Ghana [Master's thesis, Kwame Nkrumah University of Science and Technology].

¹⁹ While NCPD functions as the focal government institution for CRPD implementation, Ghana has not yet established a fully independent national monitoring mechanism that fully meets the standards of Article 33(2) (e.g., independent of government and aligned with the Paris Principles). Existing institutions like the Commission on Human Rights and Administrative Justice and the NCPD contribute to monitoring and disability rights work, but there is no formally designated independent monitoring body with the authority and resources CRPD envisages (UNPRPD, 2022; UN, 2019, para 537).

<https://ir.knust.edu.gh/server/api/core/bitstreams/acea82e8-5beb-4fe1-8372-c04c69bb8874/content>

- Agyire-Tettey, E. E., Naami, A., Wissenbach, L., & Schädler, J. (2019). Challenges of inclusion: Local support systems and social service arrangements for persons with disabilities in Suhum, Ghana: Baseline study report. University of Siegen. https://dspace.ub.uni-siegen.de/bitstream/ubsi/1486/2/Challenges_of_Inclusion_ZPE_52.pdf
- Bardhan, P., & Mookherjee, D. (2015). Decentralization and development: Dilemmas, trade-offs and safeguards. In E. Ahmad & G. Brosio (Eds.), *Handbook of multilevel finance*. Edward Elgar Publishing.
- Butler, J. (2016). Rethinking vulnerability and resistance. In J. Butler, Z. Gambetti, & L. Sabsay (Eds.), *Vulnerability in resistance* (pp. 12–27). Duke University Press.
- Edusei, A., Adjei-Domfeh, P., Mprah, W. K., Opoku, M., Badu, E., & Appiah, S. C. (2017). Assessing the impact and uses of the disability common fund among persons with disabilities in Kumasi Metropolis in Ghana. *Review of Disability Studies: An International Journal*, 12(4).
- Ephraim, J., Naami, A., & Akyere Boateng, D. (2022). The experiences of persons with disabilities with the District Assembly Common Fund in Ghana: Exploratory qualitative research. *Ghana Social Science Journal*, 19(2), 52–66.
- Government of Ghana. (1988). *Local Government Law (PNDCL 207)*. Accra, Ghana.
- Government of Ghana. (1992). *The 1992 Constitution*. Accra, Ghana.
- Government of Ghana. (1993). *Local Government Act (Act 462)*. Accra, Ghana.
- Government of Ghana. (1994). *National Development Planning (System) Act (Act 480)*. Accra, Ghana.
- Government of Ghana. (2003). *Local Government Service Act (Act 656)*. Accra, Ghana.
- Government of Ghana. (2025). *The budget statement and economic policy of the Government of Ghana for the 2025 financial year*. https://mofep.gov.gh/sites/default/files/budget-statements/2025-Budget-Statement-and-Economic-Policy_v5.pdf
- Kersting, N., Caulfield, J., Nickson, R. A., Olowu, D., & Wollmann, H. (2009). Good local governance: Local government reform in global perspective. In *Local governance reform in global perspective*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Naami, A., Pumpuni, C. M., Mort, K. A., & Ofori, A. (2023). Rethinking social protection policy for persons with disabilities in Ghana. *African Journal of Social Work*, 13(5), 254–264. <https://dx.doi.org/10.4314/ajsw.v13i5.4>
- NCPD. (2010). *Guidelines for the disbursement and management of the District Assembly Common Fund for persons with disabilities*. <https://rodra.co.za/images/countries/ghana/policy/Guidelines%20for%20Disbursement%20of%20District%20Assembly%20Common%20Fund.pdf>
- Opoku, M. P., Nketsia, W., Agyei-Okyere, E., & Mprah, W. K. (2019). Extending social protection to persons with disabilities: Exploring the accessibility and impact of the Disability Fund on the lives of persons with disabilities in Ghana. *Global Social Policy*, 19(3), 225–245.

- Puopiel, F., & Chimsi, M. (2015). Mobilising internally generated funds to finance development projects in Ghana's Northern Region. *Commonwealth Journal of Local Governance*, 18, Article 4848. <http://dx.doi.org/10.5130/cjlg.v0i18.4848>
- United Nations. (2015). Transforming our world: The 2030 Agenda for Sustainable Development (A/RES/70/1). https://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/70/1&Lang=E
- United Nations. (2019). Initial report submitted by Ghana under article 35 of the Convention, due in 2014 (CRPD/C/GHA/1).
- United Nations. (2024). Concluding observations on the initial report of Ghana (CRPD/C/GHA/CO/1).
- United Nations PRPD. (2022). Situational analysis of the rights of persons with disabilities in Ghana. https://unprpd.org/new/wp-content/uploads/2023/12/CR_Ghana_2021-d32.pdf
- Wissenbach, L., & Anderson, P. (2022). Inclusive local governance vs. unfunded mandate? Effects of decentralisation and local development on the inclusion of people with disabilities in Ghana. In L. Bertelmann, M. Kempf, M. F. Reichstein, A. Rohrmann, & L. Wissenbach (Eds.), *Planning and development of social services for persons with disabilities* (pp. 287–301). universi.

5.11 Dissertationsprojekt „Disability and Social Protection in Ghana – Perspectives on Livelihood Patterns and Individual Resource Arrangements of Persons with Disabilities“

Lars Wissenbach

Das Promotionsvorhaben untersucht den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu sozialer Sicherung in der westafrikanischen Republik Ghana. Im Zentrum des Interesses stehen dabei Potenziale und Grenzen der Komplementarität staatlicher und indigener sozialer Sicherungsstrukturen im Kontext von Behinderung. Auf der Grundlage ressourcentheoretischer Ansätze wird in einem ersten Untersuchungsschritt der Frage nachgegangen, welche expliziten und impliziten Annahmen über sowie Anforderungen an ‚individuelle Ressourcenarrangements‘ potenzieller Nutzer*innen in die Konzeptionen und Umsetzungspraktiken staatlicher sozialer Sicherungsprogramme eingeschrieben sind. Dabei liegt der Fokus auf drei zentralen Programmen: dem Disability Common Fund (DCF), dem Cash-Transfer-Programm Livelihood Empowerment Against Poverty (LEAP) sowie dem National Health Insurance Scheme (NHIS). In einem zweiten Schritt nimmt die Untersuchung subjektive Perspektiven der Nutzer*innen dieser Programme auf ‚individuelle Ressourcenarrangements‘ von Menschen mit Behinderungen in den Blick und setzt diese in Beziehung zu den identifizierten programmatischen Annahmen und Anforderungen. Die empirische Grundlage der Untersuchung bilden Einzel- und Gruppeninterviews mit Menschen mit Behinderungen sowie mit Mitarbeitenden kommunaler Social Welfare Departments in drei Distrikten der Central- und Eastern-Region Ghanas.

6 Publikationen

6.1 Neuerscheinungen der ZPE-Schriftenreihe im Berichtszeitraum

Winzenried, H., & Ayoola, L. A. (Hrsg.). (2024). *Migrationsgesellschaftliche Öffnung im Kontext von Gesundheit und Behinderung. Herausforderungen und Perspektiven*. universi.
<https://doi.org/10.25819/ubsi/10521>

6.2 Publikationen von ZPE-Mitgliedern im Berichtszeitraum

Die folgende Übersicht enthält eine Auswahl der Publikationen, die ZPE-Mitglieder im Berichtszeitraum veröffentlicht haben oder an deren sie mitgewirkt haben.

A–D

Albus, S., & Ritter, B. (2024). Elternschaft und Kindheit im institutionellen Setting 'unter Beobachtung'. In F. Hinken (Hrsg.), *Handbuch Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder* (S. 23–33). Beltz Juventa.

Albus, S., & Ritter, B. (2025). Eltern junger Kinder in stationären Erziehungshilfen – Über institutionelle Ermöglichungsbedingungen und ‚Behinderungen‘ von Elternschaft. *Forum Erziehungshilfen*, 31(4), 212–216. <https://doi.org/10.3262/FOE2504212>

Albus, S., & Ritter, B. (2025). Wie wird Armut in sozialen Diensten bearbeitet? Fokussierungen von Aufmerksamkeit und Umgangsweisen mit Armutsbelastungen in familienorientierten Hilfen. *Sozial Extra*. Vorab-Online-Publikation. <https://doi.org/10.1007/s12054-025-00772-6>

Andresen, S., & Hopmann, B. (2024). Soziale Ungleichheiten und Krisenphänomene. Ausgewählte Perspektiven auf das Aufwachsen junger Menschen in Deutschland. *FORUM Jugendhilfe*, 30(4), 11–17.

Bernasconi, T., & Hopmann, B. (2025). Beteiligung junger Menschen mit Behinderung als Adressat:innen einer inklusionsorientierten Kinder- und Jugendhilfe. Wissenschaftliche Expertise im Auftrag des wissenschaftlichen Kuratoriums "Inklusives SGB VIII". https://gemeinsam-zum-ziel.org/fileadmin/user_upload/Dateien_Bibliothek/Berichte/2025_01_14_Expertise_.pdf

Bertelmann, L., & Handeck, L. M. (2024). Selbstbestimmung, Empowerment, Partizipation: Inklusionsorientierte Unterstützungsdienste und Selbsthilfe gemeinsam denken! In M. Düber, A. Rohrmann, & J. Schädler (Hrsg.), *Inklusionsorientierte Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen: Ein Lehr- und Arbeitsbuch* (S. 407–416). Lebenshilfe-Verlag.
<https://doi.org/10.25656/01:27968>

Bertelmann, L., Butschkau, M., Kempf, M., & Rohrmann, A. (2024). Die Verbreitung systematischer Planungsaktivitäten zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen: Erster Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen“. https://zpe.uni-siegen.de/unbrk-kommunal/wp-content/uploads/sites/2/2024/04/Zwischenbericht_UNBRK-kommunal.pdf

Bertelmann, L., Butschkau, M., Kempf, M., & Rohrmann, A. (2025). Die Verbreitung von Planungsprozessen zur Umsetzung der UN-BRK in den Kommunen: Broschüre zur Verbreitung systematischer Planungsprozesse in den Kommunen in Deutschland. <https://zpe.uni-siegen.de/unbrk->

- Bertelmann, L., Butschkau, M., Kempf, M., & Rohrmann, A. (2025). Systematische Planungsaktivitäten zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf kommunaler Ebene: Entwicklungsprozesse mit Lernpotenzial. *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins*, 105(5), 199–204.
- Bertelmann, L., Butschkau, M., Kempf, M., & Rohrmann, A. (2025). Vertiefende Untersuchungen von systematischen Planungsaktivitäten zur Umsetzung der UN-BRK in Kommunen: Zweiter Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen“. https://zpe.uni-siegen.de/unbrk-kommunal/wp-content/uploads/sites/2/2025/05/Zweiter_Zwischenbericht_UN-BRK-kommunal.pdf
- Bittenbinder, S., Müller, C., Reichstein, M. F., Rohrmann, A., Schädler, J., Struzek, D., & Wissenbach, L. (2024). Everything, everywhere? Dealing with complex support needs in rural-industrialised areas in western Germany. *Journal of Intellectual Disability Research*, 68(7), 861. <https://doi.org/10.1111/jir.13166>
- Dederich, M., & Hopmann, B. (2025). Zwischen Bedarfsermittlung und Diagnostik – Aktuelle Diskurse der (De-)Kategorisierung in Sozialpädagogik und Sonderpädagogik. *Widersprüche*, 45(2), 11–22.
- Dollinger, B., Baldsiefen, A. M., Schmidt, H., & Weinbach, H. (im Druck). Praktiken sozialer Kontrolle in der Sozialen Arbeit. Ein Vorschlag zur Konzeptualisierung und theoretischen Erschließung. *Neue Praxis*, 56.
- Dollinger, B., & Weinbach, H. (2024). Qualität aus der Perspektive der Folgen soziale Hilfen. In T. Betz, T. Feldhoff, P. Bauer, U. Schmidt, & B. Schmidt-Hertha (Hrsg.), *Handbuch Qualität in pädagogischen Feldern: Diskurse. Theoretische Grundlagen. Empirische Beiträge. Kritische Einwürfe* (S. 1–14). Springer Fachmedien.
- Düber, M. (2024a). Ein Beruf mit Zukunft? Die Qualifizierung von Menschen mit Lernschwierigkeiten zu Co-Referent*innen. *Teilhabe*, 63(4), 167–171.
- Düber, M. (2024b). Inklusionsorientierte Unterstützung in familiären Kontexten. In M. Düber, A. Rohrmann, & J. Schädler (Hrsg.), *Inklusionsorientierte Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. Ein Lehr- und Arbeitsbuch* (S. 337–362). Lebenshilfe-Verlag. <https://doi.org/10.25656/01:27968>
- Düber, M., & Petri, C. (im Druck). Inobhutnahme – Perspektiven junger Menschen mit multiplen Abbrucherfahrungen in der Kinder- und Jugendhilfe. In A. van Rießen, C. Bhatti, C. Gille, & K. Jepkens (Hrsg.), *Perspektiven in Bewegung. Entwicklungen von Nutzen und Nutzung Sozialer Arbeit im Kontext subjektorientierter Forschung*. Springer VS.
- Düber, M., & Remhof, C. (2024). „Selbst wenn da 'n paar Steine im Weg lagen, da hatte ich dann die Unterstützung, dass ich sie nicht alleine wegräumen muss.“ Professionelle Unterstützung für Eltern mit Lernschwierigkeiten und ihre Kinder. *Menschen*, 47(2), 45–49.
- Düber, M., & Rohrmann, A. (2025). Begleitete Elternschaft in gemeinsamen Wohnformen. In F. Hinken (Hrsg.), *Handbuch Mutter/Vater-Kind-Einrichtungen* (S. 135–145). Beltz Juventa.
- Düber, M., & Rohrmann, A. (im Druck). „Da durfte ich kein Kind sein!“ Professionelle Unterstützung der Kinder von Eltern mit zugeschriebener „geistiger Behinderung“. In P. Cloos & T. Betz (Hrsg.),

Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern zwischen privater und öffentlicher Verantwortung. Beltz Juventa.

Düber, M., Rohrmann, A., & Schädler, J. (Hrsg.). (2024). Inklusionsorientierte Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. Lebenshilfe-Verlag.
<https://doi.org/10.25656/01:27968>

Düber, M., Rohrmann, A., & Schädler, J. (2024). Inklusionsorientierte Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. In Bericht aus der Arbeit des Zentrums für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste (ZPE) 2022/2023 (S. 57–66). <https://u-si.de/sdo3x>

H

Hopmann, B. (2024a). Bedingungslose Inklusion? Mit Behinderung über Behinderung hinaus. Sozial Extra, 48(1), 19–22. <https://doi.org/10.1007/s12054-024-00658-z>

Hopmann, B. (2024b). Dis/ability in child and youth welfare – shortcomings and consequences. Social Work & Society, 22(2). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:464-sws-3416>

Hopmann, B. (2025). Inklusion im Ganzttag gestalten. In Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hrsg.), Ganzttag mitgestalten: Innovative Konzepte und praktische Herausforderungen.
<https://www.gew.de/index.php?elD=dumpFile&t=f&f=154800&to-ken=db14c240c5c28c2dbc21ff49666aaf0c5b3c2bfe&sdownload&n=Ganzttag-mitgestalten-Sammelband-web.pdf>

Hopmann, B. (2026). Herausforderungen und Perspektiven inklusiver Hilfeplanung. In A. Klein, S. Langer, B. Ritter, & K. Schulze (Hrsg.), Inklusive Kinder- und Jugendhilfe. Kohlhammer.

K–M

Kahle, U., & Schädler, J. (2024). Digitale Teilhabe und personenzentrierte Technologien für Menschen mit Behinderungen. In U. Kahle & J. Schädler (Hrsg.), Digitale Teilhabe und personenzentrierte Technologien für Menschen mit Behinderungen (S. 9–24). Lebenshilfe-Verlag.

Kahle, U., & Schädler, J. (Hrsg.). (2024). Digitale Teilhabe und personenzentrierte Technologien für Menschen mit Behinderungen. Lebenshilfe-Verlag.

Keller, S., Ritter, B., Weber, J., & Wedermann, S. (2025). Professionalisierung im Berufseinstieg in den stationären Erziehungshilfen (ProBE). Forschungsnotiz. Forum Erziehungshilfen, 31(5), 293–295.

Kempf, M. (2024a). Inklusionsorientierte Unterstützungsdienste für Menschen mit Behinderungen im kommunalen Raum. In M. Düber, A. Rohrmann, & J. Schädler (Hrsg.), Inklusionsorientierte Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. Lebenshilfe-Verlag.

Kempf, M. (2024b). Soziale Innovation durch die UN-Behindertenrechtskonvention. Fallanalyse einer kommunalen Inklusionsplanung (Beiträge zur Teilhabeforschung). Springer Fachmedien Wiesbaden.

Kempf, M., & Rohrmann, A. (2024). Inclusion and political representation of marginalized groups. The example of self-advocacy of people with disabilities. In S. Meier, L. Bertelmann, & L. Wissenbach (Hrsg.), Inclusive Localities. On the development of social local policies and services 'for all' (S. 127–140). Verlag Barbara Budrich.

- Kempf, M., & Rohrmann, A. (im Druck). Systematische Planungsaktivitäten zu Inklusion und Teilhabe in Kommunen. In K. Cudak & V. Schachler (Hrsg.), *Impulse und Strategien inklusiver Kommunal- und Regionalentwicklung zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen*. Klinkhardt.
- Kempf, M., Rohrmann, A., & Althaus, L. (2025). Auswertung der Fokusgruppengespräche: Dritter Bericht zum Forschungsprojekt „UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen“. https://zpe.uni-siegen.de/unbrk-kommunal/wp-content/uploads/sites/2/2025/09/Dritter-Bericht-zum-Forschungsprojekt-UN-BRK-in-den-Kommunen_barrierefrei.pdf
- Klein, A., Langer, S., Ritter, B., & Schulze, K. (Hrsg.). (im Druck). *Inklusive Kinder- und Jugendhilfe. Schnittstellen sozial- und sonderpädagogischer Professionalität*. Kohlhammer.
- Klein, A., & Ritter, B. (2024). Die ‚schlechten Mütter‘. Vergeschlechtlichte Thematisierungen von Kinderarmut. In A. Kerle, F. Kessl, & A. Knecht (Hrsg.), *Armutsdiskurse. Perspektiven aus Medien, Politik und Sozialer Arbeit* (S. 109–122). transcript Verlag.
- Krayter, S., Bittenbinder, S., Meisner, K., Reichstein, M. F., Wissenbach, L., & Müller, C. (2025). Invisible work in social service access. Barriers, resources, and consequences. 23rd EUSSET Conference on Computer-Supported Cooperative Work – Posters and Demos, 1–9. https://doi.org/10.48340/ECSCW2025_PD05
- Mayerle, M., & Freese, B. (2025). Potenziale von Digitalisierung für das Leben im Quartier. In U. Kahle & J. Schädler (Hrsg.), *Digitale Teilhabe und personenzentrierte Technologien im Kontext von Menschen mit Behinderungen* (S. 157–171). Lebenshilfe-Verlag.
- Meier, S., Bertelmann, L., & Wissenbach, L. (Hrsg.). (2024). *Inclusive Localities. Perspectives on Local Social Policies and Practices*. Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.3224/84743017>
- Meier, S., Wissenbach, L., & Bertelmann, L. (2024). Inclusive communities, local policies and their spatial dimensions. In S. Meier, L. Bertelmann, & L. Wissenbach (Hrsg.), *Inclusive Localities. Perspectives on Local Social Policies and Practices* (S. 7–22). Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.3224/84743017>
- Meisner, K., Reichstein, M. F., & Wiese, V. (2024). KI in guten Händen. Zugänge zu sozialen Diensten als Gegenstand von Sozialer Arbeit und Informationstechnologie. *Zeitschrift für Sozialmanagement*, 22(2), 67–74.
- Meisner, K., Schädler, J., Jakobs, R., Liekmeier, F., & Wilden, N. (2024). Soziale Dienste und Innovation im Kreis Siegen-Wittgenstein – Ergebnisse einer empirischen Befragung von Führungskräften. <https://zpe.uni-siegen.de/social-entrepreneurship/wp-content/uploads/sites/4/2024/05/Forschungsbericht-Leitungskraeftebefragung.pdf>
- Meisner, K., Reichstein, M. F., Miesenberger, K., Punz, M., & Schaur, M. (2025). Europäische Freizügigkeit von Menschen mit Behinderungen. Herausforderungen und Lösungsansätze. *Zeitschrift für Sozialmanagement*, 23(2), 131–139.
- Molnar, D. (im Druck-a). „das war ein kriegstraumatisierter Bosnier mit 2 Meter 190 Kilo oder (lachend) 150, mamma mia“ – (Pädagogisches) Verstehen als Grenzbearbeitung am Beispiel der Kategorie ‚Trauma‘ in der niedrigschwelligen Drogenhilfe. In S. Maurer & P. Achenbach (Hrsg.), *Grenzbearbeitung – Assoziationen, Korrespondenzen, Resonanzen*. Juventa.

- Molnar, D. (im Druck-b). „Unbeirrbar, kritisch bewusst"? – zur aktenförmigen Fallbearbeitung im Jugendamt. In F. Eßer & M. Schäfer (Hrsg.), Aktenführung, Archivierung und Erinnerung in stationären Erziehungshilfen aus Adressatinnenperspektive. Forum Erziehungshilfen (Schwerpunktheft).
- Molnar, D., & Marr, E. (2024). Kinder- und Jugendhilfe im Modus von Inklusion und die Konstruktion von Bedarfen in der berufsgruppenübergreifenden Zusammenarbeit. In F. Beier, A. Epp, M. Hinrichsen, I. Kollmer, J. Lipkina, & P. Vehse (Hrsg.), (Neue) Normalitäten? Erziehungswissenschaftliche Auslotungen, Kontextualisierungen und Explikationen (S. 95–111). Beltz Juventa.
- Molnar, D., Momo – the voice of disconnected youth Essen, & Weber, R. (2025). Arbeiten auf Augenhöhe? Partizipation als Professions- und Professionalisierungselement Sozialer Arbeit – betrachtet im Kontext von Jugendwohnungslosigkeit. Gilde-Rundbrief, 2025(1).
- Molnar, D., & Nising, E. (im Druck). „aber das SIND nicht meine freunde" – empirische und theoretische Betrachtungen zur pädagogischen Beziehung an der Grenze zur Freundschaft. In E. Allewelt, S. Flick, V. Leuschner, & J. Schobin (Hrsg.), Freundschaft und Soziale Arbeit. Theorien, Methoden und Normativität. Beltz Juventa.
- Molnar, D., Oehme, A., & Rohrmann, A. (2025). Ein Fortschritt, aber keine Inklusion: Betrachtungen zum Etikettierungs-Ressourcen-Dilemma in der Entwicklung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe. Widersprüche, 45(176), 25–36.
- More, R., & Düber, M. (2025). Ethische Spannungsfelder in der Forschung mit Eltern mit Lernschwierigkeiten: Behinderung zwischen Vulnerabilität und Vulnerabilisierung. Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 50(1), 43. <https://doi.org/10.1007/s11614-025-00630-5>
- More, R., Schmitt, C., & Weinbach, H. (2025). Zeit für (mehr) aktivistisches Wissen in der Sozialen Arbeit? In A. Böhmer, Z. Clark, M. Engelbracht, D. Höblich, & V. Täubig (Hrsg.), Sozialpädagogisches Zeiten (S. 101–115). Beltz.

P–R

- Papke, B. (2024a). Bildung in inklusionsorientierter Perspektive. In M. Düber, A. Rohrmann, & J. Schädler (Hrsg.), Inklusionsorientierte Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. Ein Lehr- und Arbeitsbuch (S. 303–328). Lebenshilfe-Verlag.
- Papke, B. (2024b). Die Theorie Integrativer Prozesse – Aktualität und Anschlussfähigkeit an neuere Diskurse inklusiver Bildungsvorstellungen. In B. Papke & M. Kron (Hrsg.), Helmut Reiser – Über die Themenzentrierte Interaktion zur Theorie Integrativer Prozesse (S. 13–22). Klinkhardt.
- Papke, B., & Kron, M. (2024a). Helmut Reiser – Biografisches. In B. Papke & M. Kron (Hrsg.), Helmut Reiser – Über die Themenzentrierte Interaktion zur Theorie Integrativer Prozesse (S. 11–12). Klinkhardt.
- Papke, B., & Kron, M. (Hrsg.). (2024). Helmut Reiser – Über die Themenzentrierte Interaktion zur Theorie Integrativer Prozesse. Beiträge aus 40 Jahren konstruktiver Entwicklung und Begleitung der Integration und Inklusion in Theorie und Praxis. Klinkhardt.
- Papke, B., & Kron, M. (2024b). Schlussbemerkungen. In B. Papke & M. Kron (Hrsg.), Helmut Reiser – Über die Themenzentrierte Interaktion zur Theorie Integrativer Prozesse (S. 221–223). Klinkhardt.

- Petri, C., & Düber, M. (2024). Inobhutnahmen aus Sicht junger Menschen und Eltern. *Forum Erziehungshilfen*, 30(2), 118–122.
- Reichstein, M. F. (2024a). Changing tides? Approaches to inclusive support for persons with complex support needs in Germany. *Journal of Intellectual Disability Research*, 68(7), 856–857. <https://doi.org/10.1111/jir.13166>
- Reichstein, M. F. (2024b). Inklusionsorientierte Unterstützung für Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf. Eine Annäherung. In M. Düber, A. Rohrmann, & J. Schädler (Hrsg.), *Inklusionsorientierte Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. Ein Lehr- und Arbeitsbuch* (S. 209–228). Lebenshilfe-Verlag.
- Reichstein, M. F. (2024c). Lessons (not) learned from pandemic times. Individual, socio-spatial and organizational aspects of digital transformation in the disability field. In S. Meier, L. Bertelmann, & L. Wissenbach (Hrsg.), *Inclusive Localities. Perspectives on Local Social Policies and Practices* (S. 95–105). Verlag Barbara Budrich.
- Reichstein, M. F. (2025). Zur Bedeutung digitaler Kommunikation für Soziale Dienste und ihre Adressat*innen in ländlich-industrialisierten Räumen. Intra- und intersektorale Perspektiven. In K. T. Heckes, M. Lorke, M. Siegler, & K. J. Wrona (Hrsg.), *Soziotechnische Transformationen im Sozial- und Gesundheitswesen: Kollaborativ, divers, barrierefrei und sozialräumlich* (S. 375–387). Beltz Juventa.
- Reichstein, M. F., & Rohrmann, A. (2024). Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Heimen. Herausforderung für eine inklusive Kinder- und Jugendhilfe. In M. Theile & K. Wolf (Hrsg.), *Sozialpädagogische Blicke auf Heimerziehung. Theoretische Positionierungen, empirische Einblicke und Perspektiven* (S. 220–231). Beltz Juventa.
- Ritter, B. (2024). Working Poor - empirische Einblicke und sozialstaatstheoretische Überlegungen. *Soziale Passagen*, 15, 381–397. <https://doi.org/10.1007/s12592-023-00486-0>
- Ritter, B., & Schoneville, H. (2025). Sozialpädagogische Armutsforschung. Grundlegende Überlegungen zu einem sozialpädagogischen Blick auf Armut. *Soziale Passagen*. Vorab-Online-Publikation. <https://doi.org/10.1007/s12592-025-00570-7>
- Rohrmann, A. (2024a). Charakteristika inklusionsorientierter Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. In M. Düber, A. Rohrmann, & J. Schädler (Hrsg.), *Inklusionsorientierte Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen: Ein Lehr- und Arbeitsbuch* (S. 13–36). Lebenshilfe-Verlag.
- Rohrmann, A. (2024b). Die Verschärfung von Risiken der Ausgrenzung für Menschen in stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe und der Pflege während der Corona-Pandemie. In F. Schmidt & H. Weinbach (Hrsg.), *Vorsorge und Ungleichheiten in pandemischen Zeiten: Geschichten – Rationalitäten* (S. 139–158). transcript.
- Rohrmann, A. (2024c). Familien mit behinderten Kindern als Adressaten einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe. In D. Kieslinger, K. Lohse, & J. Owsianowski (Hrsg.), *Verfahrenslotsen – Zwischen unabhängiger Beratung und Organisationsentwicklung: Funktion, Rolle, Best Practice* (S. 143–163). Lambertus.

- Rohrmann, A. (2024d). Gesamtplanung in der Eingliederungshilfe – quo vadis? *Sozialwirtschaft*, 34(3), 10–12.
- Rohrmann, A. (2024e). Inklusion (Behinderung). In *socialnet Lexikon*. <https://www.socialnet.de/lexikon/4754>
- Rohrmann, A. (2024f). Selbstbestimmung und (De)Institutionalisierung im Feld der Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. In R. Casale, F. Kessl, N. Pfaff, M. Richter, & A. Tervooren (Hrsg.), *(De)Institutionalisierung von Bildung und Erziehung* (S. 303–323). Campus.
- Rohrmann, A. (2025a). Inklusion als Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe. In *Fachgruppe Tagesgruppen (Hrsg.), Handbuch Tagesgruppen: Pädagogische und rechtliche Grundlagen, Praxiswissen, Zukunftsimpulse* (S. 125–132). IGfH-Eigenverlag.
- Rohrmann, A. (2025b). Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Selbstbestimmte Lebensführung im Fokus kommunaler Planung!? *Teilhabe*, 64(4), 138–143.
- Rohrmann, A. (2026). Inklusion in der stationären Kinder- und Jugendhilfe. Ein Inklusionsverständnis erarbeiten. *Sozialmagazin*, 51(1–2), 52–58.
- Rohrmann, A. (im Druck-a). Inklusive Jugendhilfeplanung im Kontext von kommunalen Aktionsplänen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. In J. Fischer & J. Bäring (Hrsg.), *Jugendhilfeplanung in vernetzter Kooperation: Das SGB VIII als Kompass für eine inklusive Planung* (7. Sonderband *Sozialmagazin*, S. 193–204). Beltz Juventa.
- Rohrmann, A. (im Druck-b). Inklusionspolitik zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. In A. Langer & T. Sander (Hrsg.), *Politikwissenschaft in der Sozialen Arbeit*. Beltz Juventa.
- Rohrmann, A., & Schädler, J. (2025). Kommunale Politik im Kontext von Behinderung. In A. Brettschneider, S. Grohs, & N. Jehles (Hrsg.), *Handbuch kommunale Sozialpolitik* (S. 1–17). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-38616-0_56-1
- Rohrmann, A., & Theile, M. (im Druck). Sozialpädagogische Perspektiven auf die Mitwirkung am Gesamtplanverfahren und auf die Gestaltung von Übergängen bei jungen Menschen mit Behinderungen. In D. Kieslinger & M. Graeber (Hrsg.), *Profession und Professionalisierung in der Kinder- und Jugendhilfe. Anforderungen inklusiver Weiterentwicklung*. Lambertus.
- Rohrmann, A., & Weinbach, H. (2024). Schulbegleiter*innen am Ganzttag. In G. Graßhoff & M. Sauerwein (Hrsg.), *Das Personal am Ganzttag: Bildung, Betreuung und Erziehung in Zeiten des Fachkräftemangels – Herausforderungen für Kinder- und Jugendhilfe und Schule* (S. 160–172). Beltz Juventa.
- Rosen, L., Bastian, P., Friedrich, J., Gericke, E., Hopmann, B., Köhler, S., & Köpfer, A. (Hrsg.). (2025). *Crossing Boundaries: Methodische und methodologische Reflexionen zur Praxis der Inklusionsforschung* (Schriftenreihe der AG Inklusionsforschung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft). Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.25656/01:32301>

S–T

- Schädler, J. (2024a). Accessible administration – fundamental aspects and action. In C. Maaß & I. Rink (Hrsg.), *Handbook of Accessible Communication* (S. 593–610). Frank & Thimme.

- Schädler, J. (2024b). Anmerkungen zur Entwicklung inklusionsorientierter Dienste. In M. Düber, A. Rohrmann, & J. Schädler (Hrsg.), *Inklusionsorientierte Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. Ein Lehr- und Arbeitsbuch* (S. 37–70). Lebenshilfe-Verlag.
<https://doi.org/10.25656/01:27968>
- Schädler, J., Jakobs, R., Meisner, K., & Wilden, N. (2024). Anbieterstrukturen und Rechtsformen Sozialer Dienste im Kreis Siegen-Wittgenstein – Ergebnisse einer Strukturanalyse. <https://zpe.uni-siegen.de/social-entrepreneurship/wp-content/uploads/sites/4/2024/05/Forschungsbericht-Strukturanalyse.pdf>
- Schädler, J., Kahle, U., Lippa, B., Bächler, L., Hünefeld, L., & Saerberg, F. (2024). Digitale Teilhabe und Technologien für Menschen mit Behinderungen. In U. Kahle & J. Schädler (Hrsg.), *Digitale Teilhabe und personenzentrierte Technologien für Menschen mit Behinderungen* (S. 25–46). Lebenshilfe-Verlag.
- Schädler, J., & Wissenbach, L. (2024). Innovation in local social service infrastructure – eco-rational logics and collective learning. In S. Meier, L. Bertelmann, & L. Wissenbach (Hrsg.), *Inclusive Localities. Perspectives on Local Social Policies and Practices* (S. 177–196). Verlag Barbara Budrich.
<https://doi.org/10.3224/84743017>
- Schäfer, M., & Molnar, D. (im Druck). Niedrigschwellige Angebote der Sozialen Arbeit. In W. Thole (Hrsg.), *Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch*. VS.
- Schmidt, F., & Weinbach, H. (Hrsg.). (2024). (Vor)Sorge und (Un)Gleichheiten in pandemischen Zeiten. *Rationalitäten – Geschichten*. transcript.
- Theile, M. (2024a). Leaving Care. Entwicklungen durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, Forschungsdiskurse und Perspektiven im Übergang aus der Heimerziehung. In M. Theile & K. Wolf (Hrsg.), *Sozialpädagogische Blicke auf Heimerziehung. Theoretische Positionierungen, empirische Einblicke und Perspektiven* (S. 349–365). Beltz Juventa.
- Theile, M. (2024b). Subjekt einer Hilfe?! Sozialpädagogische Interventionen als tiefgreifende und legitimationsbedürftige Eingriffe in Biographien von Menschen. In M. Theile & K. Wolf (Hrsg.), *Sozialpädagogische Blicke auf Heimerziehung. Theoretische Positionierungen, empirische Einblicke und Perspektiven* (S. 305–334). Beltz Juventa.
- Theile, M. (2025). Was beschäftigt die Heimerziehung? Ein- und Ausblicke auf aktuelle Themen und Entwicklungslinien. *unsere Jugend*, 77(7–8), 309–318.
- Theile, M., & Wolf, K. (2025). Junge Kinder in stationärer Erziehungshilfe – Debatten, Baustellen und Herausforderungen. *Forum Erziehungshilfen*, 31(4), 196–201.
- Theile, M., & Wolf, K. (Hrsg.). (2024). *Sozialpädagogische Blicke auf Heimerziehung. Theoretische Positionierungen, empirische Einblicke und Perspektiven*. Beltz Juventa.
- Theile, M., & Wolf, K. (2024). Sozialpädagogische Blicke auf Heimerziehung. Eine Einführung. In M. Theile & K. Wolf (Hrsg.), *Sozialpädagogische Blicke auf Heimerziehung. Theoretische Positionierungen, empirische Einblicke und Perspektiven* (S. 9–32). Beltz Juventa.
- Tierbach, J. (2024). Auf die Stärken kommt es an? Spannungsverhältnisse im Spiegel der Pädagogik mit Menschen im Autismus-Spektrum. In I. Bosse, K. Müller, & D. Nussbaumer (Hrsg.),

Internationale und demokratische Perspektiven auf Inklusion und Chancengerechtigkeit (S. 97–103). Julius Klinkhardt Verlag.

W

Wendt, C. (2024). Maßnahmen gegen Einsamkeit - Beispiele aus einer international vergleichenden Perspektive. Bundesgesundheitsblatt. Vorab-Online-Publikation.

<https://doi.org/10.1007/s00103-024-03945-y>

Winzenried, H. (2024a). Inklusionsorientierte Dienste in der Migrationsgesellschaft. In M. Düber, A. Rohrmann, & J. Schädler (Hrsg.), Inklusionsorientierte Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. Ein Lehr- und Arbeitsbuch (S. 183–201). Lebenshilfe-Verlag.

<https://doi.org/10.25656/01:27968>

Winzenried, H. (2024b). Rechtliche Zugangs- und Teilhabebbarrieren im Kontext von Fluchtmigration. In H. Winzenried & L. A. Ayoola (Hrsg.), Migrationsgesellschaftliche Öffnung im Kontext von Gesundheit und Behinderung. Herausforderungen und Perspektiven (S. 47–55). universi.

<https://doi.org/10.25819/ubsi/10521>

Winzenried, H., & Ayoola, L. A. (Hrsg.). (2024). Migrationsgesellschaftliche Öffnung im Kontext von Gesundheit und Behinderung. Herausforderungen und Perspektiven. universi.

<https://doi.org/10.25819/ubsi/10521>

Wissenbach, L., & Ongolo, T. (2025). Policies, rights and the need to decentralize inclusive development. In J. Weber & S. Grech (Hrsg.), Community-Based Inclusive Development – An Introduction. Palgrave Macmillan. <https://doi.org/10.1007/978-3-031-88914-1>